PETERSBURGER
DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

DEZEMBER 2018

ISSN: 2566-8668

KUNST UND PROPAGANDA

Zwei Filme über das Donbass, einer aus der Ukraine, einer aus Russland, zwei Blickwinkel. Andrei Archangelski fragt: Kann Kino versöhnen, oder hat es nur gelernt zu spalten?

Seite 12

SHUTTERSTOCK/KUTSENKO VOLODYMYR

KRIEG UND PARTY

Große russische Literatur, einmal aus dem Jahr 1918 und einmal aus dem Jahr 2018, gelesen und empfohlen von Paul Ostwald und Lutz Lichtenberger.

Seite 13

Klug bleiben

High Noon im Schwarzen Meer, russische Truppen greifen ukrainische Schiffe an, blockieren die Zufahrt zur ukrainischen Hafenstadt Mariupol. Präsident Petro Poroschenko verhängt erstmals das Kriegsrecht für Teile der Ukraine, was er weder während noch nach der Annexion der Krim noch auf dem Höhepunkt des Kriegs im Donbass getan hatte. In *Bild* – nicht eben das Forum für internationale Politik – fordert er, „dass in der Nato jetzt Staaten bereit sind, Marineschiffe ins Asowsche Meer zu verlegen". US-Präsident Donald Trump sagt sein Treffen mit Putin in Argentinien ab, mindestens zur Hälfte aus innenpolitischen Gründen, sagt aber zugleich im Interview mit dem Boulevardblatt *New York Post,* bei der Lösung des Konflikts am Asowschen Meer sollten sich Frankreich und Deutschland beteiligen: „Lasst uns Angela einbeziehen."

Lutz Lichtenberger, Redakteur

Und was sagt eben jene Bundeskanzlerin? Sie bezieht überraschend deutlich Position: „Das geht voll auf Kosten des russischen Präsidenten." Dazu wirft sie Moskau vor, gezielt Nachbarstaaten zu destabilisieren. Im Blick auf Georgien, Moldau und die Ukraine, sagt Merkel, Russland umgebe „ein Gürtel von Ländern, die sich nicht so entwickeln können, wie sie wollen". Davor dürfe Deutschland nicht die Augen verschließen.

Aber die nach ihrem Rücktritt vom Parteivorsitz befreiter und bestimmter auftretende Bundeskanzlerin bleibt zugleich ihrem diplomatisch klugen Kompass treu. Poroschenkos Forderung nach Kriegsschiffen auch aus Deutschland erteilt sie eine prompte Absage und mahnt zugleich mit scharfem Unterton die Ukraine, „klug zu sein". Kein Zweifel, Merkel weiß, dass in Kiew auch keine „lupenreinen Demokraten" sitzen, trachten diese doch, mit der staatlichen Unabhängigkeit auch ihre persönliche Bereicherung zu befördern.

Ans Eingemachte ginge es, wenn die Bundesregierung bereit wäre, das von ihr befürwortete – und schließlich sinnvolle – Projekt Nord Stream 2 zu stoppen. Es wäre eine Möglichkeit, die politischen Kosten für Russland für dessen Umtriebe zu erhöhen, ohne sich auf das militärische Spiel des Säbelrasselns einzulassen.

#07

GETRAGEN VOM IMPERIUM

Die Russische Föderation ist eigentlich eine russländische, eine Gesellschaft mit vielen Ethnien, mit einem (russischen) Präsidenten für viele Völkerschaften. Katja Gloger erklärt die Hintergründe.

Seite 3

ERMORDET VOM STAAT

Nicht nur autoritäre Regime blasen zum Angriff auf Andersdenkende, schüchtern unabhängige Richter, kritische Medien und NGOs ein. Markus Bickel beklagt die schleichende Zerschlagung des Rechtsstaats.

Seite 6

GEKNEBELT VOM ZENSOR

Auch die Kunstfreiheit ist nicht grenzenlos. Aber wer die Privilegien der Kunstfreiheit genießt, hat die Pflicht, sie auch für andere, gleich wo sie leben, zu verteidigen, meint Klaus Staeck.

Seite 9

Die russische Ausgabe des *Petersburger Dialogs* liegt der Tageszeitung *Kommersant* bei.

ПЕТЕРБУРГСКИЙ
диалог

SHUTTERSTOCK/OLGA TARASYUK

Kraft und Zauber der Taiga

Eine Deutsche in Sibirien: die große Liebe der Karin Haß

Seite 16

Isolierter Iran, gespaltener Westen

Trotz großer russischer Bemühungen ist das Atomabkommen nicht zu retten

VON VERONIKA VISHNYAKOVA

Im Mai dieses Jahres kündigte US-Präsident Donald Trump den Rückzug aus dem Atomabkommen mit dem Iran an. Damit zerstörte er über Nacht eine Vereinbarung, an der die Vertragspartner zehn Jahre lang gearbeitet hatten. Der Deal lautete: Aufhebung aller Sanktionen gegen den Iran als Gegenleistung für die Begrenzung seines Atomprogramms. Trump nannte das Abkommen „einen schrecklichen Deal" und „den schlimmsten in der Geschichte der USA", der Teheran zudem nicht daran hindere, weiter Atomwaffen zu entwickeln.

Auf dem Papier existiert das Abkommen zwar noch, sein Wert ist jedoch mit der Wiedereinführung der US-amerikanischen Sanktionen gegen den Iran minimal. Die verbleibenden Vertragspartner können Teheran, trotz des Versuchs, das Abkommen zu retten, nicht die wirtschaftlichen Vorteile anbieten, mit denen das Land die Auswirkungen der Beschränkungen Washingtons ausgleichen könnte. Ob das Abkommen noch eine Zukunft hat, ist ungewiss.

Dabei hatte die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) bestätigt, dass der Iran seinen Verpflichtungen nachkomme. Dennoch strebt Washington ein neues Abkommen an, das nicht nur die nuklearen, sondern auch die Raketenprogramme des Iran sowie seine Aktivitäten im Nahen Osten berücksichtigen soll. Das ist im Sinne Israels, das noch radikalere Ansichten gegenüber dem iranischen Regime vertritt.

Um seinen Plan durchzusetzen, will Trump seine übliche Strategie des maximalen Sanktionsdrucks anwenden, die sich in den Verhandlungen mit Nordkorea als vermeintlich erfolgreich erwiesen hat und auch gegenüber Russland eingesetzt wird. Eines der Ziele der Sanktionen könnte außerdem ein Regimewechsel in Teheran sein. Die erste Sanktionswelle, die im August in Kraft trat, führte zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Iran und zum Vertrauensverlust in die Politik von Präsident Hassan Rohani.

Zu einem kritischen gesellschaftlichen und politischen Bruch kam es jedoch nicht, auch nicht nach dem „zweiten Sanktionspaket" Anfang November. Es betraf direkt den Banken-, Öl- und Gassektor und führte zur Iran-Blockade des internationalen Nachrichten- und Transaktionsverkehrs Swift.

Entgegen Trumps Erwartungen haben sich Großbritannien, Deutschland und Frankreich nicht auf die Seite der USA gestellt. Vielmehr haben sie das Abkommen verteidigt, wenn auch mit dem Vorbehalt, dass sie die amerikanischen Bedenken hinsichtlich des Raketenprogramms des Iran und seiner Aktivitäten im Nahen Osten, insbesondere in Syrien, teilten. Als sich herausstellte, dass der Rückzug Washingtons aus dem Abkommen nicht zu verhindern war, schlug der französische Präsident Emmanuel Macron einen Kompromiss vor, bis zu dessen Unterzeichnung das alte Abkommen gültig bleiben sollte. Alle Kompromissversuche waren jedoch erfolglos.

Entgegen Trumps Erwartungen haben sich Großbritannien, Deutschland und Frankreich nicht auf die Seite der USA gestellt

Daraufhin bemühten sich Deutschland, Frankreich und Großbritannien, China und die Russische Föderation sowie die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Iran um einen gemeinsamen „Joint Comprehensive Plan". Damit wollen die in das Abkommen einbezogenen EU-Länder ihre mit dem Iran kooperierenden Unternehmen vor den extraterritorialen Sanktionen Washingtons schützen. Sie kamen dazu auf die Idee, ein Special Purpose Vehicle (SPV) zu schaffen. Damit verbunden war die Hoffnung, die Finanztransaktionen derjenigen europäischen Unternehmen zu schützen, welche die Zusammenarbeit mit dem Iran fortsetzen wollten.

Ursprünglich hätte der Mechanismus bis zur Wiederaufnahme der amerikanischen Beschränkungen am 5. November eingeleitet werden sollen und nur europäische Unternehmen betreffen dürfen. Je näher der Termin rückte, desto deutlicher zeigten sich die Probleme der EU-Troika. Vor dem Hintergrund der drohenden Sanktionen begannen große europäische Unternehmen, sich aus dem Iran zurückzuziehen und die USA als bevorzugten Handelspartner zu wählen. Das aufzuhalten war unmöglich.

Der Iran hat die Einhaltung des Abkommens mit der Notwendigkeit verknüpft, dass die EU

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

Rückkehr des Schreckens

Die Welt spricht über einen neuen Kalten Krieg und eine neue Aufrüstungsspirale

VON PETER KOEPF

Überrascht es, wenn ein Russe sagt, er fürchte die Schwäche seines Landes? Wenn sein Geschichtsbewusstsein dafür sorgt, dass er sich vor einer Aggression aus dem Westen fürchtet? Wenn er meint, der Westen rüste gegen sein Land auf? Wenn er Angst hat, sein Land werde seit einiger Zeit in einen neuen Kalten Krieg getrieben, Ost und West befänden sich sogar schon auf dem Weg in einen heißen?

Im Jahr 1950, nach dem Ausbruch des Koreakriegs, waren es die Europäer, die sich fürchteten. Sie fürchteten sich so sehr vor einem sowjetischen Angriff, dass sie eine europäische Armee aufbauen wollten – mit deutscher Beteiligung. Dazu kam es nicht, weil Frankreichs Regierung fürchtete, zu viel an nationaler Souveränität preiszugeben. Dafür trat die Bundesrepublik am 9. Mai 1955 der Nato bei.

Jetzt ist wieder die Rede von einer Europäischen Armee. Emmanuel Macron will „eine wahre europäische Armee". Europa müsse sich selbst verteidigen können, sagte der französische Präsident, „mit Blick auf China, auf Russland und sogar auf die USA". Angela Merkel hat nach monatelangem Schweigen Mitte November im Europaparlament darauf geantwortet: „Wir sollten an der Vision arbeiten, eines Tages auch eine echte europäische Armee zu schaffen."

Von ihrem Vorgänger Helmut Schmidt ist das Wort überliefert, wer eine Vision habe, der solle zum Arzt gehen.

Aber für eine europäische Armee sprechen potenziell höhere Effizienz und Einsparoptionen sowie die Unzuverlässigkeit des US-Präsidenten, der aber nur noch höchstens sechs Jahre im Amt sein wird.

Es gibt jedoch auch eine Reihe von Gründen, die gegen die baldige Verwirklichung dieser Vision sprechen:

Uneinigkeit: Macron will eine eigenständige Armee (wie weit er dabei gehen will, hat er nicht eindeutig formuliert), Merkel eher eine innerhalb der Nato. (Ausdrücklich sagte sie: „Das ist ja keine Armee gegen die Nato – ich bitte Sie!")

Egoismus: Die großen Staaten zögern mit der vollständigen Integration. Denn die Rüstungsindustrie ist zum großen Teil national; eine gesamteuropäische Armee würde bedeuten, Kompetenzen abzugeben und auf nationale Kernkapazitäten zu verzichten sowie Technologieführerschaft und Arbeitsplätze zu verlieren.

Generelle Vorbehalte: Die Idee eines europäischen Bundesstaats, der Vereinigten Staaten von Europa, bleibt vorläufig sehr unrealistisch. Damit wird es auch keinen europäischen Verteidigungsminister geben. Wer also sollte die europäische Armee befehligen? In Deutschland entscheidet bisher das Parlament über militärische Einsätze, in Frankreich der Präsident. Wer – auch von den übrigen Staaten Europas – wäre bereit, die nationalen Entscheider ihrer Rechte zu berauben (etwa bei Haushaltsfragen und Absegnung von Verteidigungseinsätzen) und sie an die EU abzutreten?

Wer von den Staaten Europas wäre bereit, die nationalen Entscheider ihrer Rechte zu berauben und sie an die EU abzutreten?

Was es geben wird, ist mehr Kooperation. Das ist auch der Gedanke hinter Pesco, der „Permanent Structured Cooperation", der ständigen strukturierten Zusammenarbeit. Bei Pesco geht es nicht um die Verlegung von Truppen nach Osten. Europäische, auch deutsche Soldaten werden allerdings von der Nato in die östlichen Mitgliedsstaaten des Bündnisses verlegt, im Rahmen von multinationalen Einheiten, die binnen Tagen dorthin verlegt werden können – zur Abschreckung etwaiger russischer Aggressionspolitik.

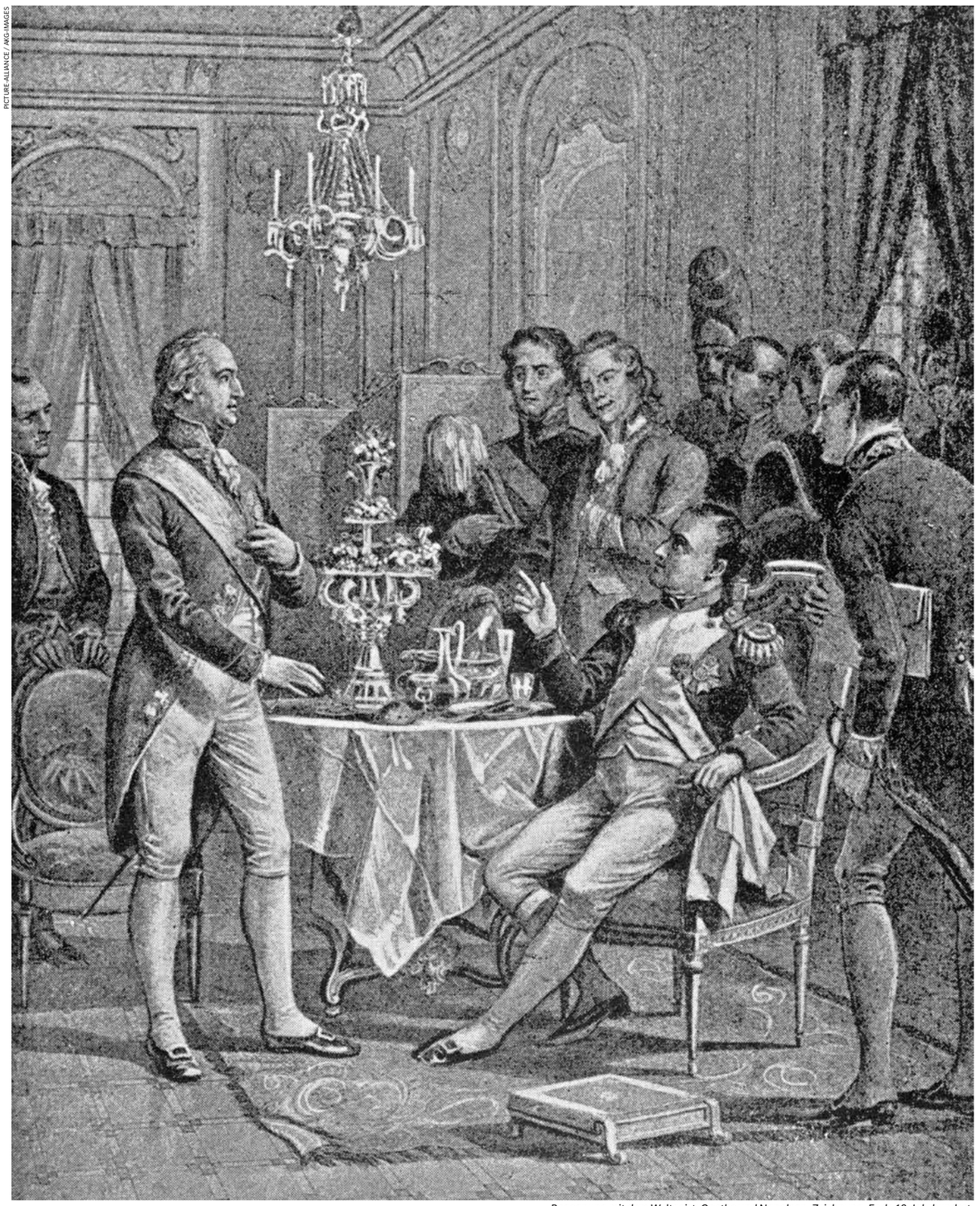
Fazit: Nicht nur der ehemalige Luftwaffengeneral Harald Kujat sagt, Europa müsse sich militärisch stärken, um sich in der neuen, multipolaren Welt auf Dauer „gegenüber den anderen Mächten behaupten können", zu denen selbstverständlich auch Russland gehört. Eine europäische Armee wird aber keinesfalls die Ablösung von der Nato bedeuten, denn damit setzte sich Europa großen potenziellen Bedrohungen aus – auch solchen aus Russland. Die europäische Armee wird eher ein zweiter Pfeiler in der Nato sein. Dort werden die nationalen Streitkräfte enger zusammenarbeiten – in jeweils nationaler Verantwortung.

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

Für Verständigung ist es nie zu spät

Das 20. Jahrhundert sollte Russen und Deutsche gelehrt haben, sich wenigstens den Fragen zu widmen, bei denen es keine offensichtlichen Gegensätze gibt

VON MICHAIL SCHWYDKOI



PICTURE-ALLIANCE / AKG-IMAGES

Begegnung mit dem Weltgeist: Goethe und Napoleon, Zeichnung, Ende 19. Jahrhundert.

Auf dem Erfurter Fürstenkongress traf Napoleon I. den russischen Zaren Alexander I. Dort begegnete er auch Goethe. Sie sprachen, das versteht sich von selbst, über Literatur und Kunst, und irgendwann kamen sie auf das Thema der tragischen Fügung des Lebens. Impulsiv rief Napoleon aus: „Was will man jetzt mit dem Schicksal? Die Politik ist das Schicksal!“ Goethe, so geht aus seinen Notizen hervor, war anderer Meinung.

Seitdem sind mehr als 200 Jahre vergangen, und immer wieder müssen wir feststellen, dass Napoleon in gewisser Weise Recht hatte. Und man soll nicht meinen, Goethe habe Napoleon nicht geschätzt. Im Gegenteil, er hielt Napoleon für die Quintessenz der Menschheit. Was hat den großen Schriftsteller an den Gedanken seines Idols über Politik und Schicksal gestört? Ich denke, er war zu deutsch, um eine so gewaltige, kosmische Macht wie das Schicksal auf etwas so Gemeines wie Politik einzuschränken. Aber wir im 21. Jahrhundert haben erlebt, wie die Politik die Wirtschaft diktieren kann, und zwar absolut rigide, absolut kategorisch, und sich dabei weder um die Interessen des großen noch des kleinen Business kümmert.

Seit 2014 ist Deutschland nicht mehr unser größter Handelspartner. Der Warenumsatz zwischen unseren beiden Ländern betrug einmal um die 100 Milliarden Euro. Und er stieg kontinuierlich an. Dann brach er plötzlich zusammen. Jetzt sprechen wir über ein Wachstum von 20 Prozent im vergangenen Jahr, und das war ein großer Sieg. Im ersten Halbjahr 2018 soll der Wert um 28 Prozent gewachsen sein.

Aber uns ist natürlich klar, dass viel von dem Preis für Energieträger abhängt: Der Preis für Energieträger ist gestiegen, der Warenumsatz hat sich erhöht. Eine qualitative Veränderung in der Struktur unseres Warenaustauschs gibt es nicht.

Es liegt auf der Hand, dass wir gewisse Dinge anerkennen müssen, wenn wir weiterhin gute Handelspartner bleiben wollen. Die Deutschen nennen das, was auf der Krim geschah, Annexion; wir sagen, die Krim hat sich mit Russland wiedervereinigt. Und das ist ganz offensichtlich. Was gegenwärtig im Osten der Ukraine geschieht, dürften wir im Prinzip ganz ähnlich einschätzen, denn wir glauben, dass die territoriale Integrität der Ukraine ohne Zweifel ein substanzieller Wert für die gesamte europäische Politik ist. Das ist wahr. Aber wir haben unterschiedliche Auffassungen darüber, wie man den Frieden im Osten der Ukraine erreichen kann.

Manches, was in Deutschland geschieht, erscheint uns kompliziert. Alles, was zum Beispiel zusammenhängt mit der Hypertoleranz der deutschen Gesellschaft in Bezug auf Minderheiten, die vielleicht schon „Mehrheiten“ sind. Ich weiß nicht, wie man es nennen soll, aber uns ist vollkommen klar, dass dies für Deutschland eine sehr heikle Frage ist. Aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit ist die Idee einer liberalen, toleranten Gesellschaft ein sehr wichtiger Wert für die Deutschen. Das müssen wir verstehen und respektieren, sonst können wir überhaupt keinen Dialog führen.

So wie die Deutschen wiederum verstehen müssen, dass auch wir bestimmte Werte besitzen, an denen wir festhalten. Ob diese Werte gut sind oder nicht, das möchte ich hier nicht erörtern. Aus verständlichen Gründen unterscheiden sie sich etwas von denen, die heute in der deutschen Gesellschaft existieren. Wenn wir dies anerkennen, werden wir weniger heftig auf bestimmte Kritik von deutscher Seite reagieren, und die Deutschen werden uns unsere Kritik nicht verübeln.

Aber weil alles, ich sage es noch einmal, dermaßen politisiert, dermaßen zugespitzt, dermaßen angespannt ist, und jede Kleinigkeit sich auf die Beziehungen zwischen Deutschen und Russen niederschlägt, deshalb ist eben diese Zone des gegenseitigen Verständnisses das, was das Gesprächsforum „Petersburger Dialog“ heute herstellen kann. Man darf die Grenze des gegenseitigen Respekts nicht überschreiten.

Bei allem dürfen wir nicht vergessen, wie Willy Brandt und Egon Bahr Verhandlungspartner in der Sowjetunion fanden. Damit begann eine neue Etappe in der Ostpolitik. Das hat stattgefunden. Und es fand statt unter erheblich unversöhnlicheren Bedingungen als den heutigen.

Man könnte entgegnen: Damals gab es Regeln. Aber die Regeln jener Zeit waren tatsächlich nicht die allerbesten. Heute versteht jeder die geltenden Regeln auf seine Weise. Deshalb müssen wir, wenn wir ernsthaft über die Zukunft nachdenken wollen, neue Prinzipien des Austauschs zwischen Deutschland und Russland finden, in der Wirtschaft, in der Politik, in der Kultur und in der Sphäre der Zivilgesellschaft.

Und zwar aus einem einfachen Grund: Zu viele Menschen in Russland denken heute, Europa sei vergreist, Europa sei kein Partner mehr, wir hätten unsere eigenen Probleme, Deutschland ersticke unter dem Andrang der Migranten, und so weiter. Manche Leute werden nicht müde, das immer wieder zu betonen, sie glauben, wir hätten nur einen Weg – den nach Osten. Und das müsse man eben akzeptieren.

Die territoriale Integrität der Ukraine ist ohne Zweifel ein substanzieller Wert für die gesamte europäische Politik

Ich denke hingegen, Russland muss, genau wie Deutschland, den Weg akzeptieren, der dem Interesse ihrer Völker entspricht. Uns verbindet eine tausendjährige Geschichte. Darin gibt es einen Moment, in dem die Tragödien unserer beiden Völker ausgelitten waren. Dieser Moment war Anfang der 1970er-Jahre erreicht, nach Jahren der langsamen Annährung nach dem Krieg, die zum Moskauer Vertrag und zur Versöhnung führten. Dies ist ein kolossaler Wert, den man nicht preisgeben darf. Ein kolossaler Wert.

Doch hätte es davor nicht neun Jahrhunderte deutsch-russischer Beziehungen gegeben, hätte es nicht Katharina die Große gegeben, die wichtigste Deutsche, die wichtigste russische Herrscherin, hätte es nicht die wunderbaren russischen Frauen gegeben, die Gattinnen deutscher Monarchen wurden, dann hätten wir uns im 20. Jahrhundert niemals so schnell versöhnt. Die Geschichte ist ein zu ernster Wert, man darf ihn niemals verlieren.

Wie wird sich das 21. Jahrhundert entwickeln? Wer nur auf die momentane Politik blickt, will darüber nicht nachdenken. Man nimmt es hin, wie es kommt. Aber wir müssen vorausdenken. Dabei schleppen wir eine Wirtschaft hinter uns her, die wir als Erbe aus dem letzten Jahrhundert übernommen haben. Ist das nicht offensichtlich?

Wir haben heute eine sehr ernsthafte Chance. Unsere heutige Aufgabe besteht darin, im Bereich der akademischen Zusammenarbeit, des akademischen Austauschs und der Partnerschaften eine Roadmap zu verwirklichen, die von unseren beiden Wissenschaftsministerien initiiert wurde. Diese Roadmap sollte auf die kommenden zehn Jahre angelegt sein, denn gerade in diesem Segment können wir führend sein. Es ist klar, dass weder Russland noch Deutschland allein in Bezug auf die Entwicklung der Wissenschaften eine führende Rolle in der Welt spielen kann. In dieser Hinsicht sollten wir Realisten bleiben.

Ja, wir leben in einer politischen Welt. Dem können wir uns nicht entziehen. Es war Egon Bahr, der einmal gesagt hat: Es gibt Probleme, über die man sich heute nicht verständigen kann, also legen wir sie zu Seite und kümmern uns um Probleme, über die wir uns heute verständigen können. Und ich meine, Deutschland und Russland haben davon gerade eine sehr große Auswahl. Dort, wo wir uns verständigen können, sollten wir uns verständigen.

Michail Schwydkoi ist außerordentlicher Vertreter des Präsidenten der Russischen Föderation in Fragen der internationalen kulturellen Zusammenarbeit. Der Text basiert auf dem Vortrag des Autors auf dem Forum des „Petersburger Dialogs“ am 7. Oktober in Moskau.

IMPRESSUM

Verleger
Detlef W. Prinz

Herausgeber
Johann Michael Möller
Witali Nikititsch Ignatenko

Chefredaktion
Peter Koepf
Viktor Loshak

Chef vom Dienst
Lutz Lichtenberger

Gestaltung
Paul Maria Kern (Art Director)
Johanna Trapp (Layout)

Druck
Axel Springer SE
Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG
Brunsbütteler Damm 156 – 172
13581 Berlin

Redaktionsschluss
4. Dezember 2018

Verlag
Times Media GmbH
Tempelhofer Ufer 23 - 24
10963 Berlin

Petersburger Dialog ist eine geschützte Marke der Times Media GmbH.

www.times-media.de

FORTSETZUNG VON SEITE 1

ISOLIERTER IRAN, GESPALTENER WESTEN

dem Land wirtschaftliche Vorteile bietet, welche die Auswirkungen von Sanktionen aufheben würden. Gleichzeitig machte Teheran deutlich, dass die derzeitigen Bemühungen der EU-Troika nicht ausreichten. Als Zeichen ihrer Bereitschaft, zur Entwicklung des eingefrorenen Atomprogramms zurückzukehren, beschlossen die Iraner, ihre Urananreicherungskapazität zu erhöhen und drohten mit einem Rückzug aus dem Abkommen, falls die EU den Mechanismus nicht innerhalb der gesetzten Frist einführt.

Dies konnte jedoch nicht realisiert werden. Der Hauptgrund dafür war die Zurückhaltung der Vertragspartner, den Mechanismus auf ihrem Territorium anzuwenden, aus Angst, den Zorn Washingtons auf sich zu ziehen. Dennoch wird weiter verhandelt. Der Iran ist aus dem Vertrag noch nicht ausgestiegen. Grund dafür könnte auch sein, dass Washington acht Ländern zubilligte, weiterhin iranisches Öl zu kaufen, darunter Japan, Indien und Südkorea.

Russland war das einzige Mitglied des Atomabkommens, das den Iran von Anfang an unmissverständlich unterstützte. Russland sprach sich gegen ein neues Abkommen aus und machte deutlich, dass man Irans Interessen im Nahen Osten nicht ignorieren dürfe.

Natürlich ging es um Syrien, wo Teheran ein strategischer Verbündeter Moskaus ist und Präsident Bashar al-Assad unterstützt. Gleichzeitig war die russische Regierung besorgt über die rücksichtslosen Aktionen eines in die Enge getriebenen Iran und traf sich regelmäßig mit den Behörden des Landes, um sie davon zu überzeugen, nicht aus den Verhandlungen auszusteigen. Gleichzeitig hat Moskau Teheran keine wirklichen wirtschaftlichen Vorschläge unterbreitet, außer dem Zahlungsverkehr in nationalen Währungen.

Die Lage kann als hoffnungslos bezeichnet werden. In den vergangenen sechs Monaten haben die Vertragspartner sich weder geeinigt noch einen gemeinsamen Aktionsplan entwickelt, um den Iran vor US-Sanktionen zu schützen. Die Chancen, dass die EU-Troika Iran weiterhin unterstützt und den Mechanismus einführt, sind sehr gering.

Dessen Effizienz und Effektivität ist ohnehin nicht garantiert, und die Zahl der standhaften Unternehmen wird deutlich geringer sein als vom Iran erhofft. Auch die Aussichten auf ein neues Abkommen sind schlecht: Teheran hat den Mangel an Zuverlässigkeit bei Trump erkannt und die Verhandlungen mit den USA beendet. Offensichtlich wartet der Iran auf die US-Wahlen im Jahr 2020, um einen Dialog mit dem nächsten Präsidenten einzuleiten.

Auch die Verhandlungen zwischen der EU und Washington sind bisher erfolglos, und der russische Einfluss auf den Iran wird mit der Zeit unter dem Druck der wirtschaftlichen Probleme Teherans abnehmen. Auch China hat dem Iran noch keine wirkliche Hilfe angeboten. So werden die politischen Ambitionen der „Fünf“ in wirtschaftliche Faktoren zerlegt und bestätigen nur die Dominanz Washingtons auf der Weltbühne. Ob das Abkommen intakt bleibt oder nicht, ist eher eine rhetorische Frage, da es seinen Vertragspartnern keinen tatsächlichen Nutzen bringen kann.

Veronika Vishnyakova ist Senior Diplomatic Correspondent in der Außenpolitischen Abteilung der Nachrichtenagentur Interfax und Mitglied des Pressepools des russischen Außenministers Sergei Lawrow. Derzeit ist sie mit dem Marion-Gräfin-Dönhoff-Journalistenstipendium in Deutschland zu Gast.

Das Land der Russländer

Im deutschen Alltag hat sich der Begriff Russische Föderation festgesetzt. Doch das ist Ergebnis einer irreführenden Übersetzung. Der Staat heißt exakt und offiziell Russländische Föderation: eine Föderation für viele Ethnien, mit einem (russischen) Präsidenten für viele Völkerschaften

VON KATJA GLOGER

Wladimir Putin hatte höchstpersönlich zur Feder gegriffen – oder greifen lassen. Am 23. Januar 2012 erschien sein Grundsatzartikel mit der eher bleiernen Überschrift „Die Selbstbestimmung des russischen Volkes: Eine Vielvölkerzivilisation mit russischem Kern“ auf der Webseite Putin2012.ru. Es waren die Monate der Moskauer Massenproteste gegen gefälschte Parlamentswahlen und gegen Putin selbst, der sich nach einer Pause als Ministerpräsident gerade erneut zum Präsidentschaftskandidaten gekürt hatte.

Damals protestierten nicht nur Moskauer Hipster und Intellektuelle. Auch nationalistisch orientierte Organisationen und Gruppen waren auf den Plan getreten; als selbsternannte Vorhut einer russischen nationalkonservativen Revolution warnten sie vor zunehmender „Überfremdung“. Eine ihrer Parolen lautete: „Russland den Russen“.

Immer wieder war es zu gewalttätigen Ausschreitungen russischer Ultranationalisten vor allem gegen Migranten aus den ehemaligen zentralasiatischen und kaukasischen Republiken der Sowjetunion gekommen: „Tschornye“ nennt man sie abfällig, „Schwarze“; es sind billige, meist rechtlose Arbeitskräfte für die russische Wirtschaft. Dutzende waren in den Auseinandersetzungen gestorben.

Zugleich wuchsen separatistische Bewegungen an den Rändern des Putinschen Reichs. Vor allem in den vernachlässigten, bettelarmen Gebieten mit muslimischen Mehrheiten im Norden des Kaukasus entstand terroristisches Potential. Dort hatte ein „Kaukasisches Islamisches Emirat“ den Krieg gegen Russland erklärt. Muslime stellen rund 15 Prozent der Bevölkerung – eine gewaltige soziale und politische Herausforderung.

Die Lage schien den Polittechnologen im Kreml offenbar ernst genug, um zur „nationalen Frage“ Stellung zu nehmen: In seinem Artikel propagierte Putin das „staatsbildende Volk“ der Russen, forderte schärfere Regeln und Kontrollen für Arbeitsmigranten, Kultur- und Sprachtests. Denn ein Schmelztiegel à la USA sei Russland nicht.

Zugleich aber verwahrte sich Putin gegen Forderungen nach einem „monoethnischen russischen Nationalstaat“. Dies stünde im Gegensatz zur tausendjährigen multiethnischen Geschichte des Landes. Russland sei vielmehr ein Vielvölkerstaat mit „russländischer“ Identität.

Es war der Versuch, die Büchse der Pandora geschlossen zu halten, ein Dilemma aufzulösen, das kaum aufzulösen ist: Denn Russland ist eigentlich gar nicht das Land der Russen. Es ist vielmehr das Land der „Russländer“.

„Russisch“, russkij, oder „russländisch“, rossijskij – zur Verwirrung trägt eine semantische Unschärfe bei, eine im Grunde irreführende Übersetzung, die sich im Alltagssprachgebrauch festgesetzt hat: „Russische Föderation“ heißt es gemeinhin, vom „Präsidenten Russlands“ ist die Rede. Exakt und offiziell aber heißt es: „Russländische Föderation“. Eine Föderation für viele Ethnien, ein (russischer) Präsident für viele Völkerschaften.

In diesem Vielvölkerstaat leben neben Russen mehr als 185 ethnische Gruppen und kleine Völker; Tataren und Tschetschenen stellen die größten Minderheiten. Dazu gehören auch die indigenen Völker Sibiriens, Nomaden wie Chanten und Nenzen und, an der Beringsee, die Tschutschken mit eigenem autonomem Kreis. Winzige Völker mit meist nomadischer Kultur und Schamanen, sie glauben an die Geister des Winds. Ihre Zahl schrumpft seit Jahrzehnten, immer weniger Menschen beherrschen ihre indigenen Muttersprachen.

Die mit 85 „Föderationssubjekten“ zahlenmäßig größte Föderation der Welt gewährt 27 autonomen Republiken und Kreisen begrenzte Autonomierechte nicht-russischer Nationalitäten. Die ölreiche autonome „Republik Tatarstan“ an der Wolga etwa hat einen eigenen Präsidenten samt Regierung – und Zugriff auf einen größeren Teil der Einnahmen aus der Ölproduktion.

Der Nordkaukasus ist ein ethnischer Flickenteppich, dort stellen Tschetschenen mit 1,4 Millionen Menschen die größte Ethnie. Nach zwei brutal geführten russischen Kriegen gegen Separatisten regiert dort heute Ramsan Kadyrow mit seinem Clan, ein sehr selbstbewusster Gewaltherrscher von Moskaus Gnaden und Finanzen, dessen Bataillone 2014 auch im Osten der Ukraine kämpften.

Mit gut 80 Prozent allerdings stellen die ethnischen Russen Mehrheit und Macht in dieser Föderation. Zu einem „russländischen Staatsbewusstsein“ bekennen sich in Umfragen jedoch weniger als die Hälfte der Befragten. So gilt es für die russische Führung, die schwierige Balance zu halten zwischen multiethnischen Realitäten und russischen Träumen vom vermeintlichen Glanz eines nahezu endlos weiten Imperiums.

Zu Zarenzeiten hieß das Reich das „Russländische Imperium“, auch damals schon ein multiethnisches Gebilde unter russischer Herrschaft, entstanden durch die Expansion des Moskauer Fürstentums in Nachbarländer und benachbarte Territorien – vor allem nach Süden (bis zur Krim) und Osten (an die Pazifikküste). Die „Sammlung russischer Erde“ bedeutete nichts anderes als Kolonisierung und wachsende Russifizierung eines ganzen Kontinents.

Der Unterschied ist gewaltig: Großbritannien und Frankreich besaßen Imperien. Russland aber war ein Imperium. Und im wahrsten Sinne des Wortes: grenzenlos.

Dieser Teil der Geschichte, die innere Kolonialisierung, wurde zu Sowjetzeiten dialektisch geschickt als eine Art „guter“ Imperialismus verkauft – im Gegensatz zum kriegerischen Imperialismus des Westens. Und war nicht Lenins Versprechen von Autonomie an die nicht-russischen Völker ein entscheidender Grund für Siege der Bolschewiki im Bürgerkrieg nach der Revolution 1917?

So wurde etwa der Deutsche Ernst Reuter, der spätere Bürgermeister von West-Berlin, als „Volkskommissar für deutsche Angelegenheiten“ eingesetzt. Auch die Wolgadeutschen galten als „russländisches Volk“. Und ihre autonome Republik wurde eine Weile zum Sehnsuchtsort auch für deutsche Kommunisten im sowjetischen Exil, blind für die brutale Realität, mit der echte Autonomiebestrebungen von Anfang an unterdrückt wurden. 1941 ließ Stalin die „Wolgadeutsche Republik“ auflösen und ihre überlebenden Bewohner nach Sibirien und Kasachstan deportieren.

Im Vielvölkerstaat Sowjetunion wurde das Ideal brüderlichen Zusammenlebens verschiedener Ethnien und Religionen unter dem Dach des Kommunismus propagiert. Vor allem die unterentwickelten zentralasiatischen Sowjetrepubliken wurden im Lauf der Jahrzehnte von Moskau ausgebeutet, aber auch massiv subventioniert. Im Süden wiederum, jenseits des Kaukasus, blühten die erfolgreichen Untergrundökonomien in Georgien, Aserbaidschan und Armenien, die zur Versorgung des maroden Sowjetreichs unter anderem mit Wassermelonen und gefälschten US-Jeans beitrugen.

Auch das Wort „Sowjetbürger“ war eine staatliche Erfindung. Wer in der Spalte „Nationalität“ im Pass „jüdisch“ eintrug oder „deutsch“, musste mit Nachteilen rechnen.

PICTURE-ALLIANCE / MARY EVANS PICTURE LIBRARY

Ruhmreiche Geschichte: Russisches Imperium um 1800.

Es gilt für die russische Führung, die schwierige Balance zu halten zwischen multi-ethnischen Realitäten und russischen Träumen vom vermeintlichen Glanz eines nahezu endlos weiten Imperiums

Russen galten – und gelten – als entscheidendes, staats- und identitätsbildendes Volk, russisch-orthodox als der Glaube. Macht und Geld konzentrieren sich in Moskau, im Kreml der russischen Zaren. Es war der Georgier Stalin, der nach dem Sieg im Großen Vaterländischen Krieg 1945 in Moskau einen Trinkspruch auf das „Wohl des russischen Volkes“ ausbrachte – womöglich ein ethnopolitischer Schachzug, mit dem mögliche Kritik an Stalins Kriegsführung unterbunden werden sollte. Denn in Wahrheit hatten ja Weißrussen und Ukrainer die meisten Kriegsopfer zu beklagen. Auch in Deutschland – West wie Ost – wurde konsequent unterschlagen, dass der Vernichtungskrieg der Deutschen gegen die Sowjetunion, der „Russlandfeldzug“, in Wahrheit ein Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion war.

Nach dem Kollaps der Sowjetunion, diesem wie durch ein Wunder vergleichsweise friedlichen Zerfall, galt es für die neue russische Führung unter Präsident Boris Jelzin, unter allen Umständen einen möglichen Zerfall Russlands zu vermeiden, separatistische Bewegungen vor allem im Nordkaukasus abzuwehren. Also erfand man das „multinationale Volk“ Russlands und verankerte es 1993 in der Verfassung – ein irgendwie einheitliches Volk vieler Ethnien, Basis eines russischen Nationalstaats. Und die drei Kronen im neuen Staatswappen – einst russische Siegessymbole für Eroberung fremder Gebiete – wurden nun zu Symbolen der demokratischen Gewaltenteilung erklärt. Es endete mit dem ersten Tschetschenienkrieg.

Die Krise um die Ukraine, die Annexion der Krim und der Krieg im Osten des Landes führten in den vergangenen Jahren zwar zu einer ungeahnten patriotischen Gesamtmobilisierung in, nun ja, Russland. Sie spielt aber auch radikalen, gut organisierten und vom Kreml weit schwieriger zu kontrollierenden russischen Nationalisten in die Hände, die nun die Zeit eines „russischen Frühlings“ gekommen sehen. Das Donbass ist für sie der Vorposten für die Rückeroberung von „Noworossija“, das faktisch den gesamten Osten der Ukraine umfasst.

„Heute steht die Ukraine im Zentrum einer neuen ‚russischen Frage‘“, schreibt der ukrainische Harvard-Historiker Serhii Plokhy in seinem Buch „Lost Kingdom“. „Im Kern geht es noch immer darum, zu definieren, wo Russland beginnt und wo es endet – und wer eigentlich das russische Volk bildet.“

Die russische Machtelite nutzt russischen Nationalismus und imperiale Nostalgien auch zur Mobilisierung gegen den vermeintlich feindlichen Westen. Sie propagiert eine „russische Welt“, die angeblich auch Millionen Landsleute im Ausland umfasst. Ihnen sagte Putin unlängst erneut Unterstützung zu. Denn auch Russland kann die demographische Frage, diesen sich leerenden Kontinent, nur mithilfe von Einwanderung lösen: Rückkehrende Landsleute aus dem Ausland, aber vor allem billige Arbeitskräfte aus den zentralasiatischen Republiken wie Tadschikistan und Usbekistan müssen irgendwie integriert werden. Es sind Hunderttausende, längst bilden sie Parallelgesellschaften.

Und zugleich verstärken sich auch tatarische, tschetschenisch-islamistische oder andere nationalistische Tendenzen innerhalb des russländischen Staatsgebiets.

So versucht man, das Risiko nationalistischer Flächenbrände mit einem neuen Konstrukt zu mindern, der russisch dominierten „Russländischen Nation“. Sei es doch im Laufe der Jahrhunderte zu einer Verschmelzung der Ethnien unter Führung des russischen Volks gekommen – so sei faktisch ein neues Staatsvolk entstanden: die „rossijskaja nazija“, geprägt von russischer Sprache, Geschichte und Kultur.

Zur Identitätsbildung soll offenbar wieder einmal das Imperium beitragen, ein Sechstel der Erdoberfläche umfassend, die alte Macht und Größe. Allein aufgrund seiner geografischen Ausdehnung werde Russland immer eine Großmacht sein, so die Logik. Eine Welt ohne Russland, räsonierte Wladimir Putin unlängst – undenkbar.

Er ordnete die Erarbeitung eines neues Weltatlasses an, ein Atlas, der die „historische und geografische Wahrheit“ wiederherstelle, etwa bei den Entdeckungen russischer Eroberer, denen man westliche Namen verpasst habe, etwa in der Antarktis. Außerdem wurde Geografie wieder als Pflichtfach an russischen Schulen eingeführt. Dies, so Putin, diene der Entwicklung „patriotischer Werte“ sowie der „kulturellen und nationalen Identität“.

Es wäre ein Anfang: zu wissen, wo die eigenen Grenzen verlaufen.

Katja Gloger ist Autorin des Magazins Stern *und langjährige Korrespondentin in Moskau. Im vorigen Jahr ist ihr Buch „Fremde Freunde“ erschienen, das über die tausendjährige, schicksalhafte Beziehung zwischen Deutschen und Russen erzählt.*

PD

Effektiver verteidigen

Nun scheint Angela Merkel sich doch ihrem französischen Kollegen Emmanuel Macron anzunähern. Mitte November forderte sie im Europaparlament, „eines Tages eine echte europäische Armee zu schaffen“. Bis dahin bleibt für die europäische Verteidigungspolitik das Instrument der Permanent Structured Cooperation (Pesco) maßgeblich

VON JOHANNES LEITHÄUSER

Vor neun Monaten haben die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union den bisher größten Schritt in die Richtung einer gemeinsamen, europäischen Armee getan. Es war allerdings keine symbolträchtige Bewegung, die da vollzogen wurde: weder gibt es nun etwa gemeinsame europäische Uniformen, noch gemeinsame Waffen und Geräte, nicht einmal ein gemeinsames Oberkommando. Aber es gibt jetzt Regeln, die eine Zusammenarbeit einzelner europäischer Staaten ermöglichen, um zusammen bestimmte militärische Einrichtungen oder Fähigkeiten aufzubauen.

Beispiel: Auf Vorschlag des italienischen Militärs arbeiten nun Fachleute aus mehreren europäischen Streitkräften an der Entwicklung eines neuen gepanzerten Infanteriefahrzeugs. Auf deutsche Initiative hin beteiligen sich sechs weitere EU-Länder am Aufbau eines militärischen europäischen Sanitätshauptquartiers (European Medical Command), das künftig bei EU-Militäreinsätzen, etwa in Afrika, die medizinische Versorgung leiten und sicherstellen soll; bisher hatten das alle Mitgliedsländer, die sich an einem solchen Einsatz beteiligen, immer wieder neu aushandeln und festlegen müssen.

Auf 17 solcher Kooperationsprojekte haben sich die europäischen Verteidigungsminister vor einem Jahr zunächst verständigt, schrittweise sollen es immer mehr werden. Zu den ersten Vorhaben zählen auch die Gründung eines Netzwerks von Logistikzentren in Europa, damit nicht jede Armee, ob groß oder klein, ihren Nachschub für Auslandseinsätze weiterhin selbst organisieren muss, oder die Einrichtung eines Zertifizierungszentrums für militärische Ausbildungsprogramme, das sicherstellen soll, dass alle Armeen künftig über dieselben Standards bei ihrer Ausbildung verfügen, dass also estnische Panzergrenadiere eine Schießausbildung erhalten, die der Ausbildung der deutschen und spanischen Panzergrenadiere vergleichbar ist.

Von den 27 EU-Mitgliedsstaaten (das im März nächsten Jahres ausscheidende Großbritannien schon herausgerechnet) haben 25 prinzipiell ihre Bereitschaft bekundet, an dieser neuen sicherheitspolitischen Kooperationsmethode teilzunehmen. Das neue Gemeinschaftsinstrument wird als Pesco-Zusammenarbeit etikettiert. Die Abkürzung steht für Permanent Structured Cooperation und ist als Methode im Lissaboner Vertrag der EU beschrieben und vereinbart worden. Das – für EU-Verhältnisse – Neuartige an dieser Zusammenarbeit besteht vor allem darin, dass hierbei nicht die gesamte Gemeinschaft, also alle EU-Mitglieder beteiligt sein müssen. Statt also immer 27 politische und militärische Entscheidungsinstanzen für ein bestimmtes militärisches Gemeinschaftsvorhaben gewinnen zu müssen, etwa für die Entwicklung neuer Unterwasser-Überwachungsgeräte, können sich nun jene EU-Länder zu diesem Zweck zusammenschließen, die an dieser neuen Technik interessiert sind.

Neben der flexiblen Pesco-Zusammenarbeit haben die EU-Staaten weitere Beschlüsse gefasst, welche die militärischen Fähigkeiten und Ausstattungen der 27 Mitgliedsländer immer weiter harmonisieren sollen. Am Ende dieser Bestrebungen werden dann womöglich keine einheitlichen europäischen Streitkräfte stehen, obwohl die politische Forderung danach immer wieder erhoben wird, aber es soll auf diese Weise immerhin eine „Europäische Verteidigungsunion“ entstehen, die entschlossen und schlagkräftig militärisch handeln kann.

PICTURE ALLIANCE/ REUTERS/ YVES HERMAN

Gemeinsam bedingt abwehrbereit: Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Gründung von Pesco in Brüssel am 14. Dezember 2017.

Der neben Pesco wichtigste Antrieb dafür ist der Europäische Verteidigungsfonds, der die Forschung und Entwicklung neuer Waffen und Geräte beschleunigen soll. Dieser Fonds soll vom Jahr 2020 an jährlich über 1,5 Milliarden Euro verfügen und Vorhaben finanzieren, die von einigen EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam geplant und angemeldet werden. Zu den ersten aus dieser neuen EU-Finanzquelle finanzierten Projekten zählt beispielsweise die Entwicklung einer neuen, leichteren und bequemeren Schutzweste für Soldaten.

Zwei Gründe haben der militärischen Zusammenarbeit in der EU in den letzten Jahren neuen Schwung gegeben. Der wichtigste Grund liegt in der Entscheidung Großbritanniens, die Union zu verlassen. Vor der britischen Brexit-Entscheidung machte London in der Brüsseler EU-Zentrale stets seinen Einfluss geltend, um weitere Schritte in der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik möglichst zu verhindern. Die Briten fürchteten Einschränkungen ihrer militärischen Souveränität; sie hatten auch Sorge, dass gemeinsam agierende europäische Streitkräfte am Ende die Nato schwächen könnten. Nach der britischen Austrittsentscheidung kam die europäische Militär-Kooperation sofort in Schwung; neben Pesco und dem EU-Verteidigungsfonds einigten sich die europäischen Regierungen darauf, auch ein gemeinsames militärisches Hauptquartier einzurichten.

Die Wahl Donald Trumps lieferte den Europäern einen weiteren Grund, ihre Militär-Kooperation rasch zu vertiefen. Das hing nicht so sehr mit Trumps Klagen zusammen, dass fast alle (europäischen) Nato-Länder zu kleine Militärbudgets haben, sondern eher mit den Ankündigungen des amerikanischen Präsidenten, nicht länger die Rolle eines Weltpolizisten spielen zu wollen. Den Europäern ist dadurch noch stärker bewusst geworden, dass sie sich zur Lösung von Konflikten in ihrer Nachbarschaft, also etwa auf dem Balkan, im Nahen Osten oder in Afrika, nicht länger auf die militärische Führungskraft Amerikas verlassen können, sondern selbst handlungsfähig werden müssen. Diesem Ziel dienen alle EU-Kooperationsbeschlüsse, die in den vergangenen zwei Jahren gefasst worden sind.

Den größten Schub für die militärische Kooperation der europäischen Armeen im Alltag erzeugt jedoch paradoxerweise die Nato. Die neue Nato-Strategie zur Abschreckung der russischen Aggressionspolitik hat verschiedene neue militärische Einheiten hervorgebracht, etwa die schnelle Nato-Speerspitze, die binnen Tagen an jeden Ort des Bündnisses verlegt werden soll, oder die vorgeschobenen Kampfverbände im Baltikum und in Polen, die dort permanent anwesend sind, deren Truppenteile jedoch ständig rotieren.

Alle diese neuen Verbände sind multinational zusammengesetzt, in allen Verbänden müssen Deutsche, Franzosen, Norweger, Niederländer, Spanier, Tschechen und Soldaten aller anderen Nato-Länder ständig im Alltag auf Kompanie-Ebene zusammenarbeiten. Dort werden die europäischen Kooperations-Absichten täglich Wirklichkeit: wenn polnische Militärmechaniker einen niederländischen Leopard-Panzer reparieren, oder wenn ein deutscher Bataillonskommandeur den Einsatzplan für eine norwegische Fallschirmspringer-Kompanie festlegt.

Johannes Leithäuser ist Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

RÜCKKEHR DES SCHRECKENS

Der zweite Teil der Fragen über Krieg und Frieden und den Zustand der Welt ist mit dem derzeitigen US-Präsidenten verknüpft. Einer seiner Vorgänger, John F. Kennedy, sagte 1961, als Europa gespalten und das transatlantische Bündnis noch stabil war: „Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind lebt unter einem nuklearen Damoklesschwert, das an einem dünnen Faden hängt, der jederzeit durch Unfall, Fehleinschätzung oder Idiotie durchschnitten werden kann. Die Kriegswaffen müssen beseitigt werden, bevor sie uns beseitigen.“

Tatsächlich einigten sich Ost und West während der Jahrzehnte des Kalten Kriegs und danach auf Abkommen, welche die Aufrüstung, insbesondere die atomare, kontrollierten, begrenzten, sogar reduzierten. Der „Kalte Frieden“ beruhte auf einem „Gleichgewicht des Schreckens“. Er hielt.

Längst teilt kein Eiserner Vorhang mehr Europa. Aber die Lage ist komplizierter: Das Verhältnis zwischen den USA und den Kernstaaten Europas ist gestört, auch weil Präsident Trump nicht zu denen zählt, die den Grundsatz „pacta sund servanda“ hochhalten, sondern von der EU maßgeblich vorangetriebene Verträge aufgekündigt hat: das Pariser Klima-Abkommen und das Iran-Atomabkommen. Russland ist längst wieder ein bedeutender Akteur, der seine Interessensphäre ausdehnt und zumal im Nahen Osten entscheidend mitspielt. China rüstet wirtschaftlich und militärisch auf. Nicht nur Kim Jong-un setzt heute auf Konfrontation und hegt atomare Ambitionen.

Aber befinden wir uns schon wieder in einem Kalten Krieg? Hängt der Frieden wieder „an einem dünnen Faden“?

Im Oktober hat Donald Trump angekündigt, den INF-Vertrag über das Verbot landgestützter nuklearer Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern aus dem Jahr 1987 zu kündigen. Er wirft Russland vor, einen landgestützten Marschflugkörper mit einer Reichweite von mehr als 500 Kilometern entwickelt und stationiert zu haben, der nuklear bestückt werden kann, der Marschflugkörper 9M729 (in der Nato heißt er SSC-8). Russland kontert mit dem Vorwurf gegen die USA, im Rahmen ihres Raketenschutzschilds „Aegis ashore“ in Rumänien und Polen über Stellungen zu verfügen, von denen aus auch (atomar bestückte) Marschflugkörper abgefeuert werden können.

Derweil fällt der Blick schon auf den New-Start-Vertrag (Strategic Arms Reduction Treaty), der 2021 ausläuft, mit dem sich die Sowjetunion und die USA auf die Begrenzung strategischer Atomwaffen einigten (auf maximal 800 Trägersysteme und 1550 Sprengköpfe). Wenn Trump und Putin den Vertrag nicht verlängern, gibt es zwischen den beiden Mächten kein gültiges Rüstungskontrollabkommen mehr. „Macht Trump seine Ankündigung wahr, ebnet er den Weg für ein neues atomares Wettrüsten“, kommentierte Mathias Nass in der Wochenzeitung *Die Zeit*.

Wieso macht Trump das? Er will sich offenbar von Fesseln befreien, als die er die Verträge versteht. Seine Politik – so sehen es die meisten deutschen Analysten – richtet sich auch gegen China, vielleicht sogar in erster Linie. Sein Nationaler Sicherheitsberater John Bolton verriet das kürzlich in Moskau per Witz: „Die Chinesen haben uns gebeten, nicht aus dem INF-Vertrag auszutreten. Würde ich in Peking leben, bäte ich auch darum.“

Aber auch Russland würde von der Kündigung des INF-Vertrags profitieren. Denn China hat wie die Atommächte Indien, Nordkorea und Pakistan den Vertrag nicht unterschrieben. Auch wenn deren Mittelstreckenarsenale vergleichsweise gering sind, so ist es doch beunruhigend zu sehen, dass alle Seiten aufrüsten.

Für Europa ist diese Entwicklung sehr bedrohlich – mit Blick auf Russland. Nikolas Busse beschrieb das bedrohliche Szenario in der *Frankfurter Allgemeinen:* Putin habe Russland eine „neue Militärdoktrin“ verpasst. Deren Ziel sei es, „konventionelle Operationen durch die Drohung mit einem begrenzten Atomwaffeneinsatz abzusichern“. Als denkbares Szenario führte er an: „Russland interveniert im Baltikum und droht der Nato für den Fall einer Rückeroberung mit einem Atomschlag in Europa.“

Weil die Bedrohung mit Atomschlägen wieder da sei, schrieb Peter Rudolf von der Forschungsgruppe Amerika der Stiftung Wissenschaft und Politik, welche die Bundesregierung berät, kürzlich: „Die nukleare Abschreckung ist zurück.“ Wer sagt, die Abschreckung habe doch gut funktioniert, dem antwortet Rudolf: Das sei nicht mehr als eine „spekulative Hypothese“. Ein Krieg zwischen Atommächten sei keinesfalls ausgeschlossen. Dass noch kein solcher Krieg aus Fehlkalkulation oder Irrtum eingetreten ist, sei lediglich Glück oder einer Mischung aus menschlicher Besonnenheit und bislang funktionierenden Kontrollsystemen geschuldet. In einer eskalierenden Krise sei ein Erstschlag nicht ausgeschlossen. „Die Stabilität des Abschreckungssystems kann nicht als gegeben angenommen werden.“ Im Gegenteil: Der technologische Fortschritt führe zu einem fragileren Gleichgewicht, beschleunigter Aufrüstung und wachsender Aggressivität.

In dieser Zeit muss man offenbar schon zufrieden sein, wenn die mächtigen Männer „nur“ einen Kalten Krieg anzetteln und nicht durch eine „Idiotie“ den dritten Weltkrieg eröffnen. Andererseits muss man auch nicht jedes Wort und jede Geste der Weltmachtführer so ernst nehmen. Die meisten scheinen sie für ihre Anhänger zu sprechen – und für sich selbst.

Die Waffen aus der Welt zu schaffen, gelingt nur gemeinsam. Das zeigten die Verträge, die nun gebrochen oder gekündigt werden – oder beides. Wenn jeder für sich agiert, ist kein Frieden zu erwarten, nicht einmal ein kalter. Wenn nukleare Abschreckung eine Form des Kalten Kriegs ist, dann haben wir ihn bald wieder.

Peter Koepf ist der deutsche Chefredakteur dieser Zeitung.

SHUTTERSTOCK/NAUM

Sanktionen und Stillstand

Ende 2018 gibt Russland den Vorsitz der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU) nach einjähriger Amtszeit ab, der Dialog mit der EU bleibt gestört. Eine Bilanz

VON WLADISLAW BELOW

Für Russland ist die Eurasische Wirtschaftsunion (EAEU) ein Schwerpunktprojekt, das die Volkswirtschaften der fünf Mitgliedsländer einander anzunähern und ihre Entwicklung fördern soll. In der außenpolitischen Konzeption der Russischen Föderation heißt es, dass die „EAEU berufen ist, eine wichtige Rolle zu spielen". In den Jahren 2015 bis 2017 wurde eine Reihe positiver Ergebnisse erzielt: Der Binnen- und Außenhandelsumsatz ist gestiegen, das Sortiment an Erzeugnissen und Leistungen ist gewachsen und die Exportstruktur verbessert worden. Der Zollkodex ist in Kraft getreten. Auch der Grundstein für die Gestaltung eines einheitlichen digitalen Raums wurde gelegt.

Russland hat im Jahr 2018 den Vorsitz inne. Zu den wichtigsten Zielen gehört die Umsetzung einer gemeinsamen „digitalen Agenda", darunter die Erarbeitung allgemeiner Regeln für den digitalen Handel, die Schaffung einheitlicher Standards für den Datenaustausch und deren Schutz, die Einführung digitaler Technologien in der staatlichen Verwaltung und der Industrie sowie die Regelung von Zollfragen. Die Russische Föderation strebt außerdem eine Angleichung der Währungs- und Finanz- sowie der Geld- und Kreditpolitik der Mitgliedstaaten an. Langfristig soll ein einheitlicher Finanzmarkt entstehen.

Zu Beginn des Jahres 2018 bekundete Russland sein Interesse an einer kontinuierlichen Erweiterung der Zusammenarbeit der EAEU mit anderen Ländern und Zusammenschlüssen (ohne Erwähnung der Europäischen Union). Im Laufe des Jahres hat die Republik Moldau den Status eines Beobachters der EAEU erhalten. Es kam zu einem Interimsabkommen zur Schaffung einer Freihandelszone mit Iran sowie zu einem Freihandels- und Wirtschaftskooperationsabkommen mit der Volksrepublik China. Die Verhandlungen zur Einrichtung von Freihandelszonen mit Ägypten, Israel, Indien, Serbien und Singapur wurden fortgesetzt.

Die Partner Russlands setzen weiterhin auf mehr Transparenz der EAEU als eine wichtige Bedingung für die weitere Entwicklung der Union. Wegen der sich seit März dieses Jahres verschärfenden Konfrontation der Russischen Föderation mit dem kollektiv auftretenden Westen erwies es sich unter dem Vorsitz der Russischen Föderation als äußerst kompliziert, eine engere Zusammenarbeit mit den ausländischen Partnern anzustreben.

Dabei ist es naheliegend, dass EU und EAEU ein objektives Interesse an einer mannigfaltigen Kooperation haben. Ebenso naheliegend ist auch, dass ohne ein enges Zusammenwirken mit den Strukturen der Europäischen Union die entscheidenden Projekte der EAEU (besonders im Bereich der Infrastruktur) innerhalb des eurasischen Kontinents nicht adäquat zu verwirklichen sind.

Wichtigste Hinderungsgründe sind die beiderseitigen Sanktionen Russlands und der EU, die bereits dazu geführt haben, dass die Gegensätze zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan zugenommen haben. Die Partner haben die russischen Gegensanktionen nicht gutgeheißen und äußerten sogar ihr Missfallen darüber, dass ihr Wettbewerbspotenzial im Transitbereich rückläufig ist.

Brüssel lehnt Schritte zum Beginn eines Dialogs mit der eurasischen Wirtschaftsunion ab, obwohl die Notwendigkeit auf der Hand liegt. Der Hauptgrund ist die offizielle Politik der EU gegenüber Russland seit der sogenannten Annexion der Krim und dem Konflikt im Südosten der Ukraine. Ungeachtet des Drucks ist der Kreml nach wie vor der Meinung, dass es in Kiew einen vom Westen unterstützten verfassungswidrigen Umsturz gegeben hat und die Herrschenden der Ukraine im Donbass unverkennbar die Menschenrechte auf das Gröbste verletzen.

Es ist eine Patt-Situation entstanden, in der Moskau und Brüssel durch ihre offiziellen Positionen gebunden sind, von denen sie nicht abgehen können. Diese Situation überträgt sich auf die Beziehungen zwischen der EU und der EAEU. Offensichtlich ist ebenso, dass sich der Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union zumindest derzeit nicht lösen lässt.

Aus diesem Grund wird die Wirtschaftskommission für Europa bei den Vereinten Nationen (UNECE) zur einzigen Alternative für einen offiziellen Dialog zwischen EAEU und EU. Das kann auch die Suche nach Möglichkeiten begünstigen, um die Beziehungen zwischen Russland und der EU aus der Sackgasse zu führen. Die UNECE ist gewillt, eine effiziente Vermittlerrolle zwischen den zwei größten Integrationsgruppierungen in Europa und auf dem eurasischen Kontinent zu spielen.

Die Fragen, die möglicherweise zum Gegenstand für den Beginn des Dialogs EU-EAEU werden können, sind vielgestaltig. Den Anfang könnte etwa die Erörterung der bestehenden technischen Reglements machen.

Im Laufe des gesamten Jahres hat die UNECE sich auf der Ebene der Expertengemeinschaft sehr bemüht, um den Gedanken zu befördern, dass der Beginn eines Dialogs zwischen EAEU und EU notwendig und von Vorteil ist. Es gab Dutzende Konferenzen, Round-Table-Gespräche und Podiumsdiskussionen mit Experten beider Seiten. Viele von ihnen kommen aus Österreich, das zu einer Diskussionsplattform für das Thema „Integration der Integration" geworden ist. Zu einer neuen Plattform verspricht das kürzlich geschaffene Forum der österreichischen und russischen öffentlichen Initiative „Dialog von Sotschi" zu werden. Außer Frage steht, dass dies auch 2019 fortgesetzt werden muss, wenn Armenien den Vorsitz hat.

Moskau hat sich in diesem Jahr sehr bemüht, die Interessen und Bedürfnisse seiner Partner aus der Wirtschaftsunion zu berücksichtigen, insbesondere Kasachstans und Weißrusslands. Der Kreml konnte die Diskussion der in der EAEU stattfindenden Prozesse aktiver gestalten und hat sich über die UNECE die Aufmerksamkeit der Partner von außen bezüglich der Möglichkeiten einer für beide Seiten vorteilhaften Kooperation geweckt, u. a. der EU-Mitgliedsländer Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien, Tschechien und Griechenland. Unter den komplizierten Bedingungen der harten Konfrontation zwischen Russland und dem kollektiv auftretenden Westen ist es nicht dazu gekommen, dass die EAEU vom globalen wirtschaftspolitischen Raum entfremdet wurde. Die EAEU hat es geschafft, sich 2018 als globaler Akteur weiter zu etablieren.

Wladislaw Below ist Stellvertretender Direktor des Europainstituts der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Wenn Staaten morden

Nicht nur autoritäre Regime geben Morde in Auftrag, nicht nur dort werden unabhängige Richter, kritische Medien und Nichtregierungsorganisationen attackiert und eingeschüchtert. Gewachsene demokratische Staatsstrukturen erodieren, es droht die schleichende Zerschlagung des Rechtsstaats

VON MARKUS BICKEL

Saad Hariri sitzt direkt neben Mohammed bin Salman, als der saudische Kronprinz einen derben Witz auf Kosten seines libanesischen Gastes macht. Riad Ende Oktober, drei Wochen nach dem mutmaßlichen Mord an Jamal Khashoggi, dem bis dahin wohl einflussreichsten Journalisten Saudi-Arabiens. Auf der Wirtschaftskonferenz „Future Investment Initiative“ nimmt bin Salman erstmals Stellung zur Beseitigung des Kritikers im Konsulat des Königsreichs in Istanbul. „Das Verbrechen ist für alle Saudis schmerzhaft“, sagt er; selbstverständlich würden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Und, mit Blick auf Hariri: „Premierminister Saad hält sich für zwei Tage im Königreich auf, daher hoffe ich, dass jetzt keine Gerüchte aufkommen, er sei entführt worden.“ Gellendes Gelächter, der Saal tobt, bin Salman und selbst Hariri sind sichtlich amüsiert.

Ein Jahr zuvor war das noch anders. Im November 2017 stellte MBS, wie der 33-jährige Thronfolger von König Salman ibn Abdel Aziz Al Saud auch genannt wird, den 15 Jahre älteren libanesischen Regierungschef bei einem Besuch in Riad unter Hausarrest. Weil Hariri aus bin Salmans Sicht zu viele Zugeständnisse an die Hisbollah gemacht hatte, wollte er ihn so zu einer härteren Gangart gegenüber Irans Stellvertreterarmee im Libanon zwingen. Mit Erfolg: Sichtlich gezeichnet von der Geiselnahme erklärte Hariri in einem Fernsehauftritt seinen Rücktritt – und griff die aus Teheran gesteuerte Parteimiliz scharf an.

Dass der saudische Kronprinz elf Monate später öffentlich Scherze über die Episode reißen kann, zeigt, mit welcher Skrupellosigkeit er sein Land regiert. Diplomaten zufolge wurde Hariri während des Hausarrests von saudischen Sicherheitskräften geschlagen, ehe Frankreich intervenierte, um dessen Rückreise nach Beirut zu ermöglichen. Das war ein mehr als ungewöhnlicher Vorgang selbst für eine Weltgegend, in der das Ausschalten politischer Widersacher selten demokratischen Spielregeln folgt – und in der politische Morde seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung stehen.

Mohammed bin Salman ist nicht der erste Machthaber, der Kritiker staatlich sanktioniert beiseite räumen lässt. Im Gegenteil, Saddam Hussein soll allein bei seiner Machtergreifung im Juli 1979 eigenhändig 22 Führungskader der Baath-Partei erschossen haben. Aber noch etwas Anderes macht den Witz bin Salmans auf Kosten Saad Hariris so nonchalant: Dessen Vater Rafik Hariri war 2005 bei einem Bombenanschlag in Beirut ums Leben gekommen. Eine UN-Untersuchungskommission bezichtige später das syrische Regime Baschar al-Assads des Mordes; schiitische Hisbollah-Kader hätten das Attentat im Auftrag des alawitischen Machthabers ausgeführt, so die Ermittler.

Seit er 2009 in Damaskus mit Assad zusammentraf, weiß Saad Hariri, was es bedeutet, dem Verantwortlichen für den Mord am eigenen Vater gegenüberzusitzen. Eine Demütigung, die auch bin Salman dem ältesten Sohn Khashoggis nicht ersparte, als er ihm drei Wochen nach dem Mord kondolierte. Fernsehbilder zeigen Salah Khashoggi mit versteinertem Gesicht beim Handschlag mit bin Salam. Noch am selben Tag reiste er in die USA aus.

Dem im Präsidentenpalast in Damaskus ausgeheckten Mord an Rafik Hariri folgte 2005 die Zedernrevolution und der Abzug der syrischen Besatzungstruppen aus dem Libanon – ein politisches Erdbeben ähnlich dem, das auf den Mord an Khashoggi gefolgt ist: Die Vereinten Nationen fordern Aufklärung, zugleich wächst der Druck auf Riad, den Krieg im Jemen zu beenden, an dem das Königshaus mit Kampfflugzeugen und Bodentruppen federführend beteiligt ist. Die Bundesregierung in Berlin hat ihre Waffenlieferungen an Saudi-Arabien eingefroren und angekündigt, keine weiteren Rüstungsgeschäfte zu genehmigen, solange der Fall nicht aufgeklärt ist.

Zurecht, denn die Unverfrorenheit, einen dem Könighaus lange loyalen Journalisten durch ein Killerkommando regelrecht hinzurichten, ist von neuer Qualität. Selbst Donald Trump, dessen erste Auslandsreise als US-Präsident ihn im Mai 2017 nach Riad geführt hatte, ging auf Distanz. „Das war eine der schlechtesten Vertuschungen aller Zeiten“, kritisierte er die saudischen Versuche, den generalstabsmäßig geplanten Mord zunächst als Unfall darzustellen.

Das freilich ging nicht mehr, als Recep Tayyip Erdogan begann, den Fall medial für sich auszuschlachten. Der türkische Präsident konkurriert mit bin Salman um die Vormacht in Nahost – sowohl im Konflikt um Katar, im Verhältnis zur Muslimbruderschaft und gegenüber dem Iran stehen sie sich politisch gegenüber. Peu à peu stachen Mitarbeiter des Präsidenten brisante Details aus dem Konsulatsinnern an lokale und ausländische Medien durch.

Offenbar war die Vertretung verwanzt; CIA-Chefin Gina Haspel kennt die Audiodatei, die den Verlauf des wohl nach sieben Minuten abgeschlossenen Mordes dokumentiert: Der 59-Jährige soll zunächst betäubt worden sein, ehe ihm die Finger abgeschnitten wurden und man ihn enthauptete. 15 Mann stark sei das Killerkommando gewesen, darunter enge Sicherheitsberater von bin Salman und ein Gerichtsmediziner, der empfahl, über Kopfhörer Musik zu hören beim Zersägen Khashoggis. Dessen Leiche ist bis heute nicht gefunden, angeblich liegt sie verscharrt im Belgrader Wald im Norden Istanbuls.

Erst nach Haspels Treffen mit ihren Kollegen vom türkischen Geheimdienst ließ die saudische Führung davon ab, eine außer Kontrolle geratene Schlägerei als Todesgrund zu nennen. „Unter Vorsatz“ sei die Tat erfolgt, teilte die Generalstaatsanwaltschaft in Riad Ende Oktober mit. Der Versuch, ähnlich wie die russische Führung im Fall der Vergiftung des abtrünnigen Agenten Sergej Skripal alles abzustreiten, war endgültig gescheitert, die Version einer angeblich aus dem Ruder gelaufenen Operation nicht länger aufrecht zu erhalten.

Da tut sich Russland leichter: Anstelle von Aufklärung setzt Wladimir Putin bis heute auf Ablenkung – und lieferte von Giftlabors der CIA über Lebensmittelvergiftung etliche Varianten, wer für die Attacke auf Skripal und seine Tochter im März dieses Jahres verantwortlich gewesen sein könnte. Daran hat sich auch nichts geändert dadurch, dass inzwischen zwei hochrangige russische Geheimdienstler identifiziert wurden, die am Tag des Anschlags im britischen Salisbury unterwegs waren – angeblich als Touristen.

Doch der Kern des Skandals um Khashoggi besteht natürlich nicht in handwerklichen Fehlern bei der medialen Aufarbeitung des Mords. Vielmehr schürt er die Sorge vor einem weiteren Erstarken autoritärer Kräfte, die ungerührt Attentate in Auftrag geben können. Trump lässt sich durchaus als Katalysator dieser Entwicklung identifizieren. Seine hemmungslose Rhetorik bereits während des US-Präsidentenwahlkampfs 2016 öffnete gewaltbereiten Kräften Tür und Tor. Bei einer Veranstaltung kurz vor den Kongresswahlen in Montana lobte er erst im Oktober den dortigen Kongressabgeordneten der Republikaner: Greg Gianforte hatte 2017 einen Journalisten der britischen Tageszeitung *The Guardian* niedergeschlagen. „Ein großartiger Typ, hart im Nehmen“, so der Präsident.

Das Blatt warf Trump danach vor, mit dem Lob „zu weiteren Angriffen auf Journalisten hier und weltweit einzuladen“. Das gelte insbesondere nach dem Mord Khashoggis. Er hoffe, so der zuständige Redakteur, dass sich der Präsident dafür entschuldigen werde.

Doch davon keine Spur. Trumps Angriffe auf die als „fake news“ denunzierten freien Medien folgen einem klaren Kalkül, mit immer drastischeren Folgen: Nur wenige Tage nachdem er den körperlichen Angriffe auf den „Guardian“-Korrespondenten öffentlich gutgeheißen hatten, wurde bekannt, dass Briefbomben an die frühere Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton, Expräsident Barack Obama, den Schauspieler und Trump-Kritiker Robert de Niro sowie an das CNN-Büro in New York geschickt worden waren. Der mutmaßliche Täter: ein Trump-Anhänger.

Und als der Präsident Ende Oktober zur Trauerfeier in die Synagoge in Pittsburgh kommen wollte, lehnten die jüdischen Überlebenden des Massakers an elf Gemeindemitgliedern das ab. Kurz danach schickte er Tausende Soldaten an die Grenze zu Mexiko und forderte sie mit martialischer Rhetorik zum Waffeneinsatz gegen Migranten aus Mittelamerika auf. „Betrachtet es als Gewehre, wenn sie mit Steinen auf euch werfen sollten“, schrieb er auf Twitter.

Diese gewaltgeladene Atmosphäre begünstigt Angriffe auf Ausländer und Andersdenkende. In den USA, aber auch in Russland, der Türkei, China, Indien und Osteuropa fühlen sich die Herrscher durch die Hassreden des Führers der einstigen freien Welt ermuntert, selbst die Revolver zu entsichern. Gezielt werden unabhängige Richter, kritische Medien und Nichtregierungsorganisationen attackiert und eingeschüchtert, um sie als Bollwerk demokratischer Gemeinwesen zu schleifen. So reiht sich die Hinrichtung Khashoggis ein in eine Serie von Morden an Journalisten, die kritisch über die Verwicklungen von Ministern und Regierungschefs in Korruptionsfälle berichtet hatten.

Drei davon ereigneten sich mitten in Europa. So wurde im Oktober die Fernsehjournalistin Viktoria Marinowa in Bulgarien vergewaltigt und anschließend umgebracht. Sie hatte in ihrer Sendung von einem Millionenbetrug mit EU-Geldern berichtet. Acht Monate zuvor war der slowakische Journalist Ján Kuciak von einem Auftragskiller erschossen worden. Er deckte Verbindungen der Mafia zur Regierung in Bratislava auf.

Und bereits vor einem Jahr, im Oktober 2017, war in Malta die Journalistin Daphne Caruana Galizia getötet worden, die ebenfalls korrupten Politikern auf der Spur war. Durch eine Autobombe wurde sie umgebracht, nur wenige Hundert Meter von ihrem Wohnhaus entfernt. Zwar wird drei Tatverdächtigen der Prozess gemacht, doch vermuten viele die Hintermänner in der Regierung. Nicht ohne Grund: Recherchen belegen den Handel mit EU-Pässen, Geldwäsche und Offshore-Firmen, die dafür sorgten, dass Malta unter Premierminister Joseph Muscat zum Rückzugsort für Kriminelle werden konnte.

Wie in der Slowakei und in Bulgarien verschleppt auch die Regierung in Valletta die Aufklärung des Verbrechens. Damit trägt sie bei zur Erosion gewachsener demokratischer Staatsstrukturen. Denn nur dann, wenn die Gewaltenteilung de facto aufgehoben ist, können Politiker in Regierungsämtern so weit gehen, Kritiker umbringen zu lassen. Das systematische Abberufen unabhängiger Richter, wie in Malta im Mordfall Daphne Caruana Galizia, aber auch in Polen erfolgreich durchexerziert, bildet die Grundlage für die schleichende Zerschlagung des Rechtsstaats.

Aber nicht nur Journalisten werden von Staats wegen beseitigt. Auch politische Akteure zahlen einen immer höheren Preis für ihren Kampf um gesellschaftlichen Ausgleich. Zum Beispiel in der Ostukraine: In Donezk war Ende August der Separatistenführer Alexander Sachartschenko ermordet worden. Russlands Präsident Putin machte die ukrainische Führung in Kiew verantwortlich, die „den Weg des Terrors, der Gewalt und der Abschreckung gewählt“ habe, nicht den „einer friedlichen, politischen Lösung des Konflikts“. Beweise für die Täterschaft gibt es bis heute nicht. Um ihre Geschäfte bangende ukrainische Oligarchen dürften in den Mord verwickelt sein; zudem ist unbestritten, dass Russland politischen Nutzen aus den unmittelbar nach dem Anschlag verkündeten Wahlen in Donezk und Lugansk zieht. Aufklärung jedenfalls ist nicht in Sicht; stattdessen wird die Liste gezielt getöteter ukrainischer Offiziere und prorussischer Separatistenführer immer länger.

Am Beginn eines Bürgerkriegs sehen manche politische Beobachter bereits auch Brasilien. Dort gewann der rechtsextreme Politiker Jair Bolsonaro im Oktober die Präsidentenwahl. Gut drei Jahrzehnte nach Ende der Militärdiktatur lässt er keinen Zweifel daran, dass ihm das autoritäre Herrschaftsmodell der brasilianischen Junta zusagt – und der menschenverachtende Politikstil Donald Trumps. „Es wird eine in Brasilien niemals gesehene Säuberung geben“, erklärt er wenige Wochen vor seinem Wahlsieg.

Todesschwadronen und das lautlose Verschwindenlassen von Oppositionellen waren von 1964 bis 1985 an der Tagesordnung. Daran könnte Boslonaro anknüpfen. „Wenn es nach mir ginge, wird jeder Bürger eine Waffe zu Hause haben“, hatte er bereits 2017 gesagt und Verbrechen der Militärregierung, darunter Folter, gerechtfertigt.

Eine militarisierte Sprache mit Folgen. Denn in der Tat ist die Zahl linker Aktivisten, kritischer Journalisten, aber auch einfacher Bürger, die mit Morddrohungen konfrontiert sind, in den vergangenen Monaten erheblich gestiegen. Mit 61 600 Morden lag Brasilien 2016 auf Platz zehn weltweit. Im März wurde die Stadträtin von Rio de Janeiro, Mariella Franco, in ihrem Wagen erschossen. Die 38-jährige Politikerin war in einem Armenviertel aufgewachsen und hatte sich für die Rechte von Frauen, Homosexuellen und Schwarzen eingesetzt.

Der gewaltsame Tod von Marielle Franco fällt in eine Zeit, in der der im Dezember scheidende Präsident Michel Tamer bereits den Einsatz der Armee angeordnet hatte, um die öffentliche Sicherheit zu garantieren. Bis heute ist es nicht zur Anklage in dem Mordfall gekommen. Menschenrechtsgruppen vermuten Sicherheitskräfte hinter dem Anschlag – allein 2016 wurden 4200 Menschen durch Polizisten erschossen. In kaum einem anderen Land der Welt werden so viele Aktivisten getötet, die sich für die Verteidigung von Rechten einsetzen, die eigentlich der Staat gewährleisten müsste. Dass künftig Militärgerichte für die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen zuständig sein werden, die Armeeangehörige an Zivilpersonen verüben, erschwert Aufklärung weiter.

Daran glaubt auch im Falle Khashoggis kaum jemand. Brüsk wiesen saudische Regierungsstellen unmittelbar nach dem späten Eingeständnis der Tat eine Einmischung der Türkei in die Ermittlungen von sich. 18 Tatverdächtige seien festgenommen sowie zwei hochrangige Berater Mohammed bin Salmans und drei Geheimdienstmitarbeiter entlassen worden. Dass einer der mutmaßlichen Mittäter Ende Oktober bei einem Verkehrsunfall in Riad ums Leben gekommen sein soll, passt ins Bild der Vertuschung politischer Morde seit John F. Kennedy. Erleichtert wird die Suche nach den Schuldigen auch dadurch nicht, dass hinter den Kulissen bereits ein gesichtswahrender Deal zwischen Riad, Ankara und Washington ausgehandelt werden dürfte.

Die Empörung der Bundesregierung ist deshalb ebenfalls bestenfalls wohlfeil. Seitdem die Terrorgruppe Islamischer Staat 2014 mit medial inszenierten Hinrichtungen für Furcht und Schrecken sorgte, hat das Königshaus in Riad die Schlagzahl bei Exekutionen erhöht: Mehr als 600 Menschen wurden seitdem enthauptet – auf nicht minder brutale Weise als Khashoggi im Konsulat in Istanbul.

Aus dem Ruder läuft bei diesen militärisch geplanten, sich über mehrere Stunden hinziehenden Operationen auf öffentlichen Plätzen selten etwas: Von Gerichtsangehörigen über Ärzte, Dutzende Polizeibeamte und die Henker selbst ist für alles gesorgt, um einen reibungslosen Ablauf der staatlichen Morde zu garantieren. Das deutlich anzuprangern wäre das Mindeste gegenüber einem Staat, zu dem die Bundesregierung weiter eine strategische Partnerschaft unterhält. Denn je mehr Zeit vergeht, umso mehr geraten die Verbrechen aus dem Fokus. Und darauf setzen die staatlichen Mörder – in Riad, in Rio de Janeiro, aber auch in russischen Regierungseinrichtungen.

PICTURE ALLIANCE/ABACA

Verlogenes Beileid: Mohammed bin Salman kondoliert Jamal Khashoggis Sohn Salah.

PICTURE ALLIANCE/FRANK AUGSTEIN

Special Victims Unit: Britische Ermittler auf Spurensuche in Sachen Skripal im März in Winterslow, zehn Kilometer nordöstlich von Salisbury.

Nur wenn die Gewaltenteilung de facto aufgehoben ist, können Politiker in Regierungsämtern so weit gehen, Kritiker umbringen zu lassen

Markus Bickel ist Chefredakteur des Berliner Amnesty Journals, *die Zeitschrift für Menschenrechte.*

Das Ende der letzten Volkspartei?

Weshalb die CDU gleichermaßen an AfD und Grüne verliert und wie sie das ändern könnte

VON JOHANN MICHAEL MÖLLER

Der Ruf Deutschlands, nach dem Krieg eine stabile Demokratie geworden zu sein, verdankt sich nicht zuletzt der jahrzehntelangen Stabilität seines Parteiensystems. Zwei große Volksparteien sorgten im Wechsel für den sozialen Ausgleich und eine Form der politischen Repräsentation, in der sich die Mehrzahl der Wähler wiederfinden konnte. Die politische Meinungsbildung entsprach einem Gemeinwesen, für das der Soziologe Helmut Schelsky 1953 den Begriff von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft prägte.

Das ist lange her. Auch in Deutschland begann sich das Parteiensystem spätestens seit dem Auftreten der Grünen zu Beginn der 1980er-Jahre aufzufächern – ein Prozess, der lange als nachholende Angleichung an die politischen Verhältnisse der anderen westlichen Industriegesellschaften gesehen wurde, und weniger als schleichende Auflösung der Integrationskraft der großen Volksparteien.

Das Schicksal der italienischen Democrazia Cristiana hing zwar spätestens seit den 1990er-Jahren wie ein Damoklesschwert auch über der deutschen Christdemokratie. Aber gerade deren Wahlerfolg schien alle Warnungen Lügen zu strafen. Noch bei der Bundestagswahl 2013 holten CDU/CSU 41,5 Prozent der Wählerstimmen, nicht sehr viel weniger als zu ihren Spitzenzeiten in den 1960er-Jahren. Unter Angela Merkel konnte sich die Union als einzige Volkspartei erfolgreich gegen alle gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Zersplitterungen wehren. Um den Preis schwindender Trennschärfe und inhaltlicher Offenheit schien die Union doch noch in der Lage zu sein, entgegen allen gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen ihrer alten politischen Integrationsaufgabe gerecht zu werden.

Diese Illusion zerplatzte 2015, und die Flüchtlingskrise markiert den jähen Wendepunkt. Das Wahldebakel von 2017 mit dem Absturz auf 32,9 Prozent der Wählerstimmen ließ einen Erosionsprozess zutage treten, der schon sehr viel früher begonnen hatte und nur von den lähmenden Jahren der großen Koalitionen verdeckt geblieben war.

Auch der Umstand, dass der Niedergang der Volksparteien vor allem ein Problem der Sozialdemokraten zu sein schien, hat den Blick auf die Union getrübt. Für die SPD setzte der Niedergang weithin sichtbar mit dem Ende der rot-grünen Regierung Gerhard Schröders ein, und viele Beobachter sehen die wahren Gründe dafür weniger in der großen Koalition, in der die SPD von Anfang an keine glückliche Figur machte, als in der neoliberalen Abkehr der Partei von ihrer Wählerschaft und ihrer linken Tradition.

Das ist ein sehr auf die deutschen Verhältnisse verengter Blick. Denn fast überall in Europa begannen sich die alten sozialdemokratischen Parteien aufzulösen, und gerade ihre Wählerschaft ist in hellen Scharen zu den neuen populistischen Parteien übergelaufen, was die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe als die verständliche Reaktion auf den Orientierungsverlust der Sozialdemokratie erklärt.

Weniger eindeutig sind die Erklärungen für die momentane Schwäche der Union. Man kann den Abnützungsprozess der großen Koalition dafür verantwortlich machen und den kaum mehr zu verbergenden Autoritätsverlust der deutschen Kanzlerin Merkel. Die Abwahl ihres loyalen Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder im September dieses Jahres war das sichtbarste Zeichen ihres Machtverfalls.

Aber vermutlich liegen die tieferen Gründe dafür doch in der Flüchtlingskrise, die der bayerische Innenminister und langjährige CSU-Vorsitzende Horst Seehofer zur „Mutter aller Probleme“ erklärt hat. Wie wenig die CDU dieses Trauma trotz aller Beteuerungen überwunden hat, zeigt sich jetzt wieder in der Kandidatenkür für den Parteivorsitz. An der Migrationspolitik scheiden sich die Geister. Das ist bis heute so, und die nächste Runde gilt dem Integrationspakt der Vereinten Nationen.

Das Migrationsthema ist für die Union auch deshalb so gefährlich, weil sie nicht nur zur Abwanderung der konservativen Wähler zur AfD oder in Bayern zu den Freien Wählern geführt hat, sondern das politische Integrationsmodell der Union grundsätzlich infrage stellt.

Es geht nicht nur darum, dass an ihrem rechten Rand plötzlich eine neue nationalkonservative Partei entstanden ist, sondern dass zugleich fast genauso viele Wähler die Partei in Richtung der Grünen verlassen haben. Am Ende der Ära Merkel kehren also nicht nur die Konservativen der Union den Rücken, sondern auch jene, die sich als der fortschrittliche, gewissermaßen schwarz-grüne Teil der Partei verstanden haben. Für das neue Lebensgefühl eines bunten Bürgertums sind die Grünen allemal attraktiver.

Was bleibt für die Christdemokraten? Wie könnte ein neuer Konsens beschaffen sein, der nach rechts wie nach links wieder gleichermaßen attraktiv wirken könnte? Und wo ist die Projektionsfläche in der Union, auf die sich die neuen sozialen Bewegungen beziehen wollten?

Einem merkwürdigen Umstand zufolge kommen alle drei Kandidaten für die Merkel-Nachfolge und den Parteivorsitz aus dem römisch-katholischen Lager. Das mag reiner Zufall sein, könnte aber auch als Indiz dafür gelesen werden, welcher konfessionelle Häutungsprozess dieser einstigen Volkspartei noch bevorsteht. Sie hat sich nie als konservativ, geschweige denn rechts verstanden, und ihr soziales Gewissen war auch nie im ideologischen Sinne links. Von den drei Säulen, von denen sie immer behauptete, dass sie ihr gleich viel bedeuteten, ist eigentlich nur die christliche und damit auch sozialkatholische Tradition unbeschädigt geblieben. Über diese Synapse war eine Verbindung zu den Sozialdemokraten möglich und lange Zeit auch zu den Grünen. Umweltbewusstsein und Schöpfungsglaube sind sich nicht fremd. Was man als Sozialdemokratisierung der Union beschrieben hat, war womöglich nur die Rückbesinnung auf ihren alten konfessionellen Kern, der sich nie mit dem neoliberalen Denken versöhnte. Angela Merkel hat ihm nach dem Leipziger Parteitag auch abrupt eine Absage erteilt.

Eingedenk solcher Tiefenverschiebungen ist das Bild nicht verwunderlich, das die drei Kandidaten für den Parteivorsitz seit Wochen abgeben. Friedrich Merz ist der Unzeitgemäße, der eine Parteianmutung verkörpert, die es seit Merkel kaum mehr gibt, nach der sich offenbar aber viele zurücksehnen. Jens Spahn hingegen vertritt jenes Milieu, das der Union gerade in Teilen den Rücken kehrt; und das Erstaunliche dabei ist, dass er es für beide Richtungen gleichermaßen kann, was dem französischen Philosophen Guillaume Paoli recht zu geben scheint, der Grüne und AfD zu gemeinsamen Erben des konservativen Milieus erklärt. Mit einem gewaltigen Unterschied freilich. Die Rollen haben sich vertauscht. Bei den Grünen macht sich ein neues, von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann offen als konservativ apostrophiertes Beheimatungsgefühl breit, während die AfD zu einem politischen Sezessionismus neigt, wie er den Grünen in ihren linken Anfängen und zu maoistischen K-Gruppenzeiten zu eigen war.

Bleibt die saarländische Katholikin Annegret Kramp-Karrenbauer, die man zu Unrecht als die kleine Frau Merkel verspottet. Sie stünde tatsächlich für jene Kern-CDU, deren künftiges Profil womöglich gerade wieder eine Rekonfessionalisierung erfährt. Es ist wenig wahrscheinlich, dass am Ende dieses Transformationsprozesses noch einmal eine Volkspartei alten Schlags erwächst. Aber für eine Partei, die sich ihrem christlichen Erbe in besonderer Weise verpflichtet fühlt, wäre im Zentrum des deutschen Parteiensystems allemal Platz.

Johann Michael Möller ist Herausgeber dieser Zeitung.

Jetzt ist der Dialog besonders wichtig

Trotz der erschwerten Rahmenbedingungen setzen die Parteistiftungen ihre Arbeit in Russland fort

VON GALINA DUDINA

Parkettboden, weiß gestrichene Wände mit Postern und Plakaten, eine umfangreiche Bibliothek. Wir sind im Büro der Moskauer Zweigstelle der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung. „Wir vertreten nicht die Interessen des deutschen Staats, sondern die Interessen der deutschen Gesellschaft“, sagt dessen Leiter Julius von Freytag-Loringhoven. „Während die Botschaft und das Goethe-Institut zu den offiziellen Strukturen gehören, sind wir ein Teil des politischen Systems des Landes, wie die Sozialdemokraten, die Christdemokraten oder die Linken.“

In Moskau sind alle sechs deutsche Parteistiftungen vertreten. Als erste eröffneten die Sozialdemokraten bereits 1989 ihre „Botschaft“, nach dem Zerfall der UdSSR folgten ihnen auch die anderen. „Die Erfahrungen mit dem Totalitarismus haben in der Nachkriegszeit die Erkenntnis reifen lassen, dass Aufklärung, die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen und die Arbeit mit den Menschen notwendig sind“, sagt Johannes Voswinkel, ehemaliger Korrespondent der Zeitung *Die Zeit* in Moskau und derzeitiger Leiter des Moskauer Büros der Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen). „Wir gehen davon aus, dass es für Deutschland besser ist, wenn das Land von demokratischen Ländern umgeben ist, das ist eine Garantie für Stabilität.“

Für Swetlana Pogorelskaya von der Universität Bonn und wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für wissenschaftliche Informationen zu Sozialwissenschaften (INION) der Russischen Akademie der Wissenschaften (AdW), sind die im Ausland vertretenen Stiftungen gleichermaßen Akteure und Instrumente der deutschen Außenpolitik, die ihre Tätigkeit im Interesse ihres Landes und der ihnen nahestehenden Parteien gestalten. „Sie sind in den Ländern tätig, in denen sie von Deutschland und ihren Parteien gebraucht werden. Und in Russland werden sie immer von ihnen gebraucht.“ Sie verweist darauf, dass die Stiftungen die Außenpolitik begleiten und flankieren und somit die offiziellen Kanäle „entlasten“ bzw. eine Arbeit leisten, die von den durch ihren offiziellen Status beschränkten diplomatischen Strukturen und den Trägerparteien nicht erbracht werden kann. „Durch die Zusammenarbeit mit den politischen Kräften, mit denen aus diplomatischen Gründen offizielle Kontakte nicht erwünscht sind, die jedoch über ein beträchtliches innenpolitisches Potenzial verfügen, gewährleisten sie eine Ausgangsbasis für die Zukunft bilateraler Beziehungen“, sagt sie. „Die Stiftungen unterliegen nicht dem Diktat der operativen Tagespolitik und können auf die Realisierung langfristiger Prioritäten hinarbeiten. Nicht von ungefähr bezeichnete sie Helmut Kohl als ‘Schätze, auf die Deutschland stolz sein kann‘.“

Anders sieht das Kerstin Kaiser, Leiterin der Zweigstelle der Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Wir sehen uns nicht als offizieller Vertreter oder ‚Advokat‘ der Berliner Politik.“ Weiter heißt es in ihrem Statement: „Wir repräsentieren nicht und erst recht verteidigen wir nicht die Politik der Kanzlerin oder unserer Regierung.“ Sie kritisiere als Mensch mit linken politischen Anschauungen ihre Regierung „vor allem für die Politik Deutschlands gegenüber Russland“. Die Sanktionen bezeichnet sie als „absolut falsch, denn sie führen zu einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Menschen“.

Jan Dresel sagt, die von ihm geleitete Moskauer Zweigstelle der Hanns-Seidel-Stiftung sei „Augenzeugen der Geburt des modernen Russlands geworden. Wir waren immer hier, waren an seiner Seite und haben uns bemüht, die Entwicklung des Landes und der russisch-deutschen Beziehungen zu begleiten.“

Doch 2012 hat sich die politische Lage geändert. Nachdem die Staatsduma das Gesetz über die sogenannten ausländischen Agenten verabschiedet hatte, erreichte die Welle der Kontrollen auch die deutschen Stiftungen. Im März 2013 durchsuchte die Staatsanwaltschaft in Sankt Petersburg die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung, bei letzterer wurden die Computer mitgenommen.

Berlin reagierte sehr ungehalten. Der Gesandte der Botschaft der Russischen Föderation Oleg Krasnitskiy wurde in das Auswärtige Amt einbestellt, das seine „Besorgnis im Zusammenhang mit dem unfreundlichen Verhalten gegenüber vielzähligen Nichtregierungsorganisationen, darunter auch gegenüber den deutschen Stiftungen“ ausdrückte. Außenminister Guido Westerwelle warnte, die Behinderung der Tätigkeit der Stiftungen könne die bilateralen Beziehungen langfristig beschädigen.

„In einer Atmosphäre, in der wir in eine Ecke mit Spionen gestellt werden, können die politischen Stiftungen, und wir – Russland und Deutschland – betrachten uns gegenseitig weiterhin als Partner, nicht mehr normal arbeiten“, bedauerte der seinerzeitige Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung Lars Peter Schmidt in einem Interview mit der Deutschen Welle.

„Wir spüren, dass das Erscheinen der Verzeichnisse der angeblichen ausländischen Agenten das gesellschaftliche Klima beeinflusst hat“, berichtet Claudia Crawford, Leiterin des Moskauer Büros der Adenauer-Stiftung. „Viele Menschen und Institutionen in Russland treten jetzt den ausländischen Organisationen insgesamt mit Skepsis gegenüber, obwohl wir überhaupt nicht unter diese Definition fallen.“ Das Gesetz befördere Misstrauen, erschwere den Austausch und behindere das Bestreben der Bevölkerung nach Teilhabe.

Das nächste Alarmzeichen ertönte im Dezember 2017. Mehrere russische Politiker und Experten forderten eine Überprüfung der Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie habe die Reise eines Schülers aus Nowy Urengoi bezahlt, der dann im Bundestag mit einer bemerkenswerten Rede über das Schicksal eines in der UdSSR verstorbenen deutschen Kriegsgefangenen auftrat. Nach Angaben der Stiftung hatte diese Reise nichts mit ihrer Arbeit zu tun, was später auch in Nowy Urengoi bestätigt wurde. „Dabei mischen wir uns nicht in innenpolitische Debatten ein und versuchen nicht, irgendjemand zu beeinflussen“, betont der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, Peer Teschendorf. „Wir schauen, für wen etwas interessant sein könnte und können beispielsweise auf Anfrage von NGOs oder der regionalen Behörden bei der Kontaktaufnahme zu deutschen Fachleuten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung helfen, um besser zu verstehen, wie man sich in dieser Richtung entwickelt, sie zusammenzubringen.“

Letztendlich, so scheint es, wurde der Konflikt beigelegt. Doch auf der informellen Ebene hat sich in diesen wenigen Jahren das politische Klima verschlechtert und der Kreis der potenziellen Partner ist kleiner geworden. Insbesondere in den Regionen hegt man Befürchtungen, ausländische Organisationen zu einer Zusammenarbeit aufzufordern. Mancher der regionalen Aktivisten hat seinen Arbeitsplatz verloren, in den Universitäten ist es beispielsweise unmöglich geworden, einen Vortrag ohne Benachrichtigung der Geheimdienste zu halten.

Das Risiko, im Verzeichnis der „ausländischen Agenten“ zu landen, besteht für die deutschen politischen Stiftungen nicht: Laut Gesetz können als „ausländische Agenten“ russische juristische Personen eingeordnet werden, ausländische Stiftungen jedoch nicht. „Obwohl alle sehen, dass Wladimir Putin Deutschland mehr liebt als die USA, haben wir es dennoch nicht leicht“, schränkt Freytag-Loringhoven ein. „Aber wir wollen niemanden von etwas überzeugen, wir sind keine Missionare, wir halten uns strikt an die Gesetze und arbeiten nur mit jenen zusammen, die uns einladen und den Dialog suchen, vor allem unterstützen wir lokale Initiativen.“

Angesichts der Krise stimmen alle Stiftungen im Verständnis ihrer Aufgabe überein: Sie wollen eine Plattform für den Dialog bieten, insbesondere an den schwierigen Stellen. „Wenn alles gut ist, funktionieren die russisch-deutschen Beziehungen auch ohne uns ausgezeichnet über die offiziellen Kanäle. Aber in solchen Zeiten wie jetzt spielen die Stiftungen eine große Rolle, denn jetzt ist der Dialog besonders wichtig“, stellt Dresel fest.

Galina Dudina ist Redakteurin der Zeitung Kommersant.

Fruchtbarer intellektueller Austausch

Wie die deutsche Helmholtz-Gemeinschaft die russische Wissenschaft unterstützt

VON OLGA FILINA

In den vergangenen drei Jahren konnten russische Wissenschaftler bei der Realisierung ihrer Vorhaben mit finanzieller Unterstützung durch die deutsche Helmholtz-Gemeinschaft rechnen, einem großen Forschungsverbund, der nach Lösungen für die globalen Probleme in allen naturwissenschaftlichen Wissensbereichen sucht. Über die Vergabe der Fördermittel entschieden gemeinsam ausgerufenen Wettbewerbe der Helmholtz-Gemeinschaft und dem Russischen Wissenschaftsfonds. Diese Zusammenarbeit ist ein gelungenes Beispiel der „Wissenschaftsdiplomatie“, die internationale Partnerschaft ungeachtet von politischen Verwicklungen und Sanktionen wieder herzustellen versucht.

Jährlich konnten zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 130 000 Euro für 18 russisch-deutsche Forschungsprojekte in zentralen Einrichtungen bereitgestellt werden, und zwar in sechs Bereichen: Biomedizin, Informatik, Klimawandel, Energiewirtschaft, Werkstoffwissenschaft, Struktur und Dynamik der Materie. Der Russische Wissenschaftsfonds seinerseits fördert jedes Projekt mit 6 Millionen Rubel.

Zu den Siegerprojekten gehört die Entwicklung einer neuen Hochenergie-Röntgenkammer, mit der biologisches Material ohne Beschädigung der empfindlichen Proben untersucht werden kann, an der die Staatliche Universität Tomsk und das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY) arbeiten. Das Burdenko-Forschungsinstitut für Neurochirurgie sucht gemeinsam mit dem Deutschen Krebsforschungszentrum nach wirksamen Verfahren im Kampf gegen Medulloblastome, die bei Kindern am häufigsten auftretende Form bösartiger Gehirntumore. Das Schirschow-Institut für Ozeanologie der Russischen Akademie der Wissenschaften (AdW) und das Forschungszentrum Jülich wollen gemeinsam die Genauigkeit der gesamteuropäischen Klimamodelle und die Vorhersage von Extremwetterlagen verbessern. Das Institut für Mechanik der Kontinua der Ural-Abteilung der Russischen AdW und das Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf untersuchen die Stabilität metallischer Flüssigbatterien, möglicherweise eine aussichtsreiche Lösung für die Speicherung von erneuerbarer Energie. Hinzu kommt noch ein Einzelprojekt, das von der Staatlichen Universität Irkutsk und dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung bearbeitet wird und die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf die endemische Pflanzen- und Tierwelt des Baikalsees erforschen soll.

Das derzeitige Finanzierungsprogramm ist eines der umfangsreichsten seit Beginn des Engagements der Helmholtz-Gemeinschaft in Russland, aber möglicherweise stehen noch ambitioniertere Programme bevor. So wurde zu Jahresbeginn auf einer gemeinsamen Konferenz der Gemeinschaft und des Russischen Quanten-Zentrums (RQZ) die Entwicklung einer Zukunftstechnologie diskutiert – die Schaffung eines russisch-deutschen Quantencomputers.

Der intellektuelle Austausch auf diesem Gebiet förderte bereits vielversprechende Ansätze zutage: 50 junge Wissenschaftler und Aspiranten aus Deutschland waren am RQZ tätig, ebenso viele russische Kollegen waren zu Studienaufenthalten an der Universität Karlsruhe und anderen deutschen Forschungszentren. Andrej Fursenko, Berater des russischen Präsidenten, stellte fest, dass die Wissenschaftscommunity Deutschlands offenbar ebenso wie die russische auf die „Quanten-Lokomotive“ und die „Technologien von übermorgen“ setzt. Allerdings gebe es in den europäischen Regierungskreisen „Strukturen, die die Sinnhaftigkeit der Einbeziehung russischer Forschungsinstitutionen in derartige Projekte bezweifeln“ und die Sanktionslogik auch auf die Forschungskooperation ausdehnen möchten.

Dieser gefährlichen Tendenz entgegenzutreten ist wiederum eine Aufgabe der „Wissenschaftsdiplomatie“, in der die Helmholtz-Gemeinschaft außerordentlich gute Erfolge aufweisen kann.

Olga Filina ist Reporterin der Zeitung Kommersant.

Die Enthüllung (oben, von links): HA Schult, Uwe Schmitz, Wolfgang Rolshoven (Präsident der Düsseldorfer Jonges), Hille Erwin und Thomas Geisel sowie (Bild unten) Fritz Schramma, ehemaliger OB von Köln, mit Ehefrau Ulla.

In Düsseldorfs „Wohnzimmer“ enthüllte der Aktionskünstler HA Schult am 24. November gemeinsam mit dem Unternehmer Uwe Schmitz und Oberbürgermeister Thomas Geisel ein Portrait des 2008 gestorbenen OB Joachim Erwin. Erwin war ein großer Fürsprecher der 1992 gegründeten Partnerschaft Düsseldorf – Moskau. Er führte mehrfach Wirtschaftsdelegationen nach Moskau, feierte bei den „Moskauer Tagen in Düsseldorf“ mit und förderte 2005 die Moskauer Olympiabewerbung mit der Plakataktion „2012. An den Start, Moskau!“ Moskaus Oberbürgermeister Juri M. Lushkow schrieb nach Erwins Tod, er sei ein „engagierter Politiker, charismatischer Mensch und interessanter Gesprächspartner“ gewesen. Er habe „sehr viel für die erfolgreiche Entwicklung der Beziehungen zwischen Moskau und Düsseldorf“ geleistet und sei „Initiator und Schirmherr vieler gemeinsamer Projekte“ gewesen. Was den Politiker und Schmitz’ Unternehmen Frankonia verbindet? „Als ich Joachim Erwin erzählte, dass wir einen Treffpunkt für die Düsseldorfer ins Andreas Quartier integrieren wollen, hat er den Begriff ‚Wohnzimmer‘ geprägt“, sagte Schmitz. „Joachim Erwin ist also Namensgeber.“ Der Projektentwickler Frankonia hat das mitten in der Altstadt gelegene Ensemble mit Wohnanlage und Hotel, Restaurants und Bars gestaltet.

HA SCHULT MUSEUM (2)

Grundgesetz Artikel 5, Absatz 3

Wer die Privilegien der Kunstfreiheit genießt, hat die Pflicht, diese Freiheit auch für andere, gleich wo sie leben, zu verteidigen

VON KLAUS STAECK

Immer wenn ein Skandal oder auch nur ein Skandälchen von Künstlern ausgelöst wurde, kann ich auf den Anruf eines Redakteurs warten, um danach befragt zu werden, wie es denn derzeit um die Kunstfreiheit in Deutschland bestellt sei. Mein Standardsatz lautet: „Gut, weil ich volles Vertrauen in die deutschen Gerichte habe." In 41 Verfahren, die gegen mich eröffnet wurden, bekam ich Recht. Die Kläger, darunter große Namen der deutschen Rüstungsindustrie, konnten noch so viel Geld für ihre Anwälte aufbieten – sie kamen nicht an gegen Artikel 5, Absatz 3 unseres Grundgesetzes: Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.

Aber nie war die Freiheit der Kunst eine totale Freiheit, denn sie gilt nur in den Schranken, in denen sie nicht gegen allgemeine Gesetze, gegen den Jugendschutz und gegen die Rechte der persönlichen Ehre verstößt und den Prinzipien unserer Verfassung nicht widerspricht. Doch in diesem Rahmen hat jeder das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Man muss sich also nicht den Status des Künstlers zulegen, um das Grundrecht zu beanspruchen. Aber man muss den Gegenwind aushalten, wenn Wort und Bild, vor allem in satirischem Gewand, den, der sich angegriffen fühlt, empört und in Wut versetzt.

„Satire ist kein Himbeerwasser", sagte Heinrich Böll, der als Autor und Gesellschaftskritiker gegen den restaurativen Geist der jungen Bundesrepublik wie gegen die antilinke Hysterie in den 1970er-Jahren anschrieb und dafür von der Springerpresse, einigen Politikern und ihren Claqueuren bis zu seinem Tod mit Hetzkampagnen belegt wurde. Sein künstlerisches und politisches Prinzip: „Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben", hatte einen hohen Preis, brachte ihm sogar den Verdacht ein, „geistiger Sympathisant des Terrorismus" zu sein. Böll hat die Freiheit der Kunst in voller Verantwortung ausgereizt und die bundesdeutsche Demokratie so auf die Probe gestellt.

Daran muss ich immer wieder denken, wenn heute fast jeder Tabubruch mit dem Anspruch einer satirischen Meinungsäußerung daherkommt. Ich wünsche mir mehr öffentliche Diskussion über die Maßstäbe von Satire und Verantwortung. Satire ist die Verteidigung der unverschuldet Schwachen gegen den Übermut der Starken. Für mich muss Satire immer einen Erkenntniswert haben, etwas offenlegen und deutlich machen.

Gerade in der „Digitalmoderne" der sogenannten sozialen Medien haben sich die Grenzen des Zeig- und Sagbaren bis zum Exzess geöffnet, da Autoren von Hasskommentaren und Bildobszönitäten in der Anonymität verschwinden können. Gleichzeitig, so schreibt Hanno Rauterberg in seinem Essayband „Wie frei ist die Kunst?" entstehe ein „Klicktivismus, der rasch zum Protest der Vielen anschwillt". Dies könne sich auch gegen die Duldung von künstlerischen Präsentationen wenden, wenn sich im digitalen Raum die Einzelnen zu Affektgemeinschaften zusammenfinden, die sich in ihrer Empfindlichkeit bestätigen – das könne zur Gefahr für Kunstwerke werden, „zur Einhegung der Wirksamkeit von Kunst".

Eine Diskussion über Grenzen der Kunstfreiheit habe ich 1987 mit angestoßen, als bekannt wurde, dass die Kunstsammler Irene und Peter Ludwig ihren von Arno Breker geschaffenen Porträtbüsten im neuen Kölner Museum Ludwig einen Platz geben wollten. Der Sammler hatte zuvor in Interviews beklagt, dass aus „mangelnder Liberalität" in keinem Museum des Landes Kunst aus der Zeit des Nationalsozialismus ausgestellt sei. Er halte dies für eine „Blickverengung, zwölf Jahre aus der deutschen Geschichte ausradieren zu wollen".

Man muss dazu bemerken, dass Hitlers Lieblingsbildhauer nach dem Krieg keineswegs unter Auftragsmangel litt. Dafür hatten unter anderem die Kanzler Adenauer und Erhardt sowie Herrmann Ludwig Abs und nicht zuletzt Peter Ludwig gesorgt.

Unseren Aufruf „Keine Nazi-Kunst ins Museum" hatten wir damit begründet, dass sich diese Kunst in der Hitlerzeit mit Einschüchterung, Terror und Verbrechen Eingang in die Museen verschafft hatte. Bedeutende Künstler des 20. Jahrhunderts waren als „entartet" diffamiert, verfolgt und ins Exil vertrieben worden, während sich eine willfährige Staatskunst breit machen konnte, die der Nazi-Ideologie folgte. Hunderte Künstler, Kritiker und Museumsleute schlossen sich damals unserem Aufruf an.

Doch habe ich mich nie der Illusion einer langfristigen Wirkung solcher Proteste hingegeben. Die Breker-Ausstellung von 2006 in Schwerin lieferte den Beweis. Trotz aller Proteste entschieden sich der Oberbürgermeister, der Direktor des Schleswig-Holstein-Hauses und die Landesregierung für die Provokation, Breker die erste große Ausstellung seit dem Kriegsende im öffentlichen Raum zu widmen.

Eine Reproduktion meines kritischen Kommentars im Gästebuch wurde im nachgeschobenen Katalog wie eine Trophäe benutzt. Für die Stadtoberen war der touristische Erfolg am Ende wichtiger als der kulturpolitische Flurschaden unter der Flagge „Freiheit auch für Nazikunst".

DPA/IGOR KHARITONOV

Kunst oder Blasphemie? Die Organisatoren der Ausstellung „Forbidden Art", Andrej Jerofejew (links) und der frühere Direktor des Sacharow-Zentrums Jurij Samodurow (rechts), 2010.

Wenden wir uns Heutigem zu, dann geht es nicht zuletzt um die Verteidigung der Freiheit der Kunst und des Worts in aller Welt. Denn wer die Privilegien der Kunstfreiheit genießt, hat eine Pflicht: diese Freiheit auch für andere, gleich wo sie leben, zu verteidigen. In meinem Amt als Präsident der Berliner Akademie der Künste konnte ich vor einigen Jahren Kollegen einladen, die als Schriftsteller, Karikaturisten, Kuratoren und bildende Künstler bedrängt wurden, Bedrohungen und auch Verhaftungen erfahren hatten. Wir verschafften ihnen in Veranstaltungen die Aufmerksamkeit eines großen Publikums, um ihnen durch den Auftritt in der Öffentlichkeit mehr Schutz zu bieten.

Schon mein Vorgänger György Konrád hatte Salman Rushdie eingeladen, gegen den 1989 das Todesurteil einer Fatwa verhängt worden war. Ich bot dem Mafiaaufklärer Roberto Saviano, dem gerade der italienische Innenminister Salvini die Aufhebung des Polizeischutzes angedroht hat, ein großes Podium. Der dänische Karikaturist Kurt Westergaard kam in die Akademie. Seine Mohammed-Karikaturen in der Zeitung Jyllands-Posten hatten bleibende Folgen: ein Anschlag und seit Jahren die ständige Bewachung seines Hauses. Zu den Gästen gehörte auch der chinesische Künstler Ai Weiwei, kurz nach Aufhebung seines Hausarrests.

Und stets waren es Künstler aus Russland, denen sich die Akademie widmete. Als in den 1990er-Jahren über fünfzig Stipendiaten aller Kunstgattungen aus Moskau für ein Vierteljahr nach Berlin eingeladen wurden, ahnte in dieser postsowjetischen Aufbruchsphase noch niemand die Restriktionen der kommenden Zeiten. Davon berichtete 2011 in der Akademie der Kurator Andrej Jerofejew, den ein Moskauer Gericht für seine Ausstellung „Verbotene Bilder" zu einer hohen Geldstrafe verurteilt hatte.

Gemeinsam mit seinem Mitstreiter Jurij Samodurow wurde er angeklagt, religiösen Hass geschürt und eine kriminelle Organisation zum Zweck der Zerstörung der geistigen Werte Russlands gebildet zu haben. Es waren wohl einflussreiche Kirchenvertreter im Spiel, die den Prozess verlangten.

Ähnliches muss man auch hinter den Repressionen vermuten, denen gegenwärtig der Regisseur Kirill Serebrennikow ausgesetzt ist, dem bis zu zehn Jahre Haft drohen. Ihm und drei Kollegen wird bandenmäßige Veruntreuung von stattlichen Fördermitteln unterstellt, obwohl es nachweislich eine gut besuchte Inszenierung gab, die angeblich nie stattgefunden haben soll. Videoaufnahmen, Rezensionen, Zuschauerberichte, Gastspiele in Riga und Paris, eine Nominierung für den Russischen Nationaltheaterpreis „Golden Mask" und nicht zuletzt der Spielplan des Gogol Centers in Moskau beweisen die Absurdität der Vorwürfe.

Isolierung und Hausarrest vor dem Prozess konnten jedoch nicht verhindern, dass sich eine große internationale Solidaritätsbewegung für Serebrennikow, einen der berühmtesten russischen Gegenwartskünstler, gebildet hat. Die russische Staatsanwaltschaft wird aufgefordert, die Strafverfolgung gegen ihn einzustellen und die fadenscheinigen Vorwürfe fallenzulassen.

Und ich erinnere schließlich an das Schicksal des zu 20 Jahren Lagerhaft verurteilten Filmregisseurs Oleg Senzow, der als Ukrainer von der annektierten Krim nach Moskau verschleppt und als Terrorist angeklagt wurde. Er hat gerade einen 144 Tage dauernden Hungerstreik überlebt. Die weltweiten Proteste von Filmschaffenden, Akademien und Hochschulen, die Mahnwachen vor der Russischen Botschaft in Berlin haben bis jetzt nichts bewirken können. Doch das Urteil gegen den angeblichen Terroristen, dieser Willkürakt gegen einen unbeugsamen Filmkünstler, muss aufgehoben werden. Es liegt auch als schwere Last auf den deutsch-russischen Beziehungen.

Klaus Staeck, Grafiker, Verleger und Rechtsanwalt in Heidelberg, ist Ehrenpräsident der Akademie der Künste, deren Präsident er von 2006 bis 2015 war.

Angepasst und anpassungsfähig

Die Generation Putin ist geneigt, die politischen Einstellungen der Eltern und der offiziellen Propaganda zu übernehmen, gleichzeitig wächst die Sympathie für den Westen

VON ANASTASIA MANUILOVA

Setzt die russische Jugend auf Veränderung? Was erwarten die jungen Russen in sozialer und politischer Hinsicht? Was unterscheidet ihre Lebensweise, Karrierepläne und Zukunftserwartungen von denen der älteren Generationen? Antworten hat Dennis Wolkow, Leiter der Abteilung Angewandte soziologische Forschungen des Levada-Zentrums in Moskau

In der modernen Soziologie gehören zur russischen Generation Z vor allem die Geburtsjahrgänge 1995 bis 2000, also die jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren. Sie machen nur sechs bis sieben Prozent der Gesamtbevölkerung aus, zehn bis zwölf Millionen Menschen. Oft werden sie als Putin-Generation bezeichnet, weil sie unter ihm aufgewachsen sind. Und dieses politische Regime bestimmt weitgehend ihr Weltbild. Die Soziologie hat für sie den Begriff Generation Z geprägt.

Insgesamt sind die jungen Russen laut Wolkow wesentlich positiver gestimmt als die ältere Generation, was zu einem großen Teil damit zusammenhängt, dass viele von ihnen bis zum heutigen Tag noch immer von den Eltern behütet und unterstützt werden. Das allerdings trifft eher für Kinder aus wohlhabenden Familien zu, solche aus der Mittelschicht. Doch alle haben Hoffnungen und seien sicher, dass sie zumindest in persönlicher Hinsicht mit allen Schwierigkeiten fertig werden.

Für die Zukunft des Landes hegen die jungen Russen je zur Hälfte Befürchtungen und Zuversicht. Ebenso wie alle anderen bewegt sie vor allem das Lebensniveau und die wirtschaftliche Ungleichheit. Unter den Orientierungspunkten für das Land nennt die Mehrzahl Deutschland – wegen des starken Sozialstaats. Dass an zweiter Stelle China genannt wurde, zeugt von der Akzeptanz autoritärer Machtverhältnisse.

Diese Generation zeichnet sich des Weiteren aus durch höhere Ansprüche an die Bekämpfung der Korruption, an die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Offenbar ist das mit ihren Befürchtungen verbunden, keine Möglichkeit für die Selbstverwirklichung zu finden.

Die weitverbreitete Meinung, die Studenten würden von einem Beamtenleben träumen, kann laut Wolkow nicht bestätigt werden. Das Ziel der meisten ist es, als Selbstständige oder Geschäftsleute zu arbeiten. Allerdings schätzen sie die Chancen für den Aufbau eines eigenen Unternehmens im Land als äußerst gering ein.

Unter den jungen Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren gibt es einen apolitischen Teil, dazu gehören jene, die sich nicht für Politik interessieren und jene, die für „alles Gute sind". Es gibt demokratische und liberale Ansichten bei etwa der Hälfte der Befragten. Allerdings tun sich 30 bis 50 Prozent der jungen Erwachsenen schwer damit, solche geschichtlichen Ereignisse wie die Repressalien während der Stalinzeit und die Perestrojka zu bewerten. Unter den Verfechtern liberaler Werte war die Hälfte auch Anhänger der Liberaldemokratischen Partei (LDPR).

Insgesamt passt sich die Putin-Generation eher an das System an, als es verändern zu wollen. Entgegen bisherigen Annahmen hat sich nicht bestätigt, dass unter den jungen Menschen ein ausgeprägtes Interesse an Protestveranstaltungen bestehe. Mehr noch, die Jugend ist geneigt, die politischen Einstellungen der Eltern und der offiziellen Propaganda zu übernehmen. So begrüßt die Mehrheit der jungen Menschen die Blockade des Internetdiensts Telegrama durch die Behörden.

Festzustellen ist, dass sie keine klaren und substanziellen Antworten auf Fragen nach einem idealen Staatsaufbau haben. Hauptursachen dafür sind die unzureichende Selbstständigkeit und das niedrige Bildungsniveau, sogar unter den Studenten der führenden Moskauer Hochschulen. Demzufolge diskutieren lediglich 14 Prozent regelmäßig politische Themen mit ihren Freunden und Kollegen. In dieser Hinsicht entspricht die russische Generation Z den weltweiten Trends.

Einer der deutlichsten Unterschiede der russischen Jugend zu den älteren Menschen ist die zunehmende Sympathie der Jungen gegenüber den USA und insgesamt zum Westen – das gilt für 60 Prozent. Diese Tendenz steht in starkem Widerspruch zum allgemeinen Trend im Land, der von den älteren Angehörigen der politischen Führung und deren Wählern vorgegeben wird. Dabei ist festzuhalten, dass der Antagonismus zwischen Vätern und Kindern von Ende 2014 an zugenommen hat, zum Höhepunkt des Autarkiestrebens, und 2017 noch einmal gestiegen ist. Die Teilnehmer der Fokus-Gruppe bezeichneten die westliche Gesellschaft als moderner, technologisch weiter entwickelt; sie brannten keineswegs darauf, stolz zu sein auf die Jahrtausende alten Halteklammern (der russischen Gesellschaft).

Wenn man die jungen und älteren Russen vergleicht, zeigen sich besonders große Veränderungen in der Mediennutzung. Drei Viertel der Russen zwischen 18 und 24 Jahren sind mehrmals am Tag im Internet, was um 40 Prozent über dem Wert für die Gesamtbevölkerung liegt. Besonders beliebt ist das soziale Netzwerk VKontakte (russisches Facebook), das von 80 Prozent genutzt wird (doppelt so häufig wie von allen anderen Altersgruppen). An zweite Stelle ist in den vergangenen drei Jahren Instagram gerückt, das von der Hälfte der Jugend genutzt wird (im Land insgesamt sind es 18 Prozent). An dritter Stelle mit einem geringen Abstand liegt Youtube (insgesamt 23 Prozent).

Als Nachrichtenquelle hat das Internet gerade in dieser Generation erstmals das Fernsehen überholt. Dieser Trend wird bald auch die Generation der 25- bis 39-Jährigen erfassen, von denen 59 Prozent noch das Fernsehen bevorzugen.

Anastasia Manuilova ist Redakteurin der Zeitung Kommersant *sowie des* Petersburger Dialogs.

SHUTTERSTOCK/ALEXANDROS MICHAILIDIS

Die sukzessive Enthüllung der Wahrheit

Politiker versuchen, die Geschichte für ihre Zwecke auszunutzen, aber durch die Arbeit bilateraler Kommissionen bringen uns Wissenschaftler die reale Vergangenheit zurück. Darüber spricht Leonid Mletschin *mit dem wissenschaftlichen Leiter des Instituts für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften und Ko-Vorsitzenden der Deutsch-Russischen Historikerkommission Alexander Tschubarjan*

Alexander Tschubarjan ist nicht nur Autor zahlreicher Publikationen über Außenpolitik, er ist auch der geborene Diplomat. Anders als die Mitarbeiter des Außenministeriums hat er nicht mit aktuellen Angelegenheiten zu tun, sondern mit vergangenen. Historische Ereignisse sind bisweilen schmerzlich, und die Geschichte bestimmt noch immer die aktuelle Politik. Und im Unterschied zur Jurisprudenz kennt sie keine Verfallsfrist, die sie von der Verantwortung befreit.
Es gibt wissenschaftlich gesicherte Wahrheiten, die keine neue Deutung zulassen. Aber die Umstände, die zur Entstehung des Zweiten Weltkriegs führten, der Kriegsverlauf selbst sowie das Schicksal Osteuropas nach der Zerschlagung von Nazideutschland, harren noch immer tieferer Erforschung.

Man muss mit Historikern aus Nachbarländern nicht immer einer Meinung sein. Aber es ist auch nicht unbedingt erforderlich, den historischen Raum in ein Schlachtfeld zu verwandeln, eher sollte er ein Feld für die wissenschaftliche Zusammenarbeit sein. Werden aus diesem Grund bilaterale Historikerkommissionen geschaffen?
Alexander Tschubarjan: Der Impuls entstand während unserer Zusammenarbeit mit deutschen Historikern. Unsere gemeinsame Arbeit ist überhaupt zu einem Vorbild geworden, an dem sich andere Historikerkommissionen orientieren. Zusammen mit deutschen Historikern haben wir ein Werk über das 20. Jahrhundert herausgegeben. Was für mich eine große Offenbarung war: Es gab zwischen den Deutschen und uns keine größeren Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Hauptdiskrepanz betraf nicht die deutschen Angelegenheiten, sondern die polnischen.
Wir haben unterschiedliche Auffassungen über den Molotow-Ribbentrop-Pakt (Hitler-Stalin-Pakt).
Es gibt Länder, zu denen unsere politischen Beziehungen nicht besonders gut sind, und zwar fast ausschließlich aus historischen Gründen. Das einzige Mittel, die Divergenzen zu überwinden, ist, sich ehrlich der Vergangenheit zu stellen. Das Problem besteht darin, dass diese oft sehr unschön ist. Deshalb will man sich nicht daran erinnern.

Reichen wir unser tragisches Erbe an die nachfolgenden Generationen weiter?
Eine Möglichkeit, die Stereotypen der Geschichte zu überwinden, ist, sich so weit wie möglich an die Wahrheit zu halten. Als zum ersten Mal die Frage nach Katyn aufkam, war die damalige Regierung der Meinung, es würde unseren politischen Beziehungen schaden, uns öffentlich zu unserer Verantwortung zu bekennen; das könnte unseren politischen Beziehungen schaden.
Man forderte mich auf, nach Polen zu fahren, um dort mit bekannten Personen zu sprechen. Sie sagten alle, es werde unseren Beziehungen eher nützen. Und tatsächlich, so kam es.
Katyn ist vielleicht das schmerzhafteste Problem, das Russland vom sowjetischen System geerbt hat. Ein großer Teil unserer Bürger glaubt immer noch, die Deutschen hätten dort polnische Kriegsgefangene erschossen.

Katyn ist ein Sonderfall. Im Grunde benötigt die Vergangenheit keine juristischen Urteile, sondern die Analysen der Historiker. Wurde deshalb eine Kommission aus polnischen und russischen Wissenschaftlern gegründet?
Die Besonderheit des Projekts besteht darin, dass es dabei nicht nur um Wissenschaft geht. Wir haben auch Lehrer eingebunden. Polnische Lehrer sind zu uns nach Moskau gekommen, umgekehrt sind Lehrer von uns nach Polen gereist. Daraus entstand die Idee, gemeinsames Lehrmaterial für Schulen zu erarbeiten. Die Anregung dazu, der Impuls, das will ich ausdrücklich sagen, kam von unserer Zusammenarbeit mit Deutschland.
Man glaubt gemeinhin, die Polen duldeten keine Kritik, würden aber gerne andere kritisieren. Und man könne einem Polen unmöglich sagen, er habe Unrecht. Das liege an der polnischen Mentalität, meinen viele, an ihrem Geltungsbedürfnis und ihrem Anspruch auf Unfehlbarkeit.
Mit den deutschen Historikern sind wir folgendermaßen verfahren: Von 20 Kapiteln wurden 14 gemeinsam geschrieben, die übrigen 6 hat entweder ein russischer oder ein deutscher Autor verfasst. Mit den Deutschen konnten wir uns über das Thema Perestroika nicht einigen, also hat jede Seite einen eigenen Text geschrieben.
Die polnischen Kollegen sagten gleich, sie wollten nur einen gemeinsamen Text. Das hat unsere Arbeit sehr erschwert. Aber im Ergebnis kam ein gemeinsamer Text zustande. Die Technik war folgende: Einen Teil der Kapitel schrieben polnische Kollegen, unsere fungierten als Co-Autoren, den anderen Teil schrieben unsere Wissenschaftler und schickten ihn nach Polen. Es gab ziemlich lange Diskussionen. Manchmal waren die polnischen Kollegen nicht mit unseren Kritikpunkten einverstanden, aber am Schluss hatten wir alle Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt. Natürlich beeinflusst die Politik auch die Historiker, leider. Und das wirkt sich auf die Interpretationen historischer Ereignisse aus.

Nach den polnischen Teilungen hatte das Land einen wesentlichen Teil seines Territoriums und seiner Bevölkerung an das russische Reich verloren. Die Polen fanden sich nicht mit der Teilung ab. Es gab einen Aufstand nach dem anderen. Im 19. Jahrhundert nahm man in der russischen Gesellschaft die Polen als ein „rebellisches Volk" wahr und warf ihnen Undankbarkeit vor. Wie schätzen Sie das ein?
Unsere Gesellschaft war gespalten. Ein Teil von ihr unterstützte die Polen, vor allem in den Kreisen der russischen Intelligenzija, die den Zarismus kritisierten. Sie begrüßten jedes Aufbegehren gegen den Zarismus. Andererseits kritisierten viele Prominente, unter ihnen auch Alexander Puschkin, die Polen wegen ihrer Undankbarkeit. Wir haben beide Gesichtspunkte berücksichtigt.
In der sowjetischen Zeit wurden die Aufstände begrüßt, denn Kritik am Zarismus gehörte zur offiziellen Linie der Bolschewiken. Jede Art von Widerstand gegen den Zarismus sah man als progressiv an. Unsere Autoren, sei es vom Institut für Slawistik oder von anderen Instituten, Polonisten und Russisten, bevorzugten einen objektivistischen Ansatz: Wie war es? Welche Kreise im damaligen Russland haben was gesagt?
Die alte Angst der Polen vor Russland – ist das eine genetische Angst, die auf die drei polnischen Teilungen zurückgeht, auf die erzwungene Installierung des kommunistischen Regimes nach dem Krieg, die Angst vor einem Einmarsch russischer Truppen?
Die polnische Seite schlug vor, sich Texte anzuschauen, die in dieser Zeit entstanden sind, und die eine ziemlich vernichtende Haltung in Bezug auf Russland und die Russen wiedergeben. Ich bin ein geduldiger Mensch, wir waren für alles offen. Schließlich muss ich zugestehen, dass die polnischen Kollegen für eine ehrliche Diskussion bereit waren und alle extremen Passagen strichen. Und auch wir strichen aus unseren Texten ein wenig heraus. Und so ergab es sich am Ende, dass wir alle Kapitel gemeinsam geschrieben hatten. Darunter auch die Kapitel über den polnischen Aufstand.
Wir haben auch jeweils ein Gedicht vorgelegt, eines von Adam Mickiewicz, das ziemlich kritisch mit den Russen umgeht. Das rief bei einigen meiner Kollegen großen Widerstand hervor. Das zweite war von Puschkin, der sich über die „Ljachen" (Polen) recht kategorisch äußert. So etwa sah unsere Arbeit aus.

In keinem anderen europäischen Land ist heute die Geschichte so gegenwärtig wie in Polen. Die russisch-polnischen Beziehungen können sich nicht aus ihren Erstarrungen befreien. Um einen neuen Dialog anzustoßen, muss man sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen. Aber sobald man sich der Vergangenheit zuwendet, vermischen sich alte Kränkungen mit neuen?
Polen war immer ein sensibler Ort. Ich habe sogar irgendwann scherzhaft bemerkt, dass sie sich eine komplizierte Lage ausgesucht hätten zwischen Deutschland und Russland. Und angefangen mit den Ereignissen in der Zeit der Wirren ist die Liste der sogenannten schwierigen Fragen mit Polen viel größer als mit anderen Ländern. Was natürlich erklärbar ist.
In unserer gemeinsamen Arbeit gibt es ein Kapitel, das den Stereotypen gewidmet ist, um über Wege zu ihrer Überwindung zu sprechen. Dieses Thema ist überhaupt sehr populär in der internationalen Wissenschaft: „das Bild vom Anderen".

Die Menschen leben mit den Vorstellungen, die ihnen aufgezwungen wurden. Der Prozess der Wiederherstellung der realen Geschichte ist schwierig, weil sich dabei ein zu unansehnliches Bild ergibt. Die enthüllte Realität macht den Menschen Angst. Für manch einen ist jede solche Enthüllung ein Schock. Aber man sagt ja, die Zeit heilt alle Wunden. Stimmt das?
Der französische Botschafter sagte einmal zu mir, Frankreich habe hundert Jahre gebraucht, um in seinen Lehrbüchern Robespierre und den in der Revolution hingerichteten König objektiv zu bewerten. An sich sind auch seit unserer Revolution hundert Jahre vergangen, also könnten auch wir uns allmählich beruhigen. Aber wie Sie sehen, sind die Gemüter immer noch am Kochen. Die einen sagen, es sei ein Irrsinn, ein Denkmal für den von den Bolschwiken ermordeten Admiral Koltschak aufzustellen, die anderen meinen, es sei längst überfällig. Die Geschichte nimmt auch heute Teil am gesellschaftlichen Leben und beeinflusst unsere Gemüter.
Dokumente werden zugänglich gemacht, die wissenschaftliche Forschung liefert immer neue Erkenntnisse über die Vergangenheit, verändert kontinuierlich unsere Vorstellungen über historische Ereignisse und Personen.
Warum ist dann die Geschichte trotzdem voller Mythen?
Die Mythologie ist nicht nur in der Geschichte anwesend, sondern auch im realen Leben. Menschen idealisieren nun mal ihr Leben. Woher kommt das Interesse für die Geschichte? In der Geschichte suchen wir Antworten auf Fragen, die uns aktuell bewegen. Letzten Endes interessieren sich die Menschen nicht so sehr dafür, ob diese Ereignisse tatsächlich stattgefunden haben, solange die Geschichte ihnen Erklärungen gibt. Aber im Prinzip wären weniger Mythologie und mehr Fakten natürlich besser.

Die professionelle historische Analyse zerstört nicht nur offizielle Mythen, sie berührt auch die Interessen realer Menschen, die ihre Karriere auf Mythen und Geschichtsfälschungen aufgebaut haben. Warum klammert man sich an vergangene Dogmen?
Lange Zeit war bei uns der Mathematiker Anatoli Fomenko populär, der behauptete, die Datierung der historischen Ereignisse sei falsch. Seine Bücher erreichten hohe Auflagen. Eine solche Mythologisierung behindert die Aneignung der russischen Geschichte. Aber der Mythos richtet die Aufmerksamkeit auf wichtige Fragen. Einerseits erzeugt der Mythos falsche Vorstellungen, andererseits signalisiert er, dass man sich mit dieser Thematik beschäftigen muss, dass man die wissenschaftliche Arbeit intensivieren muss, um diesen Mythos zu widerlegen.

In der Zeit der Perestroika nahm man den Prozess der Wiederherstellung der realen Geschichte in Angriff. Es ist beglückend, die Geschichte des eigenen Landes zu erforschen. Aber die enthüllte Wirklichkeit verschreckte viele Menschen; sie sagen ganz offen, dass sie nicht wissen wollen, wie es wirklich gewesen ist. Sie selbst wollen es nicht, und anderen verbieten sie es?
Man wirft uns vor, die Geschichte umzuschreiben. Aber das ist ganz selbstverständlich, weil wir neue Dokumente bekommen haben. In den 1990er-Jahren wurden die Archive geöffnet. Erst kürzlich wurden die Tagebücher Iwan Serows, des ersten Vorsitzenden des KGB, und die Tagebücher Leonid Breschnews veröffentlicht. Man kann darüber streiten, ob sie glaubwürdig sind oder nicht. Aber sie sind eine wichtige Quelle für das Verständnis der Geschichte. Es kommt etwas ans Tageslicht, das nicht bekannt war, und wir verstehen jetzt den Prozess der Entscheidungsfindung in der sowjetischen Zeit.
Auf Initiative des Historikers Alexander Fursenko wurden die Protokolle der Präsidiumssitzungen des Zentralkomitees der Kommunisten Partei veröffentlicht. Eigentlich wurden keine Protokolle geführt, es saß einfach jemand dabei und notierte mit dem Bleistift das Wichtigste. Aber diese Notizen öffnen einen Spalt in dem Vorhang vor dem, was geschehen ist.
Ein unvoreingenommener Umgang mit dem historischen Material zeugt von dem Wunsch, die Verantwortung für die Zukunft der Nation zu teilen. Die Politiker aber, die bewusst die Vergangenheit verfälschen, meinen, indem sie die Vergangenheit beherrschen, könnten sie auch eine „richtige" Zukunft errichten. Es gibt Meister, die faktisch einen Kampf gegen die Geschichte führen, sich eine eigene ausdenken.
Das sind die Kosten des Booms um die Geschichte. Bei uns gibt es eine gewaltige Nachfrage nach historischen Büchern. An jedem Kiosk findet man stapelweise Bücher über Stalin und historische Ereignisse, die weit entfernt sind von den historischen Fakten.
Außerdem ist generell ein Interesse für historische Persönlichkeiten erwacht. Viele interessieren sich für das Leben der russischen Zaren und der russischen Aristokratie. Das ist eine Reaktion auf das Verbot früherer Zeiten. Dabei ist natürlich vieles Fiktion.
Ich habe nichts gegen Belletristik. Aber ich habe etwas dagegen, wenn sich Belletristik als gesicherte wissenschaftliche Forschung ausgibt. Man muss auch bedenken, dass Russland heute in ideologischer Hinsicht ein vielfältiges Land ist. Im Westen gibt es zwischen den politischen Parteien kaum Dissens in der Bewertung der Geschichte. Bei uns schon. Wir müssen uns von aktuellen politischen Intentionen befreien.
Es wäre ideal, wenn die Geschichte überhaupt außerhalb der Ideologie stünde. Aber das gibt es nur in der Theorie. Politische Akteure geraten immer in Versuchung, die Geschichte für die aktuelle Politik auszunutzen. Aber minimieren kann man immerhin den Einfluss der Ideologie auf die Politik.

Leonid Mletschin ist ein bekannter russischer Historiker, Moderator und Dokumentarfilmer und ständiger Mitarbeiter dieser Zeitung.

Revolutionäre Erkenntnisse

Wie verhält sich die deutsche Revolution nach dem Ersten Weltkrieg zur Revolution in Russland 1917? Der russische Historiker Artem Sokolow *über die historischen Umstände und das Erbe des Umsturzes in Deutschland*

Der 100. Jahrestag der Novemberrevolution hat in Deutschland ein kurzes, aber starkes Interesse an diesem Ereignis der deutschen Geschichte in Politik und Presse entfacht. Zahlreiche Zeitungsartikel erinnerten an die ersten Tage der ersten deutschen Demokratie und bemühten sich um eine schlüssige Einordnung in den Lauf der Geschichte. Des Novembers 1918 gedachte man auch im Bundestag, von wo aus vor hundert Jahren die erste deutsche Republik ausgerufen worden war.

Indes lässt sich die Novemberrevolution kaum als populäres Kapitel der deutschen Geschichte bezeichnen. Dafür gibt es mehrere Erklärungen.

So ging die Novemberrevolution, ganz nach Art der Deutschen, zurückhaltend und diszipliniert vonstatten. Die Schärfe der Kämpfe war in ihrem Ausmaß nicht vergleichbar mit den Ereignissen, die sich ein Jahr zuvor in Russland abgespielt hatten. Zeitzeugen, die sowohl Petrograd 1917 als auch Berlin 1918 erlebt hatten, beschrieben die Lage in den beiden Reichshauptstädten als völlig unterschiedlich. So konnte ein russischer Offizier, der beide Revolutionen beobachtete hatte, in den Ereignissen in Deutschland nichts „Entfesseltes“ sehen, das sich „in Straßenszenen entladen“ hätte; „Soldaten mit roten Fahnen brüllten und grüßten die Menschenmengen lustlos, als würden sie eine Pflicht erfüllen, deren Sinn unklar ist oder das Ziel zweifelhaft.“ Die revolutionäre Welle brachte in Deutschland weder schillernde Bilder noch Führer hervor und blieb in diesem Sinne eine Art emotionaler Puffer zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik.

Deutsche Politiker unternahmen während des ganzen 20. Jahrhunderts keinen Versuch, die Genealogie der deutschen Demokratie aus den grauen Tagen des Novembers 1918 abzuleiten, und erwähnten sie eher aus Pflichtbewusstsein als aus einer bewussten Entscheidung heraus. Man betonte die Bedeutung der Nationalversammlung in der Weimarer „Demokratie ohne Demokraten“, die den Text zur neuen Verfassung hervorbrachte (nicht die erfolgreichste, wie sich herausstellen sollte), während die militärischen Verdienste der Kieler Matrosen vernachlässigt wurden.

Im Dritten Reich durfte über 1918 aus naheliegenden Gründen nur im Kontext der „Dolchstoßlegende“ und den „Novemberverbrechern“ gesprochen werden. In der Nachkriegszeit schließlich wurde die Erfahrung der Weimarer Republik in der Bundesrepublik als Mängelmodell wahrgenommen, dessen Fehler es unbedingt zu vermeiden galt, was die Novemberrevolution automatisch zum Teil einer großen missglückten Geschichte machte. Selbst die sozialistische DDR war vor allem „auf den Ruinen des Zweiten Weltkriegs“ errichtet, bei aller Wertschätzung für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Auf die Konservativen hatte die Revolution von 1918 allein durch ihre Tatsache abstoßende Wirkung, aber auch den linken Kräften war sie wegen ihrer Unentschlossenheit nur wenig sympathisch.

Historiker streiten bis heute darüber, ob man die Novemberrevolution überhaupt als Revolution im vollen Sinne des Wortes bezeichnen könne. Auf die Abdankung Kaiser Wilhelms II. reagierte das Volk mit Jubel, aber faktisch war ihm durch die „stille Diktatur“ von Hindenburgs und Ludendorffs schon zwei Jahre zuvor die Führung entzogen worden. Die Mehrheit der kaiserlichen Staatsbeamten konnte die angespannten Wochen relativ ruhig auf ihren Posten aussitzen und ihre Arbeit in der Republik fortsetzen.

Weniger Glück hatte die Militärelite – es sind vornehmlich ihre Repräsentanten, deren Erinnerungsberichte die Revolution als eine Zeit des Chaos und der Willkür beschreiben. Aber auch sie konnten, im Gegensatz zu ihren russischen Kollegen, das eigene Überleben physisch wie politisch sichern.

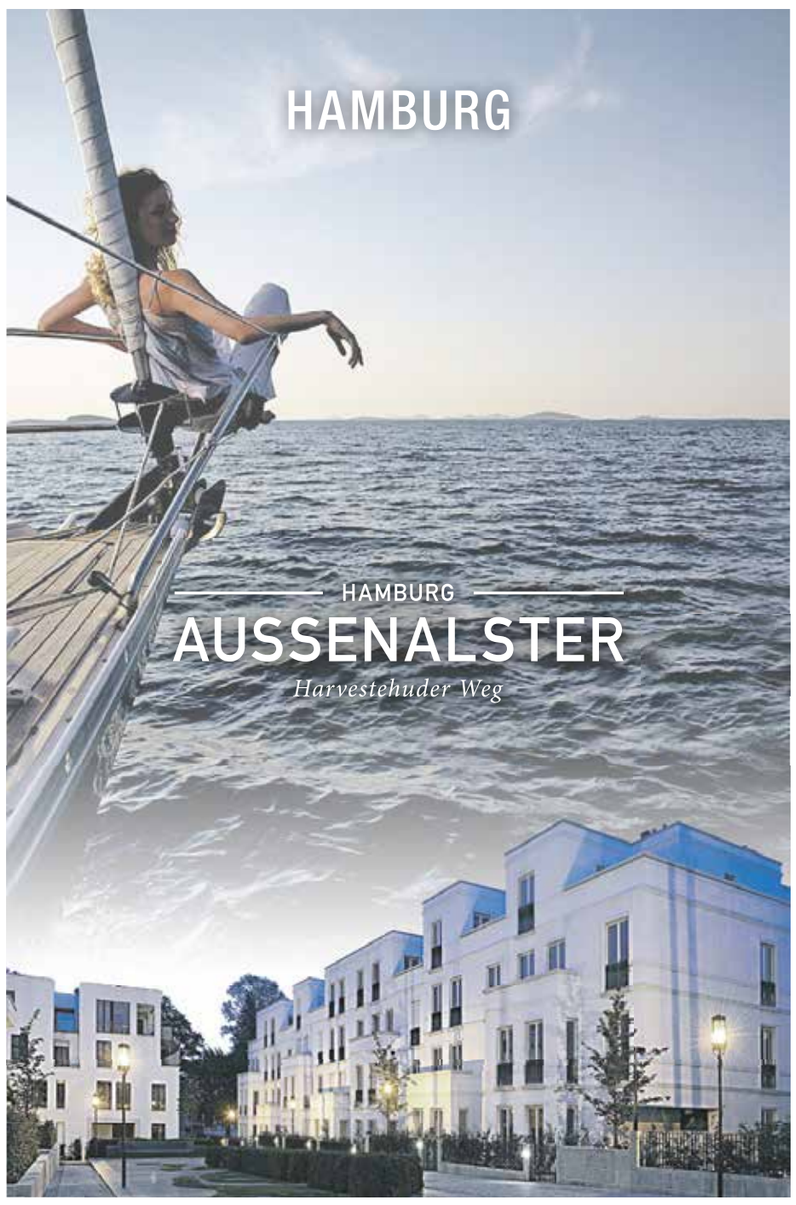
Die neue politische Führung, welche die Novemberrevolution hervorbrachte, strebte nicht so sehr nach Reformen und sozialen Transformationen, sondern wollte vielmehr deren übermäßige Vertiefung und Radikalisierung verhindern. Die „alte Welt“ fügte sich allzu leicht in die neue Republik, und genau das besiegelte nach Meinung vieler Forscher ihren rasanten Untergang.

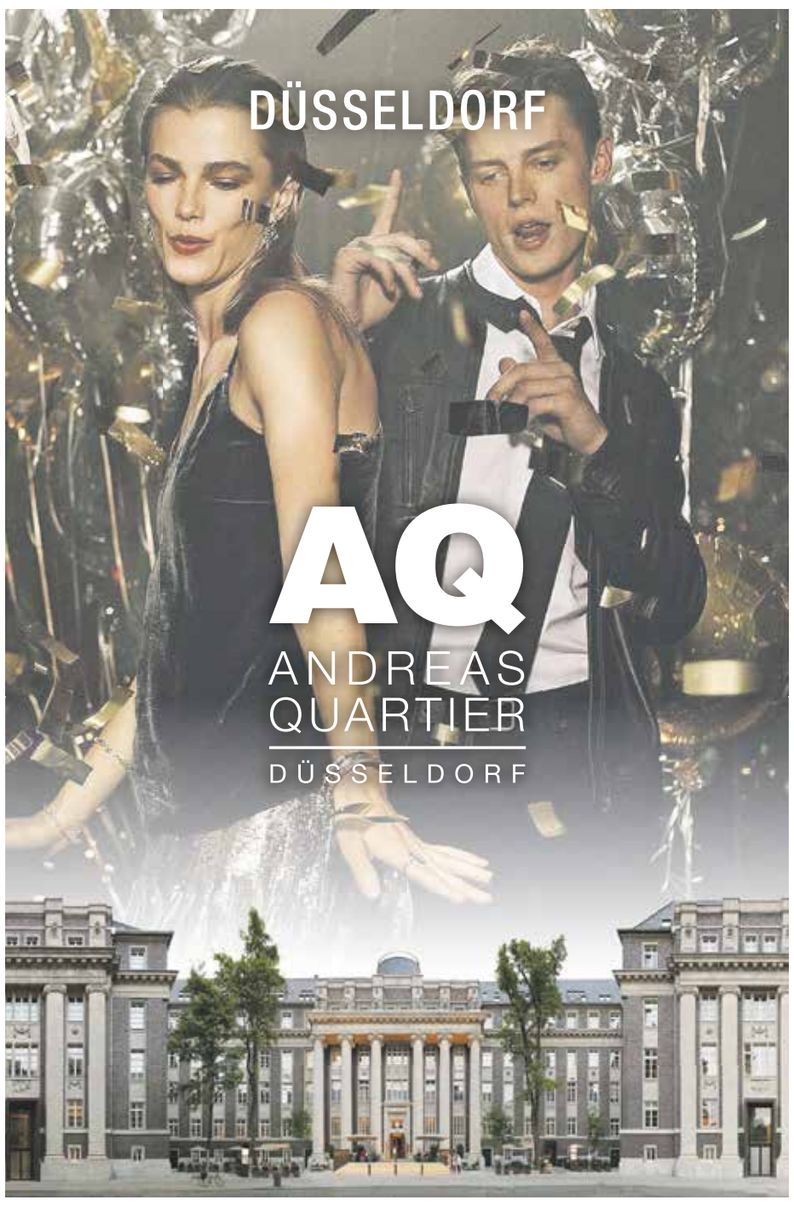
Infolgedessen musste sich die deutsche Revolution mit eher bescheidener Aufmerksamkeit begnügen, sowohl von Seiten professioneller Historiker als auch der breiten Öffentlichkeit. Gemessen an der ereignisreichen deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts trat sie hinter den beiden Weltkriegen, dem Nationalsozialismus und der deutschen Teilung zurück. Ihre Reputation als „totgeborene“ besiegelte das Desinteresse der Forschergemeinschaft endgültig.

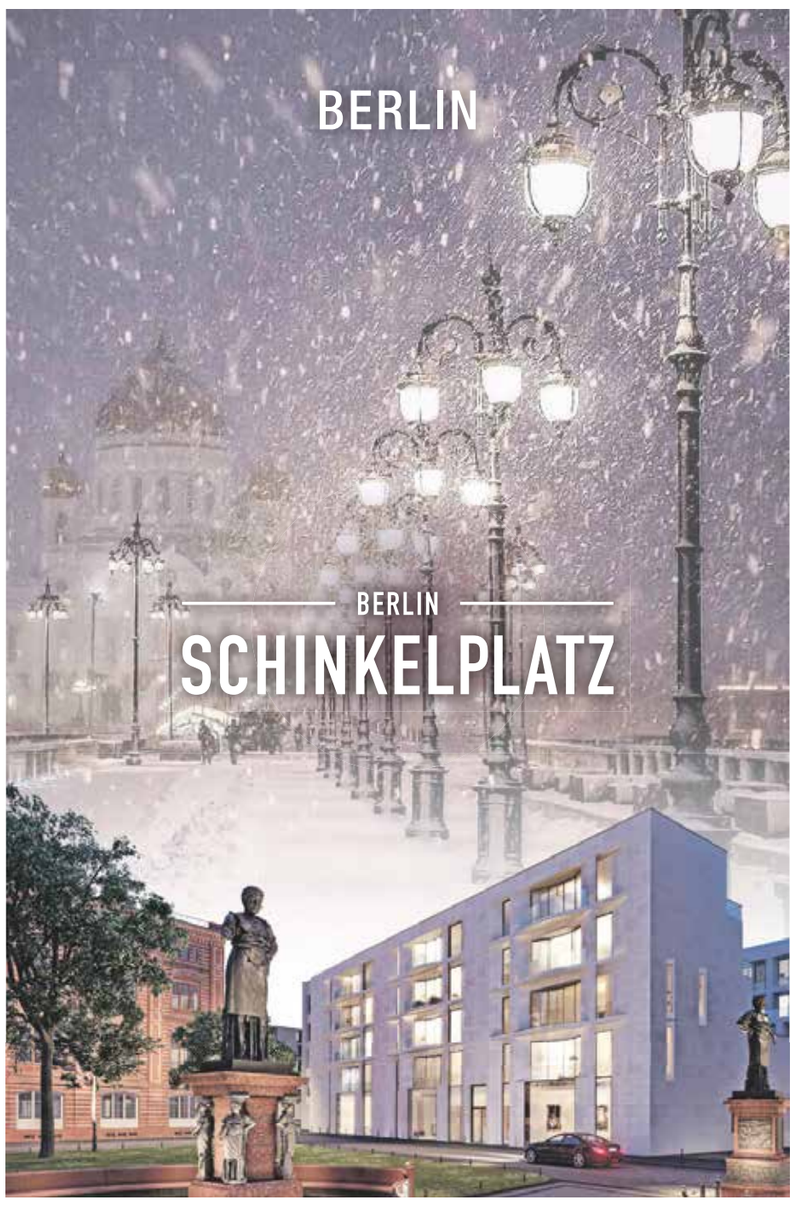
Artem Sokolow ist Deutschland- und Europaexperte am Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO).

DPA-ZENTRALBILD/STEFAN SAUER

WOHNEN IN EXKLUSIVSTER LAGE, IN DEN BEGEHRTESTEN METROPOLEN DEUTSCHLANDS







DAS WESEN EINER METROPOLE ENTSTEHT IN IHREM HERZEN. In den Orten, die eine Stadt ausmachen und ihr Lebensgefühl definieren: Die mondäne Nachbarschaft der Außenalster in Hamburg. Die urbane Vielfalt im Zentrum von Düsseldorf. Der geschichtsträchtige Standort gegenüber dem Berliner Stadtschloss. An einmaligen Orten wie diesen errichtet Frankonia Stadtquartiere von höchster Qualität. Sensibel abgestimmt auf den Charakter der Umgebung und den herausragenden Lagen absolut angemessen. Nur hier entsteht zeitgemäße Lebensqualität in den Baudenkmälern von Morgen.

FRANKONIA

FRANKONIA Eurobau AG | Mühlenstraße 34 | 40213 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 / 86 32 300 | www.frankonia-eurobau.de

SALZGEBER & CO. MEDIEN GMBH

Kunst oder Propaganda: Szene aus dem Film „Donbass“.

Kunst und Propaganda

Der Filmkritiker Andrej Plachow über die Perspektiven einer neuen Filmsprache in Zeiten der ideologischen Auseinandersetzung

Renat Dawletjarows Film sieht aus wie eine Antwort auf Loznitsas „Donbass“. Können wir sagen, es habe eine ideologische Auseinandersetzung auf der Leinwand begonnen, oder sind diese Filme nicht vergleichbar?“
Andrej Plachow: Sie sind vor allem vom Niveau her nicht vergleichbar, sowohl intellektuell als auch künstlerisch. Auch wenn man Loznitsas Ästhetik ablehnt, auch wenn man seine politische Position nicht teilt, ist doch unverkennbar, dass dieser Film ein ambitioniertes Kunstprojekt ist. Bei Dawletjarow gibt es diese Ambitionen nicht. Er versucht, einen „apolitischen Genre-Film“ zu machen, aber versetzt mit dem heißen Material des Donbass, und so wird es unausweichlich propagandistisch.

Wie reagiert das internationale, das heißt in diesem Fall das Festivalpublikum, auf die Filme? Wird das Ziel erreicht, das jeder der beiden Regisseure sich gesetzt hat, nämlich der „Welt zu erklären“, jeweils aus seiner Sicht, was im Donbass geschieht?
Ein großer Teil des Publikums versteht kaum den politischen Kontext. Vielleicht die schwarze Groteske von Loznitsa (ich würde es nicht Humor nennen). Meiner Beobachtung nach irren sich die italienischen Filmjournalisten in der Einschätzung der Lage in der Ukraine, sie verstehen nicht so richtig, wer daran am meisten Schuld trägt, oder wer überhaupt wohin gehört.
Dawletjarow unterscheidet ja absichtlich nicht zwischen Ukrainern und Russen und hat sogar dem ukrainischen Soldaten den russischen Namen Andrej Sokolow gegeben. Und für Ausländer haben Loznitsas „Donbass“ (der in dem von der Ukraine nicht kontrollierten Donezk spielt) und, meinetwegen, „Vulkan“ von Roman Bondartschuk (der wiederum in der Gegend von Kachowka spielt, auf einem Gebiet, das die Ukraine kontrolliert), sehr viel Gemeinsames: Korruption, Misswirtschaft und Gewalt. Da versuch mal, dich zurechtzufinden. Nur Menschen, die man einer gehörigen Gehirnwäsche unterzogen hat (und davon gibt es unter unseren Landsleuten jede Menge, zum Beispiel jene, die in London leben), haben Antworten auf alle Fragen und leiden sehr unter der Atmosphäre der Russophobie. Ich hätte direkt Lust, sie nach Moskau einzuladen und in meiner Wohnung anzumelden.

Die Regisseure sagen, dass in ihren Filmen Menschen mitspielen, die auch in den Konflikt involviert waren, oder ihn aus nächster Nähe beobachtet haben. Und die „Filme über den Donbass“ sehen selbst aus wie Kopien der Bilder aus dem Fernsehen. Entsteht dort vielleicht ein neues Genre, die „pseudodokumentarische Zeugenschaft“?
Das Drehbuch für Dawletjarow hat ein Journalist geschrieben, der im Donbass war, aber das ist auch schon alles. Gedreht wurde auf der Krim. Die Schauspielerinnen und Schauspieler sprechen Moskauer Mundart, der Hauptdarsteller, unser heldenhafter Separatist, hat ein strahlendes Gebiss wie ein Hollywoodstar, von Authentizität kann also keine Rede sein. Und natürlich fallen einem aus jeder Einstellung propagandistische TV-Klischees entgegen. Aber Loznitsa war auch nicht im Donbass, auch sein Film basiert auf der Grundlage von YouTube-Videos. Das heißt, beide Filme sind aus „pseudodokumentarischen Zeugnissen“ aus Fernsehen und Internet zusammengesetzt.
Sie unterscheiden sich nur durch ihre Ziele und ihre Stilistik.

Gab es in der Geschichte des Kinos analoge filmische Konfrontationen? Kann man die Filme über den jugoslawischen Konflikt der 1990er-Jahre als eine Analogie verstehen?
Der klassische Kriegsfilm entstand aus dem Material des Ersten und des Zweiten Weltkriegs. Im ersten Fall wurde der Krieg weitestgehend als sinnloses Gemetzel aufgefasst, und diese Filme trugen einen antimilitaristischen, pazifistischen Charakter, waren Antikriegsfilme. Im zweiten Fall waren es antifaschistische Statements, es war ganz klar, wer Freund, wer Feind war, und alle Verstrickungen des Zweiten Weltkriegs wurden aus der Position des Siegers betrachtet. Und wenn die Deutschen Filme drehten, dann natürlich aus der Position der Reue und der Entlarvung gegenüber dem Nationalsozialismus.
Clint Eastwood hat eine verblüffende Erfahrung gemacht, als er seinen beiden Filme über die Schlacht um Iwojima drehte, den einen aus der Perspektive der Amerikaner (ziemlich kritisch in Bezug auf die amerikanische offizielle Linie, welche die amerikanischen Kriegseinsätze glorifizierte), den anderen aus der Perspektive der geschlagenen Japaner. Andere derart starke Analogien kenne ich nicht. Natürlich kann man an Vietnam denken, aber dort waren die Kräfte doch ungleich: ein paar zweitrangige Regisseure, welche die Heldentaten der Green Berets und Rambos rühmten, aber im Wesentlichen waren die Filme zu dieser Thematik antimilitaristisch, wie Francis Ford Coppolas „Apocalypse Now“.
Das jugoslawische Kino kann mit einigen starken Filmen über den Krieg gegen die Deutschen aufwarten, aber auf dem Gipfel des Konflikts der 1990er-Jahre haben sie nichts Herausragendes gedreht. Später kamen einige emotionale Filme heraus, vor allem auf bosnischer Seite, in denen die Verbrechen der Serben verurteilt wurden („Esmas Geheimnis – Grbavica“ von Jasmila Žbanić). Es gibt auch serbische Filme zu diesem Thema, in denen ebenfalls die Schuld der serbischen Seite dargestellt wird (Dobra žena – A Good Wife) von Mirjana Karanović).
Von der anderen Seite ist, soviel ich weiß, nichts Bedeutsames erschienen. Es gibt den Film „Männer weinen nicht“ von dem bosnischen Regisseur Alen Drljevics: Veteranen beider Seiten treffen sich zu einer psychoanalytischen Sitzung und lassen ihre Traumata und Schuldgefühle heraus. ꟼD

Spalten statt versöhnen

In diesem Herbst hatten zwei Filme über das Donbass Premiere, einer vom ukrainischen Regisseur Sergei Loznitsa, der andere vom russischen Regisseur Renat Dawletjarow, gedreht aus entgegengesetzten politischen Positionen. Kann Kino versöhnen, oder hat es nur gelernt zu spalten?

VON ANDREI ARCHANGELSKI

Die einzige Vorführung von Sergei Loznitsas Film „Donbass“ in Moskau wurde kurzfristig abgesagt. In Cannes wurde er mit dem Jury-preis für die beste Regie ausgezeichnet, nun ist er in mehreren Ländern zu sehen, darunter auch in Kinos in Deutschland und in der Ukraine.

Der Film besteht aus 13 ineinander übergehenden Episoden, er erzählt im Spielfilmformat die Geschichte der Menschen, die im Osten der Ukraine leben. Loznitsa hat die Story und die Protagonisten des Films nicht erfunden, er hat sie sich einfach bei der Realität ausgeliehen; ein Großteil der Filmszenen hat er bei YouTube gefunden. In den Massenszenen spielten die Bewohner des Donbass mit, insgesamt an die 2000 Personen, von denen viele in die Ereignisse des Jahres 2014 involviert waren.

Die Jury von Cannes nannte diesen Film ein „aufwühlendes Zeugnis“, die Gegner (die dieser Film natürlich auch hat) eine „bösartige Parodie“ und ein Zerrbild. Dabei ist auch das Genre des Films von Bedeutung: Es handelt sich um eine tragische Farce.

Tragische Farcen sind auch Alexei Krassowskis Film „Blokada“ (Die Blockade), der schon vor seinem Erscheinen in Russland heftiger Kritik unterworfen war, und „The Death of Stalin“ von Armando Iannucci. Letzterer wurde in diesem Jahr verboten. Diejenigen, die diesen Filmen „Blasphemie“ vorwerfen, verstehen oft nicht die Spezifik des Genres.

Loznitsas Blick ist natürlich nicht ohne böse Ironie, aber er zielt auf allgemein menschliche Fehler, nicht nur auf die Bewohner einer bestimmten Region. Wenn Loznitsa sich über etwas lustig macht, dann über etwas Allgemeines, das allen Trägern autoritärer Identität oder Wesensart eigen ist, genauer gesagt, über archaische Vorstellungen von der Welt. Weiterhin ist zu bemerken, dass sich die Aufmerksamkeit des Regisseurs auf eine spezielle Sprache der Protagonisten konzentriert, die nicht so sehr der Kommunikation dient, sondern sie eher verwirrt oder den Sinn bewusst verbirgt – sogar vor den Sprechenden selber. Und weil Sprache und Verstand direkt miteinander in Verbindung stehen, ist dieser Film ein Versuch, das Bewusstsein des postsowjetischen Menschen zu verstehen und zu beschreiben. In diesem Sinne verweist uns der Film von Loznitsa an die Traditionen des Perestroika-Kinos, an die Werke von Kira Muratowa.

Fast gleichzeitig mit Loznitsas Film fand auf dem Filmfestival in Rom die Weltpremiere von Renat Dawletjarows Film statt. Er trägt fast den gleichen Titel: „Donbass – Okraina“ (Donbass-Grenzland). Der Film spielt im August 2014 am Rand der Stadt Donezk. Andrej, ein junger Soldat der ukrainischen Armee, kommt als Fahrer in die Kampfzone. Als er sich vor Artilleriebeschuss in Sicherheit bringen will, gerät er in den Keller eines Wohnhauses. Dort trifft er mit ganz unterschiedlichen Menschen zusammen. Jeder von ihnen hat nur den einen Wunsch – dass das alles endlich zu Ende ist.

Ort und Zeit sind die gleichen wie in Loznitsas Film, aber die Akzente sind ganz anders gesetzt. Der Raum, in dem die Handlung des Filmes spielt, „verschluckt“ nicht die Helden, wie bei Loznitsa, sondern umgekehrt, er „öffnet“ sie. Während er sich dort mit den anderen in diesem Keller befindet, unter ihnen eine pro-ukrainische Aktivistin, eine Freiwillige aus der Hauptstadt, ein Angehöriger der Intelligenzija, und natürlich Bewohner des Donbass, gehen dem ukrainischen Soldaten die Augen auf, und er kommt zu dem Schluss, dass man „uns gespalten“ hat und der Krieg niemandem nützt. Der Held des Films heißt nicht zufällig Andrej Sokolow – genau wie der Held in dem Film „Ein Menschenschicksal“ von Sergei Bondartschuk aus dem Jahr 1959. Der Verweis darauf soll offensichtlich eine Brücke schlagen zur Tradition des „humanistischen“ sowjetischen Films.

Der Regisseur versichert, dass die Vorbilder für seine Hauptdarsteller ebenfalls aus der Realität entlehnt sind. „Der Autor unseres Drehbuchs war von Beginn der Ereignisse an im Donbass. Und in die Schlussfassung des Drehbuchs gingen mehrere realistische Geschichten ein. Der Film spielt nicht im Heute, sondern im Jahr 2014. Damals wollten die Menschen einfach nur überleben“, erzählt Renat Dawletjarow auf der Pressekonferenz. Bisher wurde der Film nur vor Filmkritikern gezeigt, in die russischen Kinos wird er vermutlich nicht vor dem Frühjahr 2019 kommen.

Obwohl diese beiden Filme unterschiedlichen Genres angehören und entgegengesetzte politische Positionen vertreten, haben sie doch etwas Gemeinsames. Die Regisseure müssen mit der brutalen Realität konkurrieren, und sie bestehen darauf, dass sie nur die Wirklichkeit wiedergeben. Beide Regisseure leiten ihre Protagonisten ganz bewusst von den Kriegsschauplätzen in die Peripherie, ins „Grenzland“ des Kriegs.

Bei Dawletjarow gibt es einige Szenen mit Kampfhandlungen. Aber es kämpft „in dem Film nur die ukrainische Armee“, wie die Kritikerin Natalja Barabasch bezeugt.

Formal versichern beide Regisseure, ihre Werke seien Anti-Kriegsfilme. Loznitsa sagt, „das Donbass ist keine Region, sondern ein Begriff“, aber er betont, in seinem Film gehe es um den gemeinsamen „Schmerz, der uns umgibt“. Dawletjarow wiederum versicherte den Journalisten, sein Film habe „nichts mit Politik zu tun“. Das allerdings wird laut Natalja Barabasch schon von den ersten Untertiteln wiederlegt, die den Zuschauer darüber informieren, dass in der Ukraine ein „Umsturz“ stattgefunden habe, wie die offizielle russische Formulierung für die Ereignisse des Jahres 2014 lautet.

Was die Zahl der Spielfilme über den Krieg im Donbass angeht, führt die Ukraine heute mit großem Abstand. Als Dawletjarows Film auf dem Festival in Rom präsentiert wurde, liefen in ukrainischen Kinos eine ganze Reihe von Streifen zum selben Thema, darunter „Cyborgs“ von Achtem Seitablajew (2017) über die Schlacht um den Donezker Flughafen und eben Loznitsas Film.

Obwohl diese beiden Filme unterschiedlichen Genres angehören und entgegengesetzte politische Positionen vertreten, haben sie doch etwas Gemeinsames

Auch der russische Regisseur Wladimir Bortko wollte einen Film über das Donbass drehen; er plante eine Verfilmung von Alexander Prochanows neuem Roman „Tod der Städte“. Das Budget des geplanten Films ist bekannt, 309 Millionen Rubel, und auch die Hauptdarsteller: Wladimir Menschow und Alexej Tschadow. Im September 2017 gab Bortko allerdings bekannt, die Finanzierung des Films sei vorübergehend gestoppt: „Der Film wurde viermal verboten und viermal erlaubt. Warum? Der Widerstand unserer liberalen Gesellschaft ist erschreckend. Sie wollen ihn nicht. Aber die denkenden Menschen, die wahren Patrioten in der Regierung, begreifen die Notwendigkeit des Films.“

Aber die mysteriöse Geschichte mit Bortkos Film erklärt sich vermutlich nicht aus den Umtrieben mystischer „Liberaler“ in der Regierung. In Russland wäre es heutzutage kaum möglich, ohne staatliche Billigung zum Donbass Stellung zu beziehen, schon gar nicht mit dem Geld dieses Staats. Und wenn Bortkos Film Schwierigkeiten mit der Finanzierung hat, kann man das als ein Signal verstehen, dass der Staat keinen großen Wert darauf legt, das Thema zuzuspitzen, sondern eine gemäßigtere Einschätzung der Ereignisse für wünschenswerter hält.

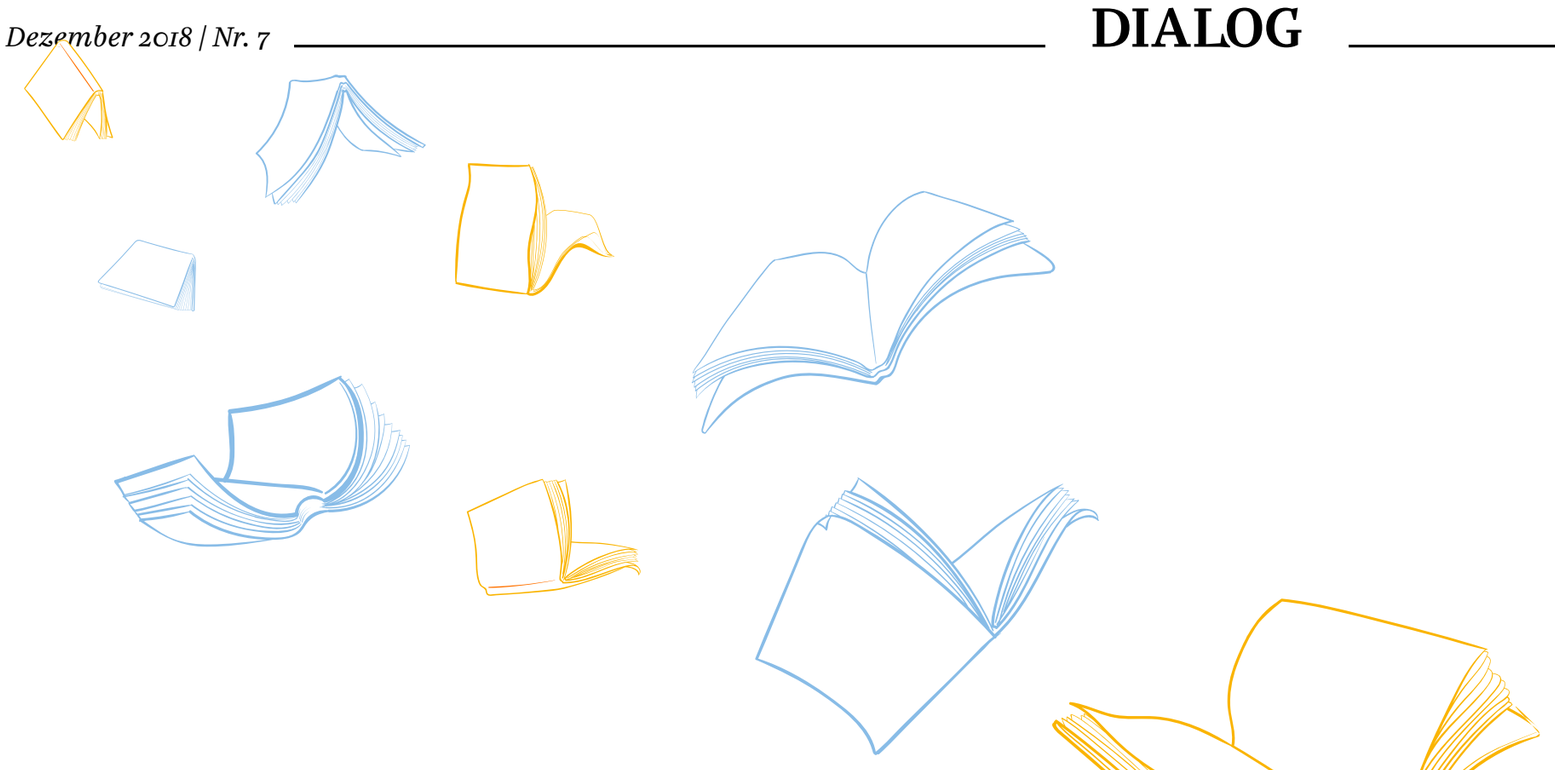
Eben deshalb ist Dawletjarows „maßvollerer“ Film die erste Produktion über das Donbass. Aber die Tatsache, dass man es auch mit dem Film von Dawletjarow nicht eilig hat, ihn in die Kinos zu bringen, legt die Vermutung nahe, dass er vorerst eher für das internationale Publikum bestimmt ist – gewissermaßen als ein Testballon, um die Reaktion zu erkunden. Für das eigene Publikum gibt es ein weitaus effektiveres Mittel – das Fernsehen. Man mag es für überflüssig und verschwenderisch halten, das gleiche noch einmal mit Hilfe von Filmen zu sagen. Außerdem hat das russische Establishment, bei aller Rhetorik, begriffen, dass die gewohnten Formen der Propaganda, also die üblichen Heldenfilme über „unsere“ Soldaten, heute nicht mehr funktionieren. Die Wahrnehmungen des Kinopublikums sind subtiler geworden, so nassforsch bekommt man die Zuschauer nicht mehr an den Haken, man muss sich kompliziertere Formen der Überzeugung suchen.

Aber auch wenn die Regisseure der Form nach einen „antimilitaristischen Anspruch“ vertreten, spürt man doch, dass es dafür weder den Willen, noch die Erfahrung, noch die geeignete Sprache gibt. Über den Frieden ebenso überzeugend zu sprechen wie über den Krieg, will nicht gelingen. Auf der Leinwand wird doch der Krieg konstruiert, bloß mit anderen Mitteln. Das Einzige, was uns der postsowjetische Film heute vermittelt, ist die Unfähigkeit, den blutigen Konflikt zu lösen.

Man kann das für die existenzielle Antwort des beginnenden 21. Jahrhunderts halten: Wieder mal wissen wir nicht, was anfangen mit dem zerrissenen, verlorenen zeitgenössischen Bewusstsein, wissen wir nicht, was wir den Menschen statt der imperialen und totalitären „Traditionen“ anbieten sollen. Eine Alternative zu diesem „Krieg in den Köpfen“ bietet vielleicht Vitali Manskis Dokumentarfilm „Familienbande“ von 2016, in dem er immerhin vorschlägt, „alle anzuhören“.

Andrei Archangelski
ist Korrespondent der Zeitung
Kommersant.

ꟼD



Literarischer Nebenkriegsschauplatz

Prolog oder Epilog? Vor hundert Jahren erschienen, in Deutschland neu übersetzt: Michail Bulgakows Roman „Die weiße Garde“

VON PAUL OSTWALD

Moskau, 1930. Der sowjetische Schriftsteller Michail Bulgakow sitzt an seinem Schreibtisch und verzweifelt. Erst verschwanden seine Figuren von den Bühnen, nun werden ihm auch seine Manuskripte abgenommen. Josef Stalin hat mit der großen „Neuordnung“ der sowjetischen Gesellschaft begonnen, die schlussendlich Millionen Menschen das Leben kosten wird.

Ein erklärtes Ziel sind dabei Intellektuelle, die Verbindungen ins alte Zarenreich haben und an den neuen Autoritäten zweifeln. Beides trifft auf Bulgakow zu. In seiner Verzweiflung tut der Autor im März 1930 das, was er am besten kann: Er schreibt. Diesmal einen Brief an Josef Stalin. „Die sowjetische Presse hetzt seit Jahren, dass meine Werke in der Sowjetunion nicht existieren können. Sie haben recht. Ich bitte sie, Genosse Stalin, lassen sie mich ausreisen“, schreibt er. Und erhält telefonisch Antwort, von Stalin persönlich: „Wollen Sie nicht lieber im Theater in Moskau arbeiten?“ Bulgakow nimmt an.

Es ist die wahrscheinlich kurioseste Episode im ohnehin schon bizarren Leben Bulgakows, jenes sowjetischen Sonderlings, dessen Roman „Meister und Margarita“ die russische Moderne mitbegründete. Zeitlebens wandelte er auf Grenzen, zwischen seinem Geburtsland Ukraine und der Wahlheimat Russland, Dissidentendasein und Stalin-Favorit, Realismus und Magie.

Seine schriftstellerische Karriere begann in den Nachkriegswirren des Dezember 1918 mit „Die Weiße Garde“, die nun einhundert Jahre später in einer Neuübersetzung von Alexander Nitzberg vorliegt. Diese kommt zur rechten Zeit, denn der große Roman über die ukrainische Selbstfindung ist seit 2014 immer mehr zu einem eigenen Nebenschauplatz des russisch-ukrainischen Konflikts geworden.

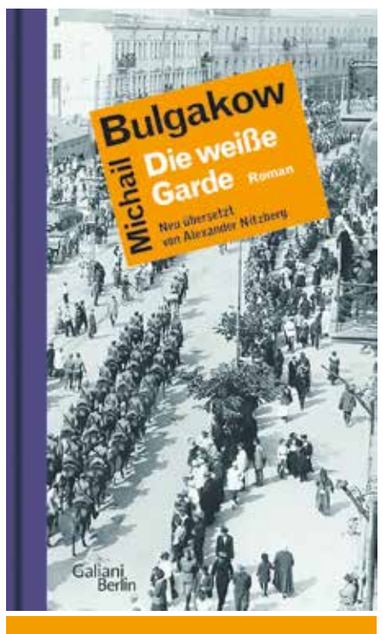
Die Weiße Garde folgt dem 28-jährigen Alexeij Turbin, der mit seinen Geschwistern im von Deutschen besetzten Kiew lebt, als im Dezember 1918 die Truppen des ukrainischen Nationalisten Simon Petljura anrücken. Turbin, der wie Bulgakow selbst Medizin studiert hat und aus der alten Zarenwelt stammt, kann seine Verachtung für den grobschlächtigen und antisemitischen Nationalismus Petljuras kaum verbergen. Mit der neuerfundenen ukrainischen Sprache, die aus Charkow Charkiw macht, kann er ebenso wenig anfangen. Er ärgert sich über diese „einfach nur scheußliche Sprache, die noch nicht einmal existiert“ und fordert die Nationalisten heraus. „Ich fragte ihn also: Wie heißt auf Ukrainisch ‚Katze’? Er antwortet ‚Kitze’. Darauf ich: Und wie heißen ‚Kitze’? Da bleibt er stehen, macht große Augen und schweigt. – Für die existiert das Wort ‚Kitz’ doch nicht, was sucht schon ein ‚Kitz’ in der Ukraine?“

In Thomas Reschkes Übersetzung von 1992 lautet diese Passage: „Ich fragte ihn also, wie Kater (russisch kot) auf ukrainisch heißt, das wusste er noch (kit), aber als ich ihn fragte, wie der Wal (russisch kit) heißt, glotzt er mich an und schweigt.“

Daran zeigt sich, wie sehr Nitzberg die Ironie Bulgakows im Sprachfluss erhalten möchte. Auch verschachtelte Sätze und schiefe Metaphern, von denen es im Manuskript wimmelt, bessert er nicht aus. Die Aura des Phantastischen, wie sie später „Meister und Margarita“ ausstrahlt, schimmert hier bereits zwischen den Zeilen.

Inmitten des Marionettenregimes der deutschen Besatzung und der nationalistischen Bauernhorden versuchen Turbin und die Weiße Garde jenes Entschwindende festzuhalten, das der alten Welt ihren Glanz verliehen hatte: zerlesene Bibliotheken, höfische Umgangsformen und der Glaube an eine hierarchische, wohlgeordnete Welt. Die kleine Wohnung der Turbins mit ihren gestärkten Tischdeckchen und tickenden Standuhren wird zur Zeitkapsel inmitten der grassierenden Anarchie. Doch das Klammern missglückt. Wenig später stehen die Nationalisten in Kiew und das Zarenreich verlässt endgültig geschlagen die Weltbühne.

Bulgakow, der aus der gleichen Schicht wie Turbin stammt, kann seine Sympathien für seinen Helden und dessen Sentimentalität nicht immer verbergen. Das merkten auch seine Kritiker. Bereits kurz nach Erscheinen des Romans rangen Verleger, Zensoren und Regisseure mit Bulgakow um die Deutungshoheit. Verschiedene Versionen des Manuskripts gelangten ins Ausland, erschienen entgegen Bulgakows Anstrengungen und prägten bis in die 1990er-Jahre die Debatte um die wahre Ausgabe. „Von mir blieb nur ein Schatten, der als Gratisbeilage zum genannten Stück präsentiert werden kann“, kommentierte er selbst in einem Brief. Eine angeblich autorisierte Fassung der letzten beiden Kapitel wurde in Reschkes Übersetzung von 1992 aufgenommen, fiel aber bei Nitzbergs Version des Texts wieder heraus.



Michail Bulgakow: „Die weiße Garde“, aus dem Russischen von Alexander Nitzberg, Galiani, Berlin 2018, 544 Seiten, 30 Euro

Lange wurde es dann still um Bulgakows Epos. Erst die Neuverfilmung des russischen Regisseurs Sergej Sneshkin im Jahr 2012 erweckte das Werk wieder. Sie zeigt jenen Turbin, für den der ukrainische Nationalismus eine lachhafte Farce ist. Kurz nach der Annexion der Krim mithilfe von verdeckten russischen Truppen 2014 indizierte die ukrainische Regierung den achtteiligen Film. In Russland hingegen steht „Die weiße Garde“ seit 2013 auf einer Liste des russischen Bildungsministeriums, die den Bürgern Literatur zur selbstständigen Fortbildung empfiehlt. Zwei Jahre später erschien die umfassendste historisch-kritische Ausgabe des Romans im Russischen.

Was „Die weiße Garde“ seit nun einhundert Jahren zum Politikum macht, ist, dass mit seinem Autor scheinbar ein ukrainischer Intellektueller die Idee der ukrainischen Unabhängigkeit diskreditiert. Doch vielleicht ist für Bulgakow Turbin nicht viel mehr als eine ewiggestrige Figur und die „Weiße Garde“ nichts anderes als eine literarische Aufarbeitung der Oktoberrevolution. Wie der Bochumer Sprachwissenschaftler Oleksandr Zabirko bereits 2016 bemerkte, täuscht dabei „die Einheit des Orts und die vermeintliche Ähnlichkeit der Handlung“ spektakulär über die „nicht vorhandene Einheit der Zeit hinweg“. Der Turbin so verhasste ukrainische Nationalismus des Jahres 1918 hat seitdem viele Wandlungen durchlaufen, auch wenn Petljura für Politiker wie den ehemaligen Präsidenten Viktor Juschtschenko ein Bezugspunkt bleibt.

Bulgakow als der Fahnenträger des russischen Expansionismus? Eine Rolle, in der er sich selbst wohl äußerst unwohl gefühlt hätte. In seinem Brief an Stalin äußerte Bulgakow den Wunsch, als über den Fraktionen stehender Schriftsteller wahrgenommen zu werden. Als er 1940 in Moskau starb, hatte Stalin soeben die Ukraine um den Westen Polens erweitert. In Moskau lief nur noch ein Stück des Dramatikers, die Adaptierung der „Weißen Garde“ – so umgebaut und entstellt, dass sie es auf die sowjetischen Bühnen schaffte und zu einem von Stalins Lieblingsstücken wurde.

Das neuverfasste Ende fügt sich wohl am besten in die politische Debatte der Ukraine. „Meine Herren, der heutige Abend ist der mächtige Prolog zu einem neuen historischen Stück“, schließt Turbins Bruder Nikolka. Doch ihm bleibt nicht das letzte Wort, das ein Hauptmann ergreift: „Dem einen ein Epilog, dem anderen ein Prolog“. Der Streit um Bulagkows Erbe hat gerade erst von Neuem begonnen.

Paul Ostwald ist Student in Oxford und Mitgründer des Journals of Interrupted Studies.

Würdigung des Wahns

Ein Deutscher in Moskau: Der Roman „Blasse Helden“ erzählt eine Abenteuer- und Liebesgeschichte aus den wilden 1990er-Jahren in der spannendsten Stadt der Welt

VON LUTZ LICHTENBERGER

Das ganze doppelbödige Betriebsgeheimnis des Romans „Blasse Helden“ findet sich verdichtet in einem kurzen Dialog zwischen dem nach Russland emigrierten deutschen Anton und seinem intellektuellen Moskauer Freund Wiktor. Wir befinden uns in der russischen Hauptstadt in den frühen 1990er-Jahren, Wiktor ist verwundert über Antons Begeisterung für die Stadt, das sich in jenen Tagen nicht von seiner besten Seite zeigt.

„Die russische Seele war der Marketingeinfall einiger Schriftsteller im 19. Jahrhundert. Damit bediente man die Schwäche ausländischer Leser für Exotik“, wirft Wiktor ein. „Wie prosaisch. Dabei klammere ich mich so an sie“, gesteht Anton. „Wie viele halbwegs gebildete Westler tendiert du dazu, alles Russische kritiklos zu verherrlichen“, legt Wiktor nach. Und nachdem Anton ihm erneut recht gibt, knirscht der Schnee unter den Reifen, während die beiden an der Moskwa entlangfahren: „Die uralte Schokoladenfabrik Roter Oktober auf der Flussinsel sah nach Weihnachtsmärchen aus. Eigenartig, dass sie noch nicht in ein Business Center umgewandelt worden war.“

Der gerade in Deutschland erschienene Roman hat für einigen Wirbel in der deutschen Kulturszene gesorgt. Die Zeitungen haben lobend besprochen, der Kritiker des Deutschlandradios sagte, der Roman sei alles andere als blass, der SWR wählte das Buch auf seine vielbeachtete monatliche Bestenliste. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) widmete dem Buch eine ganze Seite. Der Autor Arthur Isarin erzählt im Stile eines Schelmenromans von den Abenteuern eines Deutschen in den wilden 1990er-Jahren in Moskau, der als Fixer für einen Rohstoffhändler arbeitet. Dabei erlebt er alle Formen der Korruption, fantastischen Reichtum und himmelschreiendes Elend, feiert wilde Partys in teuren Clubs und genießt den kulturellen Reichtum der Stadt – vor allem das Bolschoi-Theater und die klassischen Konzerte haben es ihm angetan. Insbesondere aber ist er fasziniert, ja hingerissen von den russischen Frauen, in beinahe jedem Kapitel stürzt es sich in eine neue, meistens hingebungsvoll unvernünftige Affäre.

Zusammengehalten jedoch wird das Buch von der romantischen Russlandbegeisterung, die Wiktor im Gespräch mit Anton auf die russischen Dichter des 19. Jahrhunderts zurückführt. Der Autor Isarin hat seinem Anton die Züge eines Grigorij Petschorin des späten 20. Jahrhunderts gegeben, der Figur aus Michail Lermontows „Ein Held unserer Zeit“. Über Anton heißt es, er sei nach Russland gekommen, „um mehr zu erleben als in London oder New York. Es war berauschend, inmitten eines archaischen Konflikts zu sein. Und es war anders, als es sich vorgestellt hatte, anders als die heitere Maueröffnung in Berlin vor vier Jahren, als die Guten siegten und sich hinterher alle lieb hatten. Je weiter östlich er kam, desto unbarmherziger wurden die Auseinandersetzungen. Als Romantiker hatte er sich nach solchen Erlebnissen gesehnt, und hier traf er nun plötzlich auf diese irrwitzige Leidenschaft, für eine Idee oder Sache zu sterben. Das Revolutionspathos konnte ihm nicht kitschig und artifiziell genug sein. Er würdigte den Unterhaltungswert des Wahns und wollte die Theatralik einsaugen, mittendrin Zeuge sein, ohne sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden. Die groteske Dummheit des Unterfangens war ihm lustvoll bewusst, er konnte an nichts mehr anderes denken.“

In einer der unterhaltsamsten Szenen des Buchs besucht Anton den Moskauer Club Fellini, in dem sich die „wirklich Neuen Russen“ für einige Zeit bevorzugt vergnügten. Mitten unter ihnen, aber nicht so ganz dazugehörend, ist Anton kurzzeitige Gespielin Nastja. Sie ist die Enkelin eines einmal großen „Repräsentanten des Riesenreichs“, einst „Inbegriff sowjetischen Urgesteins“. Nastja leidet unter dem Bedeutungsverlust, der auch ihr durch den „unbeholfenen Modernisierungsschub Gorbatschows“, der auch „die Abkömmlinge der sowjetischen Elite eiskalt erwischt“ hatte.

In den Beschreibungen solcher Figuren gelingen Isarin immer wieder treffliche Verdichtungen, kleine Sittenbilder einer Epoche: „Gehandicapt durch den Ballast ihrer Herkunft, hechelte sie nun dem Zeitgeist hinterher, dessen Schlagzahl längst die angriffslustigen Aufsteiger des Neuen Russlands vorgaben. Sie hatte zwei Kinder mit einem aufgedunsenen Dummkopf, einfältiger Spross prominenter Eltern aus der Kultur-Intelligenzija, der sie kurz nach der Eheschließung in die emotionale Ödnis geführt hatte. Aber Nastja gab nicht auf. Sie ruderte tapfer, um nicht den Anschluss an die einflussreichen Cliquen zu verlieren. Manchmal überkam sie Panik. Wer jetzt zurückblieb, fiel tief. Was an Emporkömmlingen auftauchte, verwunderte sie noch immer, aber es galt, den Dünkel zu übertünchen. Sie verkörperten die Zukunft. Zwar rekrutierten sich auch die neuen Eliten vereinzelt aus den sowjetischen Kaderdynastien; einige parasitäre Früchtchen hatten es immerhin geschafft, sich im Chaos von Markt und Gewalt zu etablieren. Aber das waren Ausnahmen, auf die zu hoffen ihre sinnlos erschien. Noch war sie attraktiv, und mancher Emporkömmling schmückte sich gerne mit einer Trophäe aus den höchsten Kreisen des Ancien Régime.“

Arthur Isarin ist, wie die FAS herausfand, ein Pseudonym. Der Autor von „Blasse Helden“ ist Norris von Schirach. Gegenüber der Zeitung sagte Schirach, er habe für das Buch auf unvoreingenommene Leser und Kritiker gehofft, die sich nicht von seinem Namen ablenken ließen: Sein Bruder Ferdinand hat mehrere Bestseller mit Gerichtsreportagen veröffentlicht, die Cousine Ariadne Ratgeber über Sex und Lebenskunst und der Cousin Benedict Wells Liebesromane. Der berühmteste Schirach bleibt gleichwohl Norris’ Großvater Baldur von Schirach, Reichsjugendführer der NSDAP und führender Nazi. Der 1963 geborene Norris von Schirach ging wie der Protagonist seines Buchs Anton nach dem Studium Anfang 1991 nach Russland und arbeitete für einen Mandanten seines Onkels, der ihn in die postsowjetische Welt einführte. Von 1993 bis 2003 lebte er schließlich in der russischen Hauptstadt.

Arthur Isarin/Norris von Schirach: „Blasse Helden“, Knaus Verlag, München 2018, 320 Seiten, 22 Euro

Im Interview sagte Schirach, das Buch sei zwar nicht autobiographisch, gleichwohl habe er, was er im Roman beschreibe, alles erlebt: „ Ich habe diese Szenen erlebt, die Typen, die Ereignisse und die Dialoge.“ Während seiner Zeit in Russland sei der Name des Großvaters nie ein Problem gewesen, bei aller Auseinandersetzung mit der Person, „Familie ist immer Schicksal, und so ein Schicksal muss man annehmen.“ Er habe diese Haltung an den Russen sehr bewundert.

Sein Buch schreckt nicht vor kleinen und mittleren Gemeinheiten zurück gegenüber den Neurreichen und ihre Korruption, die Gewalt und die Partyexzesse. Auch Anton selbst ist alles andere als ein moralisch hochstehender Held. Selbst wenn er nicht beteiligt ist, freut er sich immer insgeheim, inmitten des wilden und gefährlichen Treibens zu stehen. Die strahlenden Helden des Romans sind die schönen und lebensklugen, praktischen und vernünftigen Frauen. Neben ihnen gilt Antons – und man darf vermuten, auch Norris von Schirachs – Liebe der russischen Hauptstadt: „Diese Stadt war für ihn geschaffen, sie verzieh alles, auch seinen Mangel an Grundsätzen, Substanz und Tiefe. Er liebte Blumen, aber nicht die Botanik. Moskau hatte ein fast zärtliches Verständnis für seine Trägheit, seine charakterlichen Schwächen, fehlenden Überzeugungen, der ganzen hedonistischen Nutzlosigkeit des Daseins. In Deutschland würde er als unseriös gelten, hier duldete man solche überflüssigen Daseinsformen bereitwillig.“

Lutz Lichtenberger ist Redakteur dieser Zeitung.

Politik bremst Wirtschaft

Bei den „Potsdamer Begegnungen“ beklagten deutsche und russische Unternehmer die Sanktionen

VON PAWEL APRELEW

Es ist keine neue Erkenntnis, dass die meisten der in Russland tätigen deutschen Geschäftsleute sich große Sorgen machen. Ein viel optimistischeres Bild zeichnete dagegen der Vorstandsvorsitzende der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer (AHK), Matthias Schepp, während der „Potsdamer Begegnungen“ des Deutsch-Russischen Forums Anfang November in Moskau. Seine Zuversicht gründet sich auf mehreren Fakten: Die deutschen Investitionen in Russland summierten sich trotz der Sanktionen im vergangenen Jahr auf 1,6 Milliarden Euro – mehr als vor der Ukraine-Krise. Der Warenwert mache wegen des niedrigen Rubel-Kurses nur die Hälfte des Wertes des Jahres 2012 aus. Und Russland verfüge über das am besten qualifizierte Personal unter den BRICS-Staaten. Es sei bereit, bei dem aktuellen Umrechnungskurs für einen Lohn zu arbeiten, der dem chinesischen nahekommt. Und Russen, die Arbeit in einem europäischen Unternehmen gefunden haben, seien in höchstem Maße loyal.

Schepp berichtete, wie das russische Werk des deutschen Automobilzulieferers Continental sein Jubiläum feierte. Nach seiner Aussage hat der Chef des russischen Werks in seiner Rede die Qualifikation der russischen Mitarbeiter, deren Treue zum Unternehmen und das hohe Niveau der russischen Ingenieurschule hervorgehoben. „Ein Schichtleiter aus Kaluga“, so seine Worte, „könne in jedem unserer Werke im Ausland Personal einarbeiten oder schulen.“

Insgesamt sehen die deutschen Geschäftsleute eine Verbesserung des Investitionsklimas in Russland. Im Jahr 2011 belegte Russland bei dieser Kennziffer Rang 124, nunmehr liegt es bereits auf Platz 31. Ein Teilnehmer erinnerte daran, dass noch in den 1990er-Jahren keinerlei Geschäfte möglich gewesen seien, ohne einen „Draht“ zum Chef der jeweiligen Region Russlands zu haben. Das seien 60- oder 70-Jährige gewesen, mit denen man auf die Jagd oder in die Sauna gehen und auch öfter trinken musste. Nunmehr seien junge Technokraten am Ruder, denen eine solche Art Zeitvertreib fremd sei.

Selbstredend haben die deutschen Geschäftsleute mehr als einen Grund, gegenüber russischen Beamten skeptisch und unzufrieden mit deren Arbeit zu sein. Die Deutschen begreifen und teilen häufig auch die Lokalisierungspolitik, wonach deutsche Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, mit russischen Zulieferunternehmen arbeiten müssen. Die deutschen Firmen können aber nicht gutheißen, dass der Grad der Lokalisierung so gut wie nicht von der wirtschaftlichen Situation abhängt, sondern von einem Beamten, der in seinem Moskauer Büro sitzt.

Ein russischer Bürger mit seinem riesigen historischen Erfahrungsschatz bei der Umgehung unterschiedlichster Gesetze kann sich wahrscheinlich schwer vorstellen, welche Unsicherheit die jedes wirtschaftlichen Inhalts baren Stegreifreden russischer Abgeordneter bei den Unternehmern aus dem Westen hervorrufen. Als in der Duma ein Gesetz über Strafen für die Unterstützung von Sanktionen erarbeitet wurde, und es hätte de facto so gut wie jeden westlichen Unternehmer betroffen, hat eine Reihe deutscher Großunternehmen ihre Top-Manager an ihren Hauptsitz gerufen, um zu entscheiden: Schließen wir das Werk gleich oder warten wir noch ab?

109 befragte deutsche Unternehmen machten folgende Angaben zu Verlusten durch die Sanktionen: 188 Millionen Euro kurzfristige Verluste und etwa eine Milliarde allgemeine Verluste wegen eingefrorener oder nicht realisierter Geschäfte.

„Sanktionen sind das Zeichen für eine augenfällige Priorität der Politik über die Wirtschaft“, meinte der deutsche Politologe Alexander Rahr. Er erinnerte an deren ursprüngliches Ziel, Russland zu zwingen, seine Ukraine-Politik zu ändern. Dann seien sie dazu eingesetzt worden, Teilen der russischen Wirtschaft zu schaden. „Und danach kam die ‚Sache Skripal’ – und damit war das ursprüngliche Ziel vollends aus dem Blick geraten.“

Wie immer argumentierten die russischen Teilnehmer, dass die Sanktionen zwar schwerwiegend, aber doch bei weitem nicht tödlich seien. Der Chef der Vereinigten Schiffbaugesellschaft OSK, Nikolaj Rachmanow, ging in seinen Überlegungen noch über den wirtschaftlichen Aspekt hinaus. „Die Sanktionen haben uns gelehrt, die Geschäftsentwicklung auf andere Weise zu betrachten. Wir haben gesehen, wer uns nicht im Stich lässt und wer unsere wahren Freunde sind.“ Der Sanktionsdruck habe außerdem seine Grenze. „Sie ist erreicht, wenn wir nicht mehr jammern, sondern lachen und uns sagen: Also gut, dann müssen wir eben unseren eigenen Weg gehen, sei er auch lang und beschwerlich.“

Für den Berater des Leiters der russischen Handels- und Industriekammer, Georgi Petrow, ist diese Grenze bereits erreicht. „Ausländisches Kapital macht derzeit nur 1,9 Prozent der Investitionen in russische Unternehmen aus, während die Eigenmittel 59 Prozent betragen.“

Der Vorstandsvorsitzende des Deutsch-Russischen Forums Matthias Platzeck ließ abschließend keinen großen Optimismus aufkommen. Ihm sei die Prognose in einigen deutschen Großbanken bekannt: „Lassen wir die Jalousien herunter und beenden das Ganze.“ Das, so seine Vermutung, könne schon in wenigen Monaten Wirklichkeit werden. Dieser Pessimismus ist darin begründet, dass die Sanktionen möglicherweise auf den Banksektor ausgeweitet werden.

„Gäbe es die Sanktionen nicht, hätten wir ein völlig neues Niveau der Wirtschaftsbeziehungen erreicht“, erklärten der geschäftsführende Direktor der A. M. Gortschakow-Stiftung zur Förderung der öffentlichen Diplomatie, Leonid Dratschewski, und der ehemalige russische Botschafter in Berlin, Wladimir Grinin. Welcher Art die Absichten auch sein mögen, weder die Welt noch die Wirtschaft können sich auf Befehl aus einer einzigen Hauptstadt entwickeln.

Pawel Aprelew ist Mitarbeiter der russischen Tageszeitung Kommersant.

Grossmann Group

www.grossmann.group

Grossmann Group

Entwickler, Hersteller und Lieferant der komplexen technischen Lösungen, einschließlich EPC-Projekte, Ausrüstungen und Werkstoffe für die Unternehmen der Chemie-, Erdöl-, Erdgas- und Energiebranchen.

Grossmann Group ist Entwickler und Hersteller von den folgenden Ausrüstungstypen:

- Kompressorausrüstung;
- Luftkühler;
- Belade- und Entladevorrichtungen für Erdöl, Erdölprodukte und chemische Produktion;
- Reaktor- und Behältertechnik, Ofenanlage und Wärmetauschausrüstung;
- Wasserreinigungs- und Wasserbehandlungsanlagen.

Unsere Hauptlösungen:

- Abwicklung der EPC-Projekte
- Gasverfahren: Aufbereitung und Verarbeitung des Natur- und Erdgases und der anderen Gase
- Wasserverarbeitung: Wasserbehandlung, Reinigung der Industrie- und Haushaltsabwasser
- Verfahren für die Verladung, Vermischung und Erfassung der Erdöl-, Erdgasprodukte und der chemischen Produktion
- Komplexe Produktionsautomatisierung

Mission von «Grossmann Group»: die Schaffung der effektiven verfahrenstechnischen Systemen für die Lösung der anspruchsvollsten Aufgaben der Kunden, unter Einbeziehung dafür der besten Ressourcen und der bewährten Geschäftspartner.

Flüchtlingshilfe

Paul Ostwald, *Gewinner des Peter-Boenisch-Preis des Gesprächsforums „Petersburger Dialogs“, über sein Wissenschaftsjournal für Flüchtlinge*

Sandra Maischbergers Sendung im Herbst 2015 neigte sich bereits dem Ende zu, als sie einem Gast aus dem Publikum das Wort erteilte. In fast akzentfreiem Deutsch sprach Hakim über sein Studium in Syrien, die Flucht über das Mittelmeer und seinen neuen Job als Altenpfleger in einer niedersächsischen Kleinstadt. Bevor im Studio der Applaus ausbrach, teilte eine Einblendung dem Zuschauer zuhause mit, um wen es sich bei diesem vorbildlichen jungen Syrer handle: „Hakim, Flüchtling“.

Es war ein offenbarender Moment einer Debatte, die sich auf eine gefährliche Reduzierung der im Sommer 2015 nach Europa Geflüchteten Menschen eingelassen hatte. Wie bei Hakim war Flüchtling fast über Nacht zu einem neuen Etikett geworden. Der Namenszusatz signalisierte, dass es sich um einen bemitleidenswerten Menschen aus einem fernen, unbekannten Kulturkreis handeln müsse. Häufig blieb es auch in der Berichterstattung noch bei verschiedenen Schattierungen desselben Musters.

Gleichzeitig war es auch ein befreiender Moment, weil es eine der ersten Gelegenheiten für einen Geflüchteten war, sich in der „Flüchtlingsdebatte“ selbst zu vertreten. Noch erschienen fast täglich Reportagen, Kommentare und Interviews mit Politikern zur neuen Herausforderung, der „Jahrhundertaufgabe“ (Angela Merkel am 14. Januar 2016). Dass dabei auch einer derjenigen zu Wort kam, der selbst geflohen war, blieb die Ausnahme.

Dahinter stand oft eine fehlende Anerkennung, dass die meisten dieser Menschen weitaus mehr nach Europa mitbrachten als ein Bündel Kleidung. Einige von ihnen brachten Wissen mit: Sie waren Professoren, Studenten und Forscher gewesen. Ihnen nur mit Mitgefühl gegenüberzutreten bedeutete gleichzeitig, dieses Wissen ungenutzt zu lassen und damit den intellektuellen Austausch und Diskurs zu beschränken.

Das Thema beschäftigte mich und meine Kommilitonen an der Universität Oxford im Herbst 2015. Um in dieser Situation einen neuen Diskurs zu ermöglichen, gründeten mein Mitbewohner Mark Barclay und ich das „Journal of Interrupted Studies“. Es sollte eine akademische Zeitschrift werden, die geflüchteten Wissenschaftlern die Gelegenheit geben würde, ihre vollendeten und unvollendeten Artikel aller Fachrichtungen publizieren zu können.

PETERSBURGER DIALOG

Drei Preisträger erhielten im Oktober den Peter-Boenisch-Gedächtnispreis des Forums „Petersburger Dialog“: Victor Loshak (links), Chefredakteur der russischen Ausgabe des Petersburger Dialogs, *für sein Lebenswerk, Olga Golowanowa, Chefredakteurin der Außenabteilung der Nachrichtenagentur Interfax, für ihre zahlreichen herausragenden Interviews mit ausländischen Regierungsmitgliedern, darunter Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel, sowie unser Autor Paul Ostwald, unter anderem für seine auf dieser Seite beschriebene Gründung eines Wissenschaftsjournals für Flüchtlinge.*

Gerade 19 geworden, hatte keiner von uns die Kompetenz, um Artikel von Professoren und Forschern auf ihre akademische Lauterbarkeit und Relevanz zu prüfen. Wir richteten also ein mehrstufiges Peer-Review-Verfahren ein, wie es bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen gewöhnlich ist: Fachexperten erhalten die Aufsätze ohne Namen und Lebensgeschichte des Autors und bewerten sie. Die Texte sollten auf Basis ihrer Qualität, nicht der Biografie ihrer Verfasser ausgewählt werden.

Einerseits wollten wir so die Wahrnehmung von Geflüchteten ändern und der verständlichen Angst vieler Menschen entgegenwirken: Wer sieht, dass diese Menschen sich mit Vernunft ähnlichen Fragen widmen, fürchtet sich womöglich weniger. Durch Beiträge im Fernsehen und in Printmedien konnten wir auch über die akademischen Leser hinaus ein andersartiges Bild von Geflüchteten erzeugen. Gleichzeitig wollten wir auch ein Signal an die akademische Welt und Politik senden: Das Wissen und die Vielfalt des Diskurses sind gefährdet, wenn wir keine Perspektiven für geflüchtete Akademiker schaffen. Am wichtigsten war aber unsere Hoffnung, unseren Autoren durch die Veröffentlichung die Fortsetzung ihrer akademischen Karriere zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Einsendungen kamen schnell und zahlreich. Viele von ihnen beschäftigten sich mit Flucht: Der Aufsatz eines Juristen aus Bangladesch wägte ab, wie von Naturkatastrophen vertriebene Menschen im internationalen Rechtsgefüge einzugliedern seien. Ein syrischer Student erforschte noch während des Bürgerkriegs an Schulen, ob Roboter in Zukunft die Rolle der fehlenden Lehrer übernehmen könnten. Der Linguist Husam Aldeen al-Barazy aus Damaskus beschrieb die Rolle von Intonation beim Erlernen neuer Sprachen. Er war aus Syrien nach Deutschland geflohen und wohnte nun im beschaulichen Düppenweiler im Saarland.

Das Vertrauen der Autoren beinhaltete auch eine große Verantwortung. Wir machten uns daran, eine kleine Redaktion aufzubauen und die ersten Akademiker für die Peer-Reviews zu gewinnen. Die allermeisten zeigten sich unerwartet offen für unser Projekt, schrieben weitere Kollegen an und nahmen uns in ihre Verteiler auf. Es fehlte aber noch eines: 1500€ für den Druck. Wir bekamen die ersten Spenden und hatten im Mai 2016 das Budget, um die erste Ausgabe zu publizieren.

Die Reaktion war wie erwartet gespalten: Während die BBC, NPR und *Der Spiegel* das Projekt offenherzig aufnahmen, schlug uns in den sozialen Medien viel Hass entgegen. „Das einzige Wissen, dass diese Menschen mitbringen, ist Vergewaltigen“, hieß es dort etwa. Beides zeigte uns: Das Projekt hatte seine Adressaten gefunden und beschäftigte sie.

Während das erste Heft noch im Selbstdruck erschien, konnten wir von der zweiten Ausgabe an die „Studienstiftung des deutschen Volkes“ als Finanzier und das niederländische Traditionshaus Brill als Verleger gewinnen. Diesmal reichte unser Budget sogar, um den Autoren ein – wenn auch sehr geringes – Honorar zu zahlen.

2018 veränderte sich nicht nur die deutsche Migrationspolitik, sondern auch die Herkunft unserer Autoren. Anstatt Syrien und Irak dominiert nun die Türkei. Die Redaktion stellte das vor neue Herausforderungen. Die Fluchtgeschichten etwa sind oft vergleichbar mit derjenigen vieler syrischer Akademiker; neben Bürgerkriegen geht es nun um Umweltkatastrophen und politische Verfolgung, anstatt einer Flucht übers Mittelmeer ist es in vielen Fällen nun die Übersiedlung in eine friedlichere Nachbarregion des Heimatlands.

Neben Übersetzern mussten wir deshalb auch nach neuen Richtlinien suchen: Wer soll entscheiden, ob ein Autor tatsächlich als „geflüchtet“ gilt und damit bei uns publizieren kann? Wir haben uns entschieden, die Einordnung weiterhin den Autoren selbst zu überlassen, denen, die vertrieben wurden oder flüchten mussten.

Nun stehen wir vor der dritten Auflage. Es geht diesmal um die Institutionalisierung des Journals. Wir arbeiten daran, die rechtlichen und redaktionellen Strukturen zu schaffen, die auch über uns beide als Herausgeber hinaus das Überleben des Projekts sicherstellen. Nun sind es nicht mehr die Ereignisse im Studio von Frau Maischberger die uns antreiben, sondern die in Chemnitz. ꟼD

Die große Liebe der Karin Haß

Im tiefsten Sibirien fand eine Systemanalytikerin aus Hamburg ihre zweite Heimat

VON DARIA BOLL-PALEWSKAJA

GUDRUN KRIPPNER (3)

Wir haben da mal was vorbereitet: Holz hacken, Pilze sammeln, Barsch braten.

Jäger und Sammler: Im Scherz nennt Karin ihren Mann Slawa „meinen Macho".

Wir haben da mal was vorbereitet: Holz hacken, Pilze sammeln, Barsch braten.

Wenn man sie exakt plant und im Voraus alle Tickets kauft, was beinahe unmöglich ist, dann dauert die Reise aus dem hinter dem Baikalsee gelegenen Srednjaja Oljokma nach Hamburg fünf Tage. Von dem 80-Seelen-Dörfchen bis zur nächstgelegenen Kreisstadt sind es etwa tausend Kilometer, die Verbindung mit der Außenwelt funktioniert nur über Satellitentelefon, und im Winter kann die Temperatur auf minus 50 Grad Celsius sinken. Aber gerade dieses Dorf nennt Karin Haß ihre zweite Heimat.

Ein Holzhaus ohne fließend Wasser und Kanalisation ist jetzt ihr Zuhause. Holz hacken, Pilze sammeln, Pelmeni mit Hirschfleisch vorbereiten und Gurken für den Winter einlegen, den Ofen anheizen, das ist für die ehemalige Programmiererin aus Deutschland seit 13 Jahren nichts Exotisches mehr, sondern Alltag. Wer hätte geahnt, dass eine Fahrt mit dem Kajak den Fluss Oljokma hinab ihr Leben radikal verändern würde. Die sibirische Natur verzauberte Karin Haß damals so sehr, dass sie beschloss, ohne jegliche Sprachkenntnisse für ein halbes Jahr in diesen endlosen Weiten zu leben und das einfache und scheinbar so romantische Leben mitten in der wilden Natur zu erproben. Sie guckte sich ein Dörfchen aus, mietete sich ein Haus und schickte sich an, die Ruhe zu genießen. Es kam jedoch anders.

In ihrem ersten Buch „Fremde Heimat Sibirien", das in Deutschland zum Bestseller wurde, erklärt Karin Haß, warum Alleinsein in Sibirien Luxus ist. Ohne Nachbarn kann man dort schlicht nicht überleben. Der Versuch, zur Einsiedlerin zu werden, misslang. Als europäische Großstädterin hat sie sich bis heute nicht an die sibirische Sitte gewöhnt, ohne Vorankündigung und ohne Einladung zu Besuch zu kommen. Aber sie hat die Einwohner von Oljokma mit ganzem Herzen liebgewonnen wegen ihrer grenzenlosen Gastfreundschaft, ihrer Einfachheit und Offenheit.

Eigentlich wurde das kleine Taigadörfchen der Liebe wegen zu ihrem zweiten, vielleicht sogar zu ihrem ersten Zuhause. Slawa, der Jäger aus dem Volk der Ewenken, ist 20 Jahre jünger als Karin. Aber was zählen schon Unterschiede in Alter, Sprache oder Kultur, wenn es um Liebe geht. Im Scherz nennt Karin ihren Mann „meinen Macho".

Die Pflichten in der Familie sind traditionell verteilt: Die Frau kocht, kümmert sich um Haus und Garten, der Mann ist für die schwere Männerarbeit zuständig. „Eigentlich bin ich Feministin", bekennt Karin Haß. „Aber ich kann ja den Motor einer Schneeraupe nicht wieder in Schuss bringen, oder einen Lastwagen reparieren oder das Jagdgewehr reinigen. Da kommt man nicht weit mit Emanzipation."

In ihrem zweiten Buch „Bärenspeck mit Pfeffer" erzählt sie von der Reise mit dem „Taigajäger" nach Hamburg. Slawa mochte Deutschland, aber er sagt: „Meine Welt ist die Taiga." Dafür konnte er seine Frau jetzt besser verstehen, er sah, worauf sie verzichtet, um bei ihm zu sein. Es blieb ihre einzige gemeinsame Reise nach Europa, für solcherlei Vergnügungen haben sie einfach keine Zeit.

In Srednjaja Oljokma ist Karin Haß längst „eine von uns". Mit Sorge beobachtet sie die Klimaerwärmung und die Verschmutzung der Flüsse wegen der Goldförderung. „Natürlich haben wir noch wunderbar saubere Luft, aber das Wasser in der Oljokma ist nicht mehr so klar wie noch vor ein paar Jahren, und wir finden oft tote Fische. In diesem Jahr ist der Herbst so warm, dass die Flüsse immer noch nicht zugefroren sind, und das bedeutet, dass die Winterjagd noch nicht beginnen kann."

Wird das winzige Dörfchen am Rande der Welt irgendwann leer und verlassen sein? „Nein, die jungen Leute kommen zurück, wenn sie die Schule beendet oder einen Beruf erlernt haben. Keine Stadt ersetzt einem das Leben in Einheit mit der Natur. Hier bist du vollkommen frei. Man braucht viel weniger Geld. Und auch wenn du kein Geld hast, lässt man dich nicht verhungern und verkommen."

Aber die rauen Lebensbedingungen lassen Karin Haß doch darüber nachdenken, ob es nicht Zeit ist, nach Deutschland zurückzukehren. „Ich bin ja schon 75 Jahre. Slawa hilft mir mit allem, das Leben hier ist nicht leicht. Aber Slawa kann ja nicht in Deutschland leben, seine Welt ist die Taiga. Er ist ein Naturmensch, was soll er denn in Hamburg anfangen? So ein Leben wäre die Hölle für ihn", überlegt Karin Haß. Und überhaupt, er hat ja alles noch vor sich, sie aber muss zur Ruhe kommen. Die optimale Lösung haben Karin Haß und Slawa noch nicht gefunden. Aber sie überlassen sich dem russischen „Awos", dem „Es wird schon irgendwie gehen", nicht der traditionellen deutschen Lebensplanung.

Drei Monate hat Karin Haß in Hamburg gelebt, hat es genossen, sich mit ihren Freunden zu treffen, ins Kino zu gehen oder einfach durch die Stadt zu flanieren. Dann fängt sie an, sich nach ihrer zweiten Heimat zu sehnen. „Auf meinem Notebook hab ich immer ein Foto von Oljokma, und wenn ich es anschaue, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass ich nie mehr dorthin zurückkehren sollte." Und wenn man sie fragt, ob in ihrem Dorf irgendwann auch die Errungenschaften der Zivilisation ankommen werden, wie fließendes Wasser und Kanalisation, dann antwortet sie erstaunt: „Wozu braucht man das? Bei minus 50 Grad platzen die Rohre sowieso nur und die ganze Technik friert ein."

„In einer einzigen Seele schlummern einträchtig vereint Güte bis zur Rührseligkeit neben gedankenloser Härte, außergewöhnliche Großzügigkeit neben krassem Eigennutz, Frohsinn bis zu Übermut und Leichtsinn neben Schwermut und Fatalismus."

„Je länger ich in Sibirien lebe und je tiefer ich in dieses Dasein eintauche, desto mehr nehme ich wahr und desto größer wird mein Staunen über die vielen Widersprüchlichkeiten und verblüffenden Geschehnisse. Eher war das Gegenteil zu erwarten – eine Gewöhnung, vielleicht sogar Abstumpfung. Aber das wird verhindert durch mein Doppelleben zwischen Deutschland und Russland, das mir die Unterschiede in der Denk- und Lebensweise immer wieder deutlich macht", schreibt Karin Haß in ihrem dritten Buch „Alles ‚normalno'. In Sibiriens wildem Osten", in dem ein ganzes Kapitel dem ewigen Rätsel der russischen Seele gewidmet ist.

„Vielleicht aber ist gerade das nicht Fassbare, nicht Eindeutige die Erklärung, denn die russische Seele ist höchst zwiespältig und geprägt von Gegensätzen. Sie neigt zum Gefühlsüberschwang im Guten wie im Bösen. In einer einzigen Seele schlummern einträchtig vereint Güte bis zur Rührseligkeit neben gedankenloser Härte, außergewöhnliche Großzügigkeit neben krassem Eigennutz, Frohsinn bis zu Übermut und Leichtsinn neben Schwermut und Fatalismus." Es sei „kaum verwunderlich, dass die Gegensätzlichkeiten der russischen Seele den Außenstehenden verwirren und in ihm ebenso gegensätzliche Gefühle hervorrufen, eine Art Hass-Liebe, bei der je nach Situation Abneigung oder Zuneigung die Oberhand gewinnt."

Karin Haß selbst hat die russische Seele nicht enträtselt, obwohl sie alles gelesen hat, was die großen Schriftsteller von Berdjajew bis Solschenizyn darüber geschrieben haben. „Ich liebe die Russen und bewundere sie vor allem deswegen, weil sie in schwierigen Situationen eine wahre Größe und Heldenhaftigkeit zeigen, ohne sich irgendetwas darauf einzubilden. Gerade ihre Emotionalität erlaubt ihnen, denjenigen hingebungsvoll in Schutz zu nehmen, den sie lieben. Sogar der schlimmste Alki aus unserem Dorf würde seine Heimat mit Zähnen und Klauen verteidigen. Die Russen sind bereit, sich selbst aufzuopfern, und nichts schweißt sie so fest zusammen, wie wenn sie ihr ‚Mütterchen Russland' gegen Anfeindungen von außen schützen müssen."

Wenn Karin Haß aus ihrer Heimat Taiga nach Westen blickt, nimmt sie sich die feindselige Einstellung Russland gegenüber sehr zu Herzen. Der Westen dämonisiert Russland, meint sie, sei es bewusst, sei es aus Unwissen. „Ich hoffe, dass man in Europa bald begreifen wird, wie wichtig die Verbindung zwischen Russland und Europa ist. Das muss man anstreben."

Aber lassen wir die Politik beiseite. Es ist die Liebe, die Karin Haß mit Russland verbindet. So heißt auch ein Kapitel ihres Buchs: „Eine Liebeserklärung". Denn ihre Seele wird es immer zu diesen endlosen Wäldern ziehen, mit diesem grenzenlosen Überfluss an Bären, Pilzen und Geheimnissen, zu den glasklaren Flüssen und stillen Seen, zu dem Dorf mit seinen windschiefen Holzhäusern und seinen einfachen Bewohnern.

Daria Boll-Palewskaja ist Autorin und Expertin für interkulturelle Kommunikation. Die Moskauerin lebt in Hamburg.

Karin Haß' Buch „Alles ‚normalno'. In Sibiriens wildem Osten" ist 2018 in der Nordwest Media Verlagsgesellschaft (Grevesmühlen) erschienen.